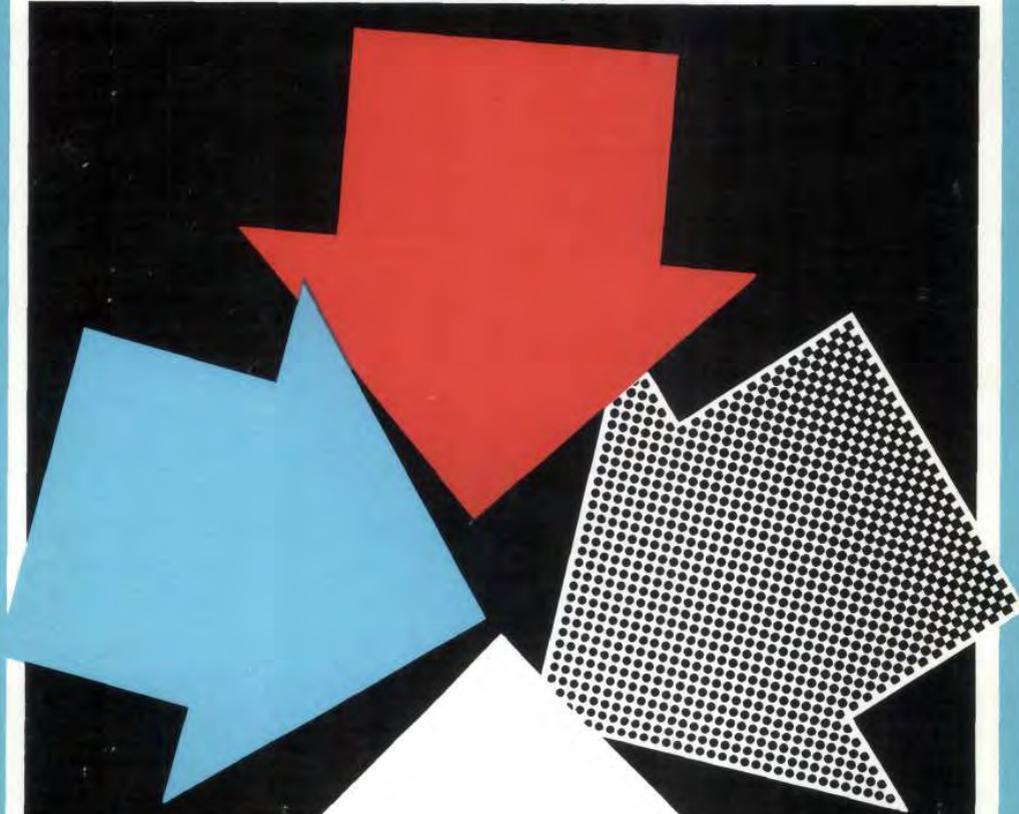


betrifft:



Rechts- und linksradikale
Bestrebungen

Spionageabwehr

Sicherheitsgefährdende
Bestrebungen
von Ausländern

VERFASSUNGSSCHUTZ 1971

betrifft:

**VERFASSUNGSSCHUTZ
1971**

**Rechts- und linksradikale
Bestrebungen**

Spionageabwehr

**Sicherheitsgefährdende
Bestrebungen von Ausländern**

13

Öffentlichkeitsarbeit des Bundesinnenministeriums



Dieser Bericht faßt die Arbeit des Bundesamtes und der Landesbehörden für Verfassungsschutz im Jahre 1971 zusammen. Er schildert Entwicklung und Situation des Links- und Rechtsradikalismus, der Spionageabwehr und der sicherheitsgefährdenden Bestrebungen von Ausländern.

Wir alle sind aufgerufen, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zu achten, sie zu erhalten und gegen Angriffe zu schützen. Dafür muß der Staatsbürger umfassend über die Kräfte informiert sein, deren Ziel die Beseitigung unserer Demokratie ist.

Ich trete immer wieder der Auffassung entgegen, daß die Arbeit des Verfassungsschutzes in einem die Phantasie anregenden Dunkel geleistet wird. Deshalb gilt bei der Veröffentlichung auch dieses Jahresberichtes wieder der Grundsatz größtmöglicher Transparenz.

Nicht aufgenommen in diesen Bericht sind lediglich die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden, deren Veröffentlichung zu einer Gefährdung der inneren Sicherheit führen könnte.

Neben der Unterrichtung soll dieser Bericht auch Verständnis für diejenigen wecken, deren Aufgabe es ist, Gefahren für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland rechtzeitig zu erkennen; denn eine Demokratie kann sich nur behaupten, wenn sie nach allen Seiten wachsam und in der Lage ist, aufgrund der Arbeit ihrer Sicherheitsbehörden Angriffe gegen ihren Bestand erfolgreich abzuwehren.

Ich bin der festen Überzeugung, daß auch in unserer pluralistischen Gesellschaft das Engagement jedes einzelnen, sein Einstehen für seinen Staat, für den Bestand unserer Demokratie lebensnotwendig ist.

Nur wenn aktives staatsbürgerliches Bewußtsein und die vom Staat zum Schutze seiner Verfassung eingesetzten Organe zusammenwirken, wird es uns gelingen, das, was wir gemeinsam aufgebaut haben, erfolgreich gegen die Gegner unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verteidigen.

Hans-Dietrich Genscher

Inhalt

Rechtsradikale Bestrebungen 1971

- 11 **I. Allgemeine Erfahrungen**
- 11 1. Rückgang der politischen Bedeutung rechtsradikaler Parteien
- 12 2. Auftreten von Aktionsgruppen
- 12 3. Anschwellen der Ausschreitungen
- 12 4. „Sozialismus von rechts“
- 13 **II. Entwicklung in Zahlen**
- 13 1. Organisation
- 13 2. Publikationen
- 14 **III. Regionale Schwerpunkte**
- 15 **IV. Schwerpunkte der Argumentation und Agitation**
- 15 1. Ostpolitik
- 15 2. Sicherheitspolitik
- 15 3. Verteidigungspolitik
- 15 4. Konjunktur- und Wirtschaftspolitik
- 15 5. Sozialpolitik
- 16 **V. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)**
- 16 1. Wahlbeteiligungen
- 16 2. Veränderungen im Mitgliederbestand
- 17 3. Rückschläge in der Parteiarbeit
- 18 4. Führungskrise
- 19 5. Der Parteitag in Holzminden
- 20 6. Die NPD als rechtsradikale Partei
- 20 a) Forderung nach dem starken Staat
- 21 b) Völkischer Kollektivismus
- 21 c) Rassistische Anklänge
- 21 d) Diffamierungen der politischen Gegner
- 22 e) Politisch motivierte Ausschreitungen
- 22 7. Finanzen
- 23 8. Soziologische Angaben
- 24 **VI. „Junge Rechte“ oder „Neue Rechte“**
- 24 1. Die „Partei der Arbeit“ (PdA)
- 26 2. Sonstige Aktionsgruppen der „Neuen Rechten“
- 27 3. Die ideologischen und agitatorischen Wegbereiter der „Neuen Rechten“
- 27 **VII. Andere rechtsradikale Vereinigungen**
- 27 1. Widerstandsorganisationen der „Alten Rechten“
- 29 2. „Aktion Widerstand“ (AW)
- 29 3. Rechtsradikale Kulturorganisationen
- 29 4. Rechtsradikale Jugendorganisationen
- 29 **VIII. Die Publizistik organisationsungebundener rechtsradikaler Verlage**
- 30 1. Die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ)
- 30 2. Sonstige Publikationen rechtsradikaler Verlage

30	IX. Auslandsverbindungen deutscher Rechtsradikaler
31	X. Ausschreitungen deutscher Staatsbürger aus rechts-extremistischen Motiven
32	XI. Exekutivmaßnahmen
32	1. Strafurteile
33	2. Veranstaltungsverbote
33	3. Sonstige Maßnahmen
33	XII. Schlußbetrachtungen
	Schaubilder
35	Entwicklung des organisierten Rechtsradikalismus und der rechtsradikalen Publizistik von 1961–1971
36	Regionale Schwerpunkte rechtsradikaler Tätigkeit
37	Wahlparolen der NPD
38	Sichergestellte Waffen der Gruppe um den ehemaligen NPD-Funktionär Bernd Hengst
39	Berufsschichtung der seit 1969 der NPD beigetretenen Mitglieder
40	Parolen der „Neuen Rechten“
41	Titel von Kampfschriften der „Neuen Rechten“
42	„Aktion Widerstand“
43	Schlagzeilen der „Deutschen National-Zeitung“
44	Ausschreitungen deutscher Staatsbürger aus rechts-extremistischen Motiven
45	Aufruf der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ)

Linksradikale Bestrebungen 1971

47	Vorbemerkung
47	A. Allgemeine Erkenntnisse
48	B. Die Tätigkeit der Kommunisten
48	I. Ziele
48	1. Ideologische Positionen
49	2. Politik
50	II. Methoden
50	1. Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern
52	2. „Volksfront“-Bestrebungen
53	3. Jugend- und Studentenarbeit
55	4. Verhältnis der Kommunisten zur „Neuen Linken“
55	5. Propaganda
56	6. Wahlergebnisse
57	7. DDR-Aktivität gegen die Bundesrepublik Deutschland

58	C. Die „Neue Linke“
58	I. Allgemeine Entwicklung
59	II. Ideologische und organisatorische Tendenzen
59	1. Ideologische Tendenzen
59	2. Organisatorische Tendenzen
60	III. Tätigkeit an Hochschulen
61	IV. Tätigkeit außerhalb der Hochschulen
62	V. Terrorismus und sonstige Gewalt
62	1. Ideologische Motivationen
63	2. Terrorgruppen
63	3. Zahl der Terror- und Gewaltakte
64	D. Entwicklung der bedeutenderen Organisationen und Gruppen
64	I. Kommunistische und kommunistisch beeinflusste Gruppen
64	1. „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)
65	2. „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)
65	3. „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW)
65	4. „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)
66	5. „Freie Deutsche Jugend Westberlins“ (FDJW)
66	6. „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB)
67	7. „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN)
67	8. „Deutsche Friedens-Union“ (DFU)
67	II. Gruppierungen der radikalen „Neuen Linken“
67	1. Maoistische Gruppen
68	2. Trotzistische Gruppen
69	3. Sonstige Gruppen
70	E. Beurteilung
	Grafische Darstellungen und Skizzen
71	Auflagen der periodischen Schriften des Linksextremismus
72	Stimmenanteil kommunistischer Parteien bei Landtagswahlen
73	Funktionäre aus der DDR mit politischen Aufträgen im Bundesgebiet
74	Vertretung der DKP in Kommunal- und Kreisparlamenten
74	Gewaltanwendung und -androhung mit vermutlich linksradikalem Hintergrund

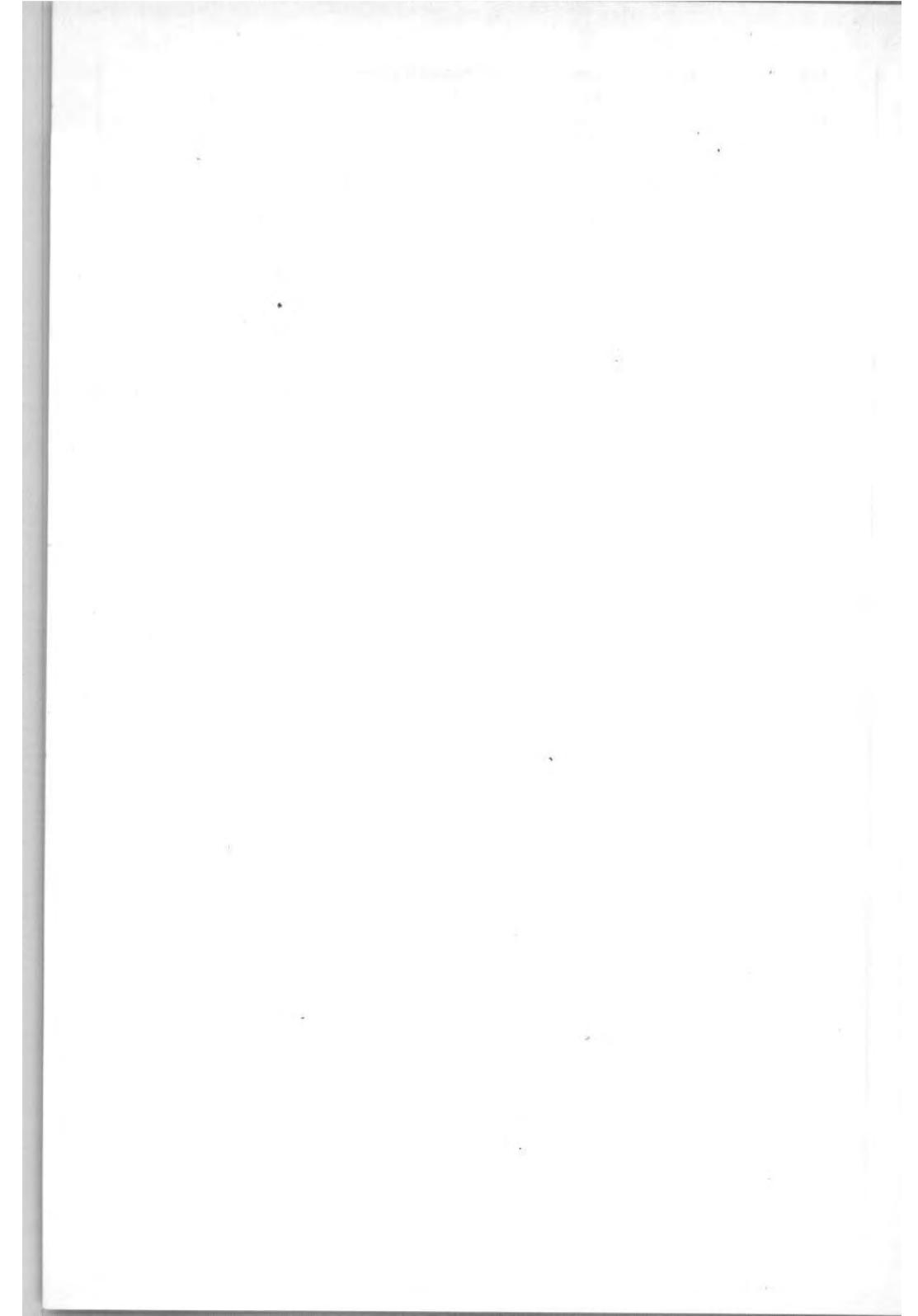
Die Spionageabwehr 1971

75	1. Allgemeine Entwicklung
76	2. Art und Umfang des gegnerischen Agenteneinsatzes, Werbungsverfahren
77	3. Legale Residenturen in der Bundesrepublik Deutschland
78	4. Wissenschaftlich-technische Spionage
79	5. Aussiedler als Ziel nachrichtendienstlicher Werbung
80	6. Einzelne Spionagefälle
85	7. Verurteilungen wegen Spionagetätigkeit

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern 1971

- 86 **I. Allgemeine Erfahrungen**
- 87 **II. Statistische Daten zur Entwicklung der ausländischen Extremistengruppen**
- 87 a) Organisationen
- 88 b) Publizistik
- 89 **III. Struktur und Arbeitsweise**
- 90 **IV. Regionale Schwerpunkte**
- 90 a) Tendenzen
- 91 b) Die gegenwärtigen Schwerpunktgebiete
- 91 **V. Ausschreitungen**
- 91 a) Politisch motivierte Gewaltkriminalität
- 94 b) Sonstige politisch radikale Aktionen
- 96 **VI. Ausländische Terroristengruppen**
- 96 a) Die Geheimbünde kroatischer Nationalisten
- 97 b) Anarchisten
- 98 c) Militante Widerstandsgruppen der Exilgriechen
- 99 d) Stützpunkte des palästinensischen „Widerstandes“
- 100 e) Farbige Extremisten
- 101 **VII. Träger linksextremer Tendenzen**
- 101 a) Ausländische kommunistische Parteien und ihre Hilfsorganisationen
- 102 b) Neue Linke, sozialrevolutionäre Nationalisten
- 103 c) Solidarisierungstendenzen
- 104 **VIII. Schwerpunkte der Agitation ausländischer Linksextremisten im Bundesgebiet**
- 104 a) Revolutionäre Propaganda
- 104 b) Klassenkampfpolemik
- 105 **IX. Offen arbeitende Nationalistengruppen**
- 105 a) Zur Lage der Ostemigration
- 106 b) Italienische, griechische und türkische Rechtsextremisten
- 107 **X. Maßnahmen**
- 108 **XI. Zusammenfassende Beurteilung**
- Bildtafeln und Skizzen**
- 109 Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland
- 110 Linksradikale türkische Periodika
- 111 Einsatzschwerpunkte ausländischer Arbeiter im Bundesgebiet
- 112 Stützpunkte politisch radikaler Ausländergruppen
- 113 Brandanschlag spanischer Anarchisten auf das Generalkonsulat ihres Landes in Frankfurt/M. (5. 12. 1971)
- 114 Flugblätter der „Kroatischen Revolutionären Bruderschaft“ (HRB) im Bundesgebiet, die den serbischen Bevölkerungsteil in Jugoslawien zu Gewalttaten veranlassen sollten

- 115 Anweisung griechischer Terroristen zur Herstellung von Sprengkörpern und zur politischen Geheimbündelei
- 116 Propaganda der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) in Anknüpfung an die Anschläge des Vorjahres auf den zivilen Luftverkehr
- 117 Waffen sowie Spreng- und Zündmittel der griechischen Untergrundorganisation „Demokratische Verteidigung“ (DA)
- 118 Die Palästinensische Befreiungsorganisation (Vereinfachte Darstellung)
- 119 Kugelschreiber als konspirative Mordwaffe, die u. a. von palästinensischen Terroristen verwendet wird
- 120 Organisationsschema der Kommunistischen Partei Italiens (PCI)
- 121 Organisationsschema der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE)
- 122 Demonstration der „Patriotischen Einheitsfront für eine demokratische Türkei“, zusammen mit deutschen Linksextremisten am 30. 10. 1971 in Köln mit roten Fahnen, Thälmannbildern und dem Aufruf „Schluß mit der Verbots- hetze der Bundesregierung gegen die revolutionären Organisationen“



Rechtsradikale Bestrebungen 1971

I. Allgemeine Erfahrungen

Die Entwicklung des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1971 wurde gekennzeichnet durch

- den Rückgang der politischen Bedeutung der rechtsradikalen Parteien,
- das Auftreten vieler kleiner Widerstands- und Kadergruppen („Neue Rechte“),
- ein Ansteigen der Ausschreitungen und
- die Propagierung eines „Sozialismus von rechts“.

1. Rückgang der politischen Bedeutung rechtsradikaler Parteien

Mit den Niederlagen der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) bei den Landtagswahlen des Jahres 1971 in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Bremen hat sich der durch die verlorene Bundestagswahl 1969 eingeleitete Niedergang dieser Partei auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Die NPD hatte am Jahresende 1971 nur noch 9 Abgeordnete im Landtag von Baden-Württemberg. Die ehemaligen Wähler haben offensichtlich erkannt, daß eine in sich zerstrittene und seit Jahren erfolglose Partei mit radikalen Parolen keine wirksame Politik machen kann. Das gilt besonders für die früheren „Protestwähler“.

In ähnlicher Weise wie die Wählerschaft reagierten auch die Mitglieder der NPD. Die seit der Bundestagswahl 1969 feststellbare Austrittsbewegung setzte sich auch im Jahre 1971 fort. Die Abtrünnigen, die in früheren Jahren meist wegen irgendwelcher politischer Proteststimmungen zur NPD gefunden hatten, erkennen die Nutz- und Erfolglosigkeit ihrer Mitgliedschaft und verlassen die Partei. Die NPD zählt heute nur noch etwa 18 300 Mitglieder, von denen nach allen Erfahrungen nur rund 20 % aktiv tätig sind.

Die meisten Funktionäre und Mitglieder haben resigniert, sind unwillig oder lethargisch. Die Parteiarbeit ist in vielen Untergliederungen erlahmt. Beitragsträgheit und Rückgang der Spendenbereitschaft zwangen die NPD zu radikalen Sparmaßnahmen.

Diese Lage wurde noch verschärft durch die heftigen Richtungskämpfe zwischen der „national-konservativen“ Führungsmannschaft um den ehemaligen Parteivorsitzenden Adolf v. THADDEN (50), der die NPD als „seriöse Wählerpartei“ erhalten will, und dem früheren stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. Siegfried PÖHLMANN (48), sowie dessen Anhang, der sozialreformerische, z. T. sogar sozialrevolutionäre Aussagen und eine Profilierung der Partei durch aufsehenerregende Aktionen forderte. Die Fronten zwischen den beiden Flügeln verhärteten sich von Monat zu Monat. Die NPD geriet dadurch in eine echte Führungskrise, die erst auf dem Parteitag in Holzminden im November 1971 vorläufig behoben wurde. Adolf v. THADDEN verzichtete überraschend auf seine Wiederwahl und nominierte einen neuen Bundesvorstand, in dem kein Vertreter der „Opposition“ enthalten war. Der Parteitag folgte diesem Vorschlag. Seitdem steuert v. THADDEN aus der zweiten Reihe als Herausgeber des Parteiorgans „Deutsche Nachrichten“ (DN) die Politik der NPD mit einem Bundesvorstand seines Vertrauens. Die innerparteiliche Opposition hat mit dem Austritt Dr. PÖHLMANNs und seiner Anhänger aus der NPD an Gewicht und Lautstärke verloren. Ihre bisher treibenden Kräfte versuchen nun, in der am 9. 1. 1972 von Dr. PÖHLMANN gegründeten „Aktion Neue Rechte“ eine neue Plattform zu gewinnen. Vorsichtige Versuche mehrerer rechtsradikaler Gruppen, aus dem Niedergang der NPD zu profitieren und neue parteipolitische „Sammlungsinitia-

tiven“ zu bilden, haben bis Ende des Jahres 1971 noch keine konkrete Gestalt angenommen.

2. Auftreten von Aktionsgruppen

Mit dem Abstieg der NPD nach der Bundestagswahl 1969 und dem Beginn der Amtszeit der sozialliberalen Regierung machten sich nahezu in allen rechtsradikalen Gruppen „Widerstandsbestrebungen“ bemerkbar, die sich insbesondere auf die von der neuen Regierung eingeschlagene Deutschland- und Ostpolitik konzentrierten. Die Ostpolitik war der Anlaß nahezu aller Aktionen, Demonstrationen und Ausschreitungen der Rechtsradikalen im Jahre 1971.

In den mehr national-konservativ ausgerichteten „Widerstandsgruppen“ erschöpften sich diese Protesthaltungen meist in lautstarken Parolen und Demonstrationen, die häufig in Schlägereien mit Gegendemonstranten endeten.

Im Jahre 1971 erhielt der Widerstand gegen die Ostpolitik eine gewalttätige Komponente durch neuentstandene Gruppen, die sich einem „national-revolutionären Sozialismus“ verschrieben haben und einen aufsehenerregenden Aktionismus fordern. In vielen Aktionen haben sie gezeigt, daß sie vor Gesetzesverletzungen und Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht zurückschrecken. Diese Kreise, die sich „Junge Rechte“ oder „Neue Rechte“ nennen, gingen auf die Straßen und in die Versammlungssäle der politischen Gegner. Sie wollen mit spektakulären Aktionen „Fanale setzen“, um die Öffentlichkeit auf die „undemokratische und grundgesetzwidrige“ Deutschlandpolitik der Bundesregierung aufmerksam zu machen. Ihre Schriften sind aggressive Kampfblätter. Die Aktivisten der meist nach APO-Taktiken arbeitenden und aufgebauten Widerstands- und Kadergruppen der „Neuen Rechten“ sind meist abtrünnige jüngere NPD-Mitglieder – oft aus den Reihen der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), der Jugendorganisation der NPD –, denen die „konservative“ NPD für ihre aktionistischen Vorhaben keine Möglichkeiten mehr bot und die sich deshalb

mit gleichgesinnten Aktivisten außerhalb der NPD zusammenfanden.

Die aktivste dieser Gruppen ist die in Nordrhein-Westfalen entstandene „Partei der Arbeit“ (PdA), die sich nach dem Strukturmuster kommunistischer Parteien organisiert hat. Ihre Versuche, die anderen Aktionsgruppen der „Neuen Rechten“ unter ihrer Führung zu vereinigen, sind bislang gescheitert. Ähnliche Bemühungen, das „nationalrevolutionäre“ Lager zu einigen, gehen von der „Deutsch-Europäischen Gesellschaft“ (DEG) und von der „Aktion Neue Rechte“ (ANR) aus, die Dr. PÖHLMANN am 9. 1. 1972 in München gegründet hat.

3. Anschwellen der Ausschreitungen

Die durch rechtsradikale – meist anonyme – Einzelgänger begangenen Ausschreitungen haben sich im Jahre 1971 mehr als verdoppelt. In ähnlichem Verhältnis haben sich auch die Akte von Gewaltanwendung, Terror und Androhung von Gewalt mit rechtsradikalem Hintergrund erhöht. Sie haben mit 123 Vorfällen im Berichtsjahr einen Höhepunkt erreicht (1970: 53).

Die Ausschreitungen im Jahre 1971 richteten sich überwiegend gegen die Ostpolitik der Bundesregierung. Nazistische und antisemitische Entgleisungen, die in den vergangenen Jahren im Vordergrund standen, gingen erheblich zurück.

Die Aktionen der z. T. militanten Gruppen der „Neuen Rechten“ und die Zunahme der gewalttätigen Ausschreitungen von meist anonymen Tätern haben die Sicherheitslage auf dem Gebiet des Rechtsradikalismus erheblich verschärft.

4. „Sozialismus von rechts“

Erstmals wurde der Versuch einer „Synthese zwischen Nationalismus und Sozialismus“ in rechtsradikalen Kreisen wieder lebhaft diskutiert. Das neuangestrebte Gesellschaftsmodell heißt „Solidarismus“. Dieser Solidarismus will als „dritter Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus“ in seiner sozialpolitischen Variante den arbeitenden

Menschen von der Ausbeutung befreien und verkündet außenpolitisch einen „europäischen Befreiungsnationalismus“ für unterdrückte Völker.

Diese Sozialismusvorstellungen werden vor allem in den Gruppen der „Neuen Rechten“ vertreten, sind aber auch in sog. „progressiven“ NPD-Kreisen anzutreffen. Es finden sich neben gemäßigt sozialreformerischen

Zielsetzungen unverhüllte sozialrevolutionäre Forderungen, wie sie z. B. die PdA in ihrem Modell des „Volkssozialismus“ propagiert. Ihre historische Rechtfertigung leiten die „rechten Sozialrevolutionäre“ von allen möglichen Vertretern eines nationalen Sozialismus in der deutschen Geschichte ab, z. B. von Ferdinand Lassalle oder den linken Nationalsozialisten um die Brüder Strasser.

II. Entwicklung in Zahlen

1. Organisation

Am 31. 12. 1971 bestanden in der Bundesrepublik Deutschland 123 rechtsradikale Organisationen mit 27 900 Mitgliedern. Im Vorjahr waren es 108 rechtsradikale Vereinigungen mit 29 700 Angehörigen. Das rechtsradikale Lager verlor nicht nur 1800 Mitglieder, sondern es zersplitterte sich auch weiter. Die Zunahme um weitere 15 rechtsradikale Vereinigungen ist hauptsächlich auf das Ent-

stehen von Aktionsgruppen der „Neuen Rechten“ zurückzuführen. Die NPD spricht von einem „Gründungsieber verschiedenster Vereine“ (Rundschreiben des Parteivorstandes vom 26. 1. 1971). Ein ständiger Wechsel der Organisationsstrukturen und starke Fluktuationen innerhalb der Mitgliedschaft bestimmten auch im Jahre 1971 den organisierten Rechtsradikalismus.

Die Veränderungen im Jahre 1971 ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle:

Org.-Art	Ende 1970		Ende 1971	
	Org. Zahl	Mitgl. ca.	Org. Zahl	Mitgl. ca.
Parteien	7	23 200	4	18 800
Jugendorganisationen	9	800	9	2 200
Gruppen der „Neuen Rechten“	—	—	12	400
Sonstige Organisationen	50	7 500	42	10 300
Verlage, Buchdienste	42	200	56	200
	108	31 700	123	31 900
Abzug für Mehrfachmitgliedschaften		2 000		4 000
		29 700		27 900

An der Verdoppelung der Zahl der Mehrfachmitgliedschaften läßt sich eine zunehmende personelle Verflechtung der rechtsradikalen Organisationen erkennen.

Die Zahl von 27 900 organisierten Rechtsradikalen am 31. 12. 1971 nähert sich dem Stand von 1965 (vgl. Schaubild S. 35). Der maßgeblich durch die NPD verursachte Aufschwung des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland ebbt demnach ab.

2. Publikationen

Anzahl und Auflage der Zeitungen und Zeitschriften des deutschen Rechtsradikalismus sind im Jahre 1971 leicht gestiegen. Am 31. 12. 1971 bestanden 55 Publikationen dieser Art (1970: 54) mit einer durchschnittlichen Wochenaufgabe von 204 700 Exemplaren (1970: 204 470). Mit rund 70 % waren daran die Publikationen freier Verlage, insbeson-

dere die „Deutsche National-Zeitung“, beteiligt. Die drei größten rechtsradikalen Wochenzeitungen, „Deutsche Nachrichten“, „Deutsche Wochenzeitung“ (DWZ) und „Deutsche National-Zeitung“, hatten zusammen trotz

eines Auflagenrückgangs mit 161 500 Exemplaren einen Anteil von fast 80 % an dieser Durchschnittswochenaufgabe. Die Veränderungen im Jahre 1971 ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle:

Publikationen von	Ende 1970		Ende 1971	
	Zahl	Wochen- auflage Ø	Zahl	Wochen- auflage Ø
Parteien	20	54 000	14	55 800
Jugendorganisationen	9	70	6	100
„Neue Rechte“	—	—	7	2 900
sonstigen Vereinigungen	11	2 500	14	5 500
freien Verlagen	14	147 900	14	140 400
	54	204 470	55	204 700

Im Jahre 1971 wurden – neben Flugblättern, Pamphleten, Broschüren und Büchern – insgesamt annähernd 11 Millionen rechtsradikale Zeitungs- und Zeitschriftenexemplare

deutscher Produzenten in der Bundesrepublik und zu einem geringen Teil – insbesondere die „Deutsche National-Zeitung“ – auch im Ausland verbreitet.

III. Regionale Schwerpunkte

Regionale Schwerpunkte des organisierten Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland bildeten im Berichtsjahr

- Norddeutschland (Hamburg und Teile Niedersachsens und Schleswig-Holsteins),
- das durch die Städte Frankfurt–Kaiserslautern–Stuttgart–Nürnberg annähernd begrenzte Gebiet sowie
- die Großstadt München und ihre nähere Umgebung.

Besonders starke und aktive Verbände bestehen in Hamburg, Hannover, Frankfurt und München, wo fast jede Woche Veranstaltungen von Rechtsextremisten stattfinden. So führten beispielsweise allein in München 14 rechtsradikale Organisationen im Berichtsjahr 184 Treffen durch. Mehrere kleinere Orte in der Bundesrepublik sind beliebte Tagungsorte der Rechtsextremisten. Zu ihnen gehören die Burg Stettenfels bei Heilbronn, die Sababurg bei Kassel und der ehemalige Klosterhof Lippoldsberg.

Die meisten rechtsradikalen Ausschreitungen

ereigneten sich demgegenüber gerade in Gebieten, in denen der organisierte Rechtsextremismus nur wenig Resonanz findet, wie vor allem

- in Berlin (West) und
- im Rhein-Ruhr-Gebiet.

Hier fanden über die Hälfte der Ausschreitungen mit rechtsradikalem Hintergrund im Jahre 1971 statt. Berlin, Köln und Bonn sind die Städte mit der höchsten Zahl von Ausschreitungsfällen. Schwerpunkte rechtsradikaler Aktivität liegen also vorwiegend in stark bevölkerten Gebieten. Die organisatorische Aktivität hängt regelmäßig von dem Wirken profilierter Funktionäre ab (vgl. Schaubild S. 36). Nahezu keine rechtsradikale Tätigkeit war festzustellen in den vorwiegend katholischen Gebieten des Niederrheins, des Ems- und Münsterlandes, des Paderborner Raumes und des Sauerlandes, der nördlichen Regionen von Rheinland-Pfalz, der südlichen Teile von Baden-Württemberg und weiter Gebiete der Oberpfalz und Niederbayerns.

IV. Schwerpunkte der Argumentation und Agitation

Argumentation und Agitation der Rechtsradikalen befaßten sich im Jahre 1971 fast ausschließlich mit der Politik der Bundesregierung, vor allem mit der Ost- und Deutschlandpolitik, sowie mit Sicherheitsfragen. Die Diktion nationalistischer Politik, wie sie die NPD vertreten hat, ist nahezu von allen anderen rechtsradikalen Organisationen übernommen worden.

1. Ostpolitik

Nach Ansicht der NPD sind die Verträge mit Moskau, Warschau und der DDR verfassungswidrig sowie „zwangsläufig null und nichtig, und zwar von Anfang an“. Sie seien „schlicht sittenwidrig“ und würden „von jeder späteren deutschen Regierung zerrissen werden“ (DN 48/71, S. 4; 51/71, S. 1). Im übrigen treibe die Ostpolitik „Bonn in die Isolierung“ (DN 51/71, S. 6). Die NPD spekuliert auf eine regulierende Funktion Chinas in der deutschen Wiedervereinigungsfrage, damit sich „Rußland zur Vernunft bereit fände“ (DN 31/71, S. 3).

2. Sicherheitspolitik

Nach Ansicht der NPD ist „Deutschland unter BRANDT zu einem Verbrecherparadies geworden“ (DWZ 37/71, S. 1). Die im Bundestag beschlossenen Gesetze beschleunigten das Anwachsen der Kriminalität („Deutscher Kurier“ Bremen IX/71, S. 1). Unter der „BRANDT-Regierung“ sei auch die „sittliche Verblüdung sprunghaft angestiegen“ (DWZ 37/71, S. 1).

3. Verteidigungspolitik

Die NPD kritisiert die Bereitschaft der europäischen NATO-Partner zu „Vorleistungen beim Abbau von Truppenstärken und einer Beschränkung des Waffenpotentials“. Die USA hätten dagegen die Gefahr klar erkannt und ihren Willen bewiesen, Amerika militärisch zu festigen (DN 45/71, S. 8). Das strategische Konzept der NATO sei dagegen

revisionsbedürftig. Die NPD fordert eine wehrpolitische und militärische europäische Führung und Atomwaffen „zur nationalen Verfügung einiger Nationen Europas“ (DN-Verlag „Die geborgte Sicherheit“ S. 28). Sie verlangt die „Stärkung der Verteidigungskraft unseres Staates durch Beendigung von Demoralisierung und innerer Aufweichung der Bundeswehr“ (10-Punkte-Kontrastprogramm vom 4./5. 7. 1971).

4. Konjunktur- und Wirtschaftspolitik

Die NPD will die „leichtfertige liberale Wirtschafts-, Währungs- und Haushaltspolitik der BRANDT/SCHEEL-Regierung“ u. a. durch einen Preis- und Lohnstopp, durch einen Verzicht auf Neuanwerbung und durch eine Verringerung der Zahl ausländischer Arbeitskräfte beenden (DN 36/71, S. 3). Das „völlig verfehlt System ... jener Wirtschaftsarchie, die hierzulande den anspruchsvollen Namen ‚soziale Marktwirtschaft‘ trage, lasse „nur noch das quantitative Prinzip nivellierender Gleichmacherei gelten“ (DN 8/71, S. 1). Unsere „entwurzelte Gesellschaft“ sei abhängig „von dem Rechenschieber ausländischer Kapitalgesellschaften“ und „von weltpolitischen Entwicklungen, die die Herren WEHNER, BRANDT und BAHR noch gegen uns beschleunigen“ (DWZ 36/71, S. 5).

5. Sozialpolitik

Die NPD will die Tarifautonomie „an der Stelle begrenzt wissen ... , wo es auf Kosten des Volksganzen geht“ (DN 50/71, S. 1). In der im Berichtsjahr von dem Verlag K. W. SCHÜTZ für die NPD herausgegebenen Loseblattsammlung „Politisches Geschehen des XX. Jahrhunderts“ wird unter dem Datum des 2. 5. 1933 ausgeführt: Durch die Auflösung der Gewerkschaften „soll der Klassenkampf überwunden und eine gemeinsame Front aller Schaffenden gebildet werden ... Die Arbeiterschaft sieht sich anerkannt und gewürdigt“. Zum Datum des 20. 1. 1934 (Verkündung des Gesetzes „zur Ordnung der

nationalen Arbeit“) stellt die NPD fest, die Anwendung des Gefolgschaftsprinzips in den Betrieben gehöre „zu den kennzeichnenden Zügen eines spezifisch deutschen Sozialis-

mus“. Die NPD bejaht eine nicht paritätische, erweiterte Mitbestimmung im Betrieb, „aber keine Fremdbestimmung durch DGB-Funktionäre“ (DN 51/70, S. 15).

V. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

1. Wahlbeteiligungen

Noch Anfang 1971 gab die NPD vor, „mit ihrer Organisation und ihrer personellen Basis die einzige ernstzunehmende politische Kraft der deutschen Rechten“ zu sein, „die die Voraussetzung für die Gewinnung von Wahlen und Wirksamkeit in den Parlamenten besitzt“ (NPD-press 1/71, S. 1). Sie wurde in

ihren Erwartungen enttäuscht. Bei keiner der drei Landtagswahlen des Jahres 1971 konnte sie die 5-0/-Hürde überwinden. Sie erlitt vernichtende Niederlagen in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Bremen und mußte 16 Abgeordnetensitze in den Parlamenten der genannten Bundesländer räumen. Nähere Einzelheiten enthält die nachstehende Tabelle:

Land:	NPD-Stimmen	NPD %	Bundestagswahl 1969		Landtagswahl 1967	
			NPD-Stimmen	NPD %	NPD-Stimmen	NPD %
Rheinland-Pfalz (21. 3. 1971)	53 876	2,7	107 780	5,2	127 680	6,9
Schleswig-Holstein (25. 4. 1971) Nachwahl: (16. 5. 1971)	18 822	1,3	61 759	4,3	70 921	5,9
Bremen (10. 10. 1971)	12 560	2,8	19 723	4,4	35 894	8,8

Die NPD-Führung hatte mit einem Erfolg bei der Wahl in Bremen gerechnet, die sie als „ersten Test für 1973“ (DN 41/71, S. 1) ansah. Sie hatte deshalb diese Wahl zum Schwerpunkt ihrer Wahlkampf-führung erklärt und dort nahezu 200 000,- DM eingesetzt (vgl. hierzu auch Schaubild S. 37).

Die Wahlen der Vorjahre hatten gezeigt, daß die NPD ihre relativ höchsten Ergebnisse in Gebieten ländlicher und kleingewerblicher Struktur mit einer vorwiegend protestantischen Wohnbevölkerung und in Bereichen mit traditionell-nationalkonservativen Wählerschichten erzielt. Dies hat sich im wesentlichen auch in den drei Landtagswahlen im Jahre 1971 bestätigt. Untersuchungen in einigen Gemeinden in Schleswig-Holstein mit überdurchschnittlichem Vertriebenen- bzw. Bundeswehranteil haben außerdem er-

geben, daß die NPD dort nicht überrepräsentiert ist.

Auch bei der Kommunalwahl in Baden-Württemberg am 24. 10. 1971 blieb die NPD mit ihren eigenen Listen erfolglos. Sie gesteht nunmehr ein, daß ihr „die Gelegenheits- und Protestwähler wieder fortgelaufen und nur die Stammwähler geblieben sind“ (DN 17/71, S. 3). Sie bezeichnet aber die für sie ungünstigen Wahlen des Jahres 1971 als „Angst- und Panikwahlen“ und nicht als „Ergebnis einer tatsächlichen politischen Entscheidung“ (DN 18/71, S. 1/2).

2. Veränderungen im Mitgliederbestand

Der Abwanderung der Wähler entsprach ein weiterer Mitgliederrückgang. Die Verluste

sind allerdings mit rund 2700 Abgängen (etwa 3700 Austritte, Ausschlüsse, Streichungen und Todesfälle gegenüber nur ungefähr 1000 Neuzugängen) nicht mehr so stark gewesen wie im Vorjahr (etwa 7000). Mit 18 300 Mitgliedern sank die NPD am 31. 12. 1971

erstmalig nach ihren spektakulären Zugewinnen in den Jahren 1967 bis 1969 auf weit unter 20 000 Mitglieder.

Die Landesverbände der NPD hatten am Jahresende 1971 folgende Mitgliederzahlen aufzuweisen:

Landesverband	Mitgliederzahl 1971	Mitgliederzahl 1970	Anteil am Gesamtmitgliedersstand in % 1971	Anteil am Gesamtverlust in % 1971
Baden-Württemberg	2 400	2 700	13,1	11,1
Bayern	4 950	5 700	27,1	27,8
Berlin	200	250	1,0	1,9
Bremen	350	350	1,9	0,0
Hamburg	650	750	3,6	3,7
Hessen	1 800	2 000	9,8	7,4
Niedersachsen	2 600	3 000	14,2	14,8
Nordrhein-Westfalen	2 500	2 700	13,7	7,4
Rheinland-Pfalz	1 200	1 550	6,6	12,9
Saarland	450	600	2,4	5,6
Schleswig-Holstein	1 200	1 400	6,6	7,4
Bundesrepublik Deutschland	18 300	21 000	100 %	100 %

Außer dem kleinen bremischen Landesverband haben also alle Landesverbände der Partei Einbußen erlitten. Am stärksten betroffen waren die Landesverbände Rheinland-Pfalz und Saarland.

Ausgetreten sind nicht nur einfache Parteimitglieder, sondern auch viele Funktionäre und Mandatsträger der unteren Parteiebenen. Die Mitgliederverluste zeigen deutlich, daß die NPD auch in den Reihen ihrer Parteigehörigen zunehmend die „Protestler“ verliert und immer mehr auf den radikalen Kern zusammenschmilzt. Die meisten Mitglieder, die aus einer Proteststimmung zur NPD gestoßen waren, haben angesichts der Erfolglosigkeit der NPD erkannt, daß von dieser Partei kein politischer Einfluß mehr zu erwarten ist. Mangelnde Resonanz in der Öffentlichkeit sowie Disziplinlosigkeiten, Überheblichkeit der Führungsmannschaft, persönliche Meinungsverschiedenheiten, Richtungskämpfe und lähmende Resignation haben weitere Mitglieder bewegt, die Partei zu verlassen. Kennzeichnend hierfür ist eine Erklärung von

NPD-Funktionären und -Mitgliedern aus dem Saarland, die aus der Partei austraten, weil sie sich durch „Machenschaften ... in der NPD schutz- und rechtlos und der Willkür, Dummheit und Machtmißbrauch preisgegeben“ fühlten (Rundschreiben des ehemaligen Vorsitzenden des Kreisverbandes Saarlouis vom Januar 1971).

v. THADDEN versuchte auf dem Parteitag 1971 in Holzminden die Peinlichkeit eines klaren Bekenntnisses zu den wirklichen Mitgliederzahlen zu umgehen, indem er erklärte, es müsse die Feststellung genügen, daß die NPD „immerhin mehr als doppelt so stark sei wie bei der Bundestagswahl 1965“. Der Rückgang in den Mitgliederzahlen würde ohnedies dadurch nicht in einen Zuwachs verwandelt, daß er vor den Delegierten die Zahlen ausbreite.

3. Rückschläge in der Parteiarbeit

Wahlniederlagen und Mitgliederverluste sowie mangelnde Tatkraft vieler Funktionäre

lähmten die Handlungsfähigkeit der NPD. Viele Mitglieder und Funktionäre resignierten und reagierten allen aufmunternden Appellen der Partei zum Trotz mit Lethargie und Gleichgültigkeit. Gleichzeitig gingen Beitragszahlung und Spendenbereitschaft zurück.

Bei Delegiertentagungen hatten einige Kreisverbände kein Stimmrecht, weil sie ihre Beitragsrückstände nicht beglichen hatten. Mitgliederversammlungen in allen Landesverbänden mußten ausfallen, da zu wenig Interessenten erschienen waren. Andere wurden wegen anfänglicher Beschlußunfähigkeit verspätet eröffnet. Hinzu kam, daß die Mandatsträger der Parteiarbeit nur noch geringes oder gar kein Interesse mehr entgegenbrachten. Die Partei verfügt zwar noch über insgesamt 426 Abgeordnete in Kommunalparlamenten, viele Kreis- und Ortsverbände vornehmlich in ländlichen Gebieten sind aber zusammengebrochen. Etwa 20 % aller Kreisverbände der Partei sind inaktiv und bestehen nur noch auf dem Papier. Besonders stark betroffen sind davon die Landesverbände Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Die NPD sah ein, daß „das Feuer der anfänglichen Begeisterung erloschen“ und die Stimmung in den Verbänden „gedämpft, abwartend, in einigen sogar resignierend“ ist (Rundschreiben des Landesverbandes Bayern vom 19. 4. und 18. 12. 1971 sowie des Landesverbandes Baden-Württemberg vom 23. 6. 1971). Sie gab zu, daß der „persönliche Einsatz und die Opferbereitschaft seitens der verzagenden oder resignierenden Mitglieder“ erlahmt seien (Rundschreiben des Kreisverbandes Karlsruhe vom 21. 11. 1971). Hessische Parteifunktionäre mußten sich vorhalten lassen, daß „der mangelnde Ernst, den einige Bezirksbeauftragte und Landesvorstandsmitglieder bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zeigen, in umgekehrtem Verhältnis zu ihrem Bemühen bei den Kandidatenwahlen vor Landes- und Bundestagswahlen steht, einen äußerst günstigen Platz zu bekommen“ (Rundschreiben des Landesverbandes Hessen vom 12. 11. 1971). In einem

Rundschreiben vom 12. 1. 1971 wirft der Landesvorstand der NPD in Nordrhein-Westfalen den Kreisverbänden vor, „monatelang nicht abzurechnen, keine Stärkemeldungen einzureichen, auf Mahnungen und Erinnerungen nicht zu reagieren, mündliche oder telefonische Zusagen wortlos einschlafen zu lassen“ usw. Der Parteivorstand bezeichnet die Tatsache, daß sich zu den Wahlen im Jahre 1971 nur 11 Redner zur Verfügung gestellt hatten, „als Einsatzwille, . . . der kaum noch zu unterbieten ist“ (Rundschreiben des Parteivorstandes vom 26. 1. 1971).

Diesem Übelstand in den eigenen Reihen versuchten einige aktive NPD-Kreise abzuhelfen, indem sie unter neutralen Bezeichnungen für ihre Ziele warben. Bislang sind 14 derartige Gruppierungen bekannt geworden, die unbedeutend sind und bislang keine sichtbaren Erfolge erzielen konnten. Solche vornehmlich von NPD-Aktivisten ins Leben gerufenen, neutral erscheinenden Zirkel, die auf den ersten Blick den NPD-Hintergrund nicht erkennen lassen, sind u. a. die „Deutsch-Französische Gesellschaft“, Ammerland, der „Deutsche Presseförderungsclub“, Frankfurt, der „Arbeitskreis Süd-West“ in Baden-Württemberg und der „Misburger Gesprächskreis“ in Niedersachsen. In ähnlich verdeckter Weise dient die neutral aufgemachte Monatschrift „Report — das zeitkritische Magazin“ den politischen Zielen der NPD. „Report“ soll „ohne sofortiges Hissen der NPD-Fahne . . . im vorpolitischen Raum für die Partei wirken“ (Rundschreiben des Landesverbandes Baden-Württemberg vom 10. 9. 1970).

4. Führungskrise

Mit dem vor zwei Jahren einsetzenden Niedergang der NPD machte sich in der Partei zunehmend eine Opposition gegen Adolf v. THADDEN und seine Führungsmannschaft bemerkbar. Ihnen wurde vorgeworfen, sie führten die Partei am Gängelband, vernachlässigten sozialpolitische Aussagen und hielten nur schöne Reden, anstatt durch aufsehenerregende Aktionen die Öffentlichkeit auf die politischen Anliegen der NPD aufmerksam zu machen.

Diese oppositionellen Bestrebungen, die in Dr. Siegfried PÖHLMANN ihren exponiertesten Vertreter hatten, verschärfen sich im Jahre 1971 zur echten Führungskrise. Adolf v. THADDEN kündigte mehrmals seinen Rücktritt an. In Nordrhein-Westfalen wurde ein erklärter Gegner v. THADDENs, der Dipl.-Politologe Udo WALENDY (44), Landesvorsitzender der NPD. Vom Vorstand nicht gebilligte Arbeitskreise (z. B. „Kirchhainer Kreis“, „Würzburger Kreis“) erarbeiteten Papiere, in denen u. a. die Ablösung der THADDEN-Mannschaft gefordert und sozial-reformerische Modelle gegen das konservative Wertheimer Parteiprogramm entworfen wurden. Besonders weit ging in seiner Kritik an v. THADDEN der ehemalige NPD-Abgeordnete im baden-württembergischen Landtag Dipl.-Volkswirt Karl BASSLER (47) aus Böblingen, der mit seinem „Würzburger Kreis“ mehrmals demonstrativ tagte, obwohl die Parteiführung erklärt hatte, daß sie „keine institutionalisierten Gruppen mit Meinungsautonomie innerhalb der Partei“ dulden werde (Rundschreiben des Parteivorstandes vom 28. 7. 1971). Mehrfach versuchte der Parteivorstand, gegen mißliebige oppositionelle Funktionäre Parteiausschlußverfahren durchzuführen, die aber entweder auf der unteren Ebene verhindert oder – wie im Falle BASSLER – durch ordentliche Gerichte korrigiert wurden. Mehrere Gruppen der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) stehen auf der Seite der THADDEN-feindlichen Opposition, während der „Nationaldemokratische Hochschulbund“ (NHB), die Studentenorganisation der Partei, sich in dem Führungsstreit bemerkenswert zurückhielt.

Die größten Schwierigkeiten bereitete der Führungsspitze der NPD das Drängen der parteiinternen Opposition, angesichts der hoffnungslosen Lage der NPD durch spektakuläre Aktionen auf ihre politischen Ziele aufmerksam zu machen. Dieser Aktionismus vorwiegend jüngerer Parteimitglieder, der zunächst von der NPD durch die „Aktion Widerstand“ (AW) unter Kontrolle gehalten werden sollte, entglitt mehr und mehr dem Einfluß der Parteiführung und wies in der Folgezeit teilweise auch kriminelle Züge auf.

Dr. PÖHLMANN stellte sich regelmäßig vor alle Aktionisten, denen der Ausschluß aus der Partei drohte, obwohl der Parteivorstand sich in dem Rundschreiben vom 26. 1. 1971 von „allen Mitgliedern und insbesondere Funktionsträgern“ distanziert hatte, „die sich an ungesetzlichen Ausschreitungen beteiligen, solche Ausschreitungen nicht zu verhindern suchen oder sogar solche Ausschreitungen planen“. Dr. PÖHLMANN erklärte offen, man solle „das emotionelle Feuer nicht auf Sparflamme stellen“ (NPD-inform 8/71, S. 4).

v. THADDEN beharrte demgegenüber auf „den nationalen und konservativen Positionen“ der Parteiarbeit (DN 29/71, S. 3). Er erklärte, das wichtigste Anliegen der NPD sei, „Wähler zu gewinnen“ (Rundschreiben des Parteivorstandes vom 28. 7. 1971). Die Partei müsse sich als „Partei der Ordnung profilieren“ (Rundschreiben des Parteivorstandes vom 22. 6. 1971) und sich von den „wirren oder sogar halbkriminellen Revolutionären“ klar trennen (DN 29/71, S. 16). Der unkontrollierte Aktionismus sei eine „Saudummheit“, weil dies der sicherste Weg zur radikalen Eskalation sei (NPD-inform 8/71, S. 4).

5. Der Parteitag in Holzminden

Auf dem Parteitag prallten die politischen und personellen Gegensätze hart aufeinander. Mitten in den Streitigkeiten und wechselseitigen Vorwürfen erklärte Adolf v. THADDEN völlig überraschend, er werde angesichts der Quertreibereien der innerparteilichen Opposition nicht mehr für das Amt des Bundesvorsitzenden kandidieren. Er sagte, „für einen Tanz auf einem Vulkan irrationaler Unvernunft“ sei er „angesichts der Gesamtlage der deutschen Innen- und Außenpolitik weder geeignet noch bereit“ (DN 48/71, S. 3). Er schlug den Delegierten einen neuen Bundesvorstand vor, dem kein Vertreter seiner parteiinternen Gegner angehörte und dessen Vorsitzender der 35jährige Tuttlinger Rechtsanwalt Martin MUSSGNUMG (Vorsitzender des NPD-Landesverbandes Baden-Württemberg) sein sollte. Diesem Vorschlag stimmte der Parteitag mit großer Mehrheit zu. Er erteilte

damit dem PÖHLMANN-Flügel eine eindeutige Absage.

Der neue, von oppositionellen Kräften freie Bundesvorstand bemüht sich um eine Politik der Konsolidierung und Stabilisierung. Ein Rundschreiben des Landesverbandes Baden-Württemberg vom 25. 11. 1971 betont, mit dem „in jeder Hinsicht konsolidierten Bundesvorstand“, zu dem sich die NPD nur beglückwünschen könne, habe die Partei „ihre klare Linie und Geschlossenheit wiedergefunden“.

Es spricht viel dafür, daß Adolf v. THADDEN weiterhin die Politik der NPD aus dem Hintergrund – insbesondere über das Parteiorgan „Deutsche Nachrichten“ – steuern wird.

Dr. PÖHLMANN, der nach seiner Niederlage in Holzminden offenbar auch nicht mehr mit seiner Wiederwahl als bayerischer Landesvorsitzender der NPD rechnete, trat auf dem bayerischen Landesparteitag am 9. 1. 1972 demonstrativ aus der Partei aus und gründete mit etwa 400 Anhängern aus der NPD noch am selben Tag die „Aktion Neue Rechte“ (ANR).

Die Entwicklung der ANR ist noch offen. Sie bemüht sich um Zusammenarbeit mit anderen Organisationen des rechtsradikalen Lagers, wie der „Deutschen Volkunion“ des Herausgebers der „Deutschen National-Zeitung“, Dr. Gerhard FREY, dem „Arbeitskreis Volkstreuer Verbände“ des Buchdruckers Alfred MANKE und dem Kreis um Prof. Berthold RUBIN. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß die ANR die verschiedenen Gruppierungen der sozialistischen und aktionistischen „Neuen Rechten“ zu integrieren verucht. Dafür spricht vor allem die von PÖHLMANN gewählte Organisationsbezeichnung „Aktion Neue Rechte“.

6. Die NPD als rechtsradikale Partei

Durch den Parteitag von Holzminden wurde – auch wenn v. THADDEN sein Amt als Parteivorsitzender zur Verfügung stellte – die alte Führungsmannschaft, die mit nur wenigen personellen Veränderungen seit Jahren die ideologische und politische Linie der NPD bestimmt, in ihrer Position gefestigt. Sie wird wahrscheinlich die Politik eines nationalisti-

schen Kollektivismus fortführen und sich weiterhin von der Vorstellung eines autoritär gelenkten Staates leiten lassen.

Dafür spricht, daß sich die NPD bis heute von ihren radikalen Zielsetzungen der vergangenen Jahre nicht distanziert hat. Nach wie vor sind die biologistisch-kollektivistischen Leitforderungen noch nicht aufgehoben, die der in Holzminden zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählte Prof. Ernst ANRICH (65) auf dem Parteitag 1966 in Karlsruhe verkündet hatte. Ebenso sind die unverkennbar an der nationalsozialistischen Ideologie ausgerichteten Begriffsinterpretationen des für die NPD herausgegebenen „Politischen Lexikons“ die Orientierungshilfe für die Funktionäre und Mitglieder der Partei. Das Lexikon hat in der Loseblattsammlung „Politisches Geschehen des XX. Jahrhunderts“ ein Zusatzwerk erhalten, das sich in seinem politischen Engagement und in seiner Diktion nicht von den vorausgegangenen Lieferungen des Lexikons unterscheidet. Zwar hat die NPD ihre Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung gerade in den letzten beiden Jahren mit mehr Zurückhaltung und Vorsicht vorgetragen und sich gelegentlich auch zu dieser Ordnung bekannt. Sie hat eingesehen, daß ihre radikalen Parolen, die den Wesensgehalt des Grundgesetzes in Frage stellen, bei ihren Wählern keine Resonanz finden und auch bei vielen Mitgliedern auf Widerstand stoßen. Die „Verbotdiskussionen“ der Jahre 1968 und 1969 haben der Partei außerdem einen nachhaltigen Schock versetzt. Dennoch haben auch im Jahre 1971 viele Äußerungen die politische und ideologische Zielsetzung der NPD erkennen lassen:

a) Forderung nach dem starken Staat

Die NPD wünscht einen Staat, „der das Gemeinwohl verkörpert“ (DN 45/71, S. 15). „Der Staat muß Wahrer des Volksganzen und Vollstrecker dessen Willens sein“ (DN 48/71, S. 3). Die Partei will einen „starken Staat mit Autorität, . . . weil sie ihm die Funktion der Führung und nicht nur der Schlichtung zuordnen“ will. Die „augenblicklichen Träger der Staatsgewalt“ werden als „Staatsfeinde“ be-

zeichnet, weil sie „keinen starken Staat“ wollten und die „Staatsautorität demontieren“ (DN 30/71, S. 13). Das griechische Militärregime treibt nach Ansicht der NPD „dynamische Politik“. Die Partei lobt „die innere Sicherheit und die politische Tatkraft der Revolutionsregierung“ in Athen (DN 31/71, S. 1). Sie kämpft gegen die „unkontrollierte Macht der Verbände“ (NPD-Schnelldienst des Landesverbandes Bayern 4/5/71, S. 3). Sie will die Tarifautonomie der Sozialpartner „an der Stelle begrenzt wissen . . . , wo es auf Kosten des Volksganzen geht“, weil sonst „die Volkswirtschaft zum Tummelplatz von Interessengruppen entarten“ würde (DN 50/71, S. 1). Immer wieder setzt sich die Partei für eine Kompetenzerweiterung des Bundespräsidenten ein, der nicht der parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Sie will ihm eine „Machtstellung“ verschaffen, „die es ihm ermöglicht, . . . gegenüber den Gegensätzen der Parteien die Willenseinheit der Nation zu sichern“ (DN 8/71, S. 7).

b) Völkischer Kollektivismus

Die Partei erklärt, „die Gemeinschaft des Volkes“ könne sich nicht „auf eine Millionenzahl pluralistisch sortierter Individuen stützen“ (DN 49/71, S. 14). Sie beklagt den „Verlust der völkischen Geschlossenheit“ (Rundschreiben des Landesverbandes Niedersachsen vom 27. 3. 1971). Immer wieder wird der Ruf nach „Volksgemeinschaft“, „Solidarität“ und „echter völkischer Gemeinschaft“ erhoben (z. B. DN 23/71, S. 1; 43/71, S. 15). Die Partei kritisiert die „liberale Willkürfreiheit des einzelnen mit ihrer enthemmenden Gemeinschaftszerstörung“ (DWZ 36/71, S. 5). Die „Nationaldemokratie“ unterscheide sich von dem System des „Pluralismus wie Wasser vom Feuer“ (DN 30/71, S. 13). Die Partei fordert die „Rückbesinnung einer individualisierten Gesellschaft auf die Lebenssubstanz des eigenen Volkes“ (DWZ 36/71, S. 5) und die „Synthese zwischen Freiheit und Ordnung“, die den „chaotischen Überindividualismus des Liberalismus“ und das menschenfeindliche Kollektiv des Sozialismus in seinen sämtlichen Spielarten“ überwinden soll (DN 49/71, S. 14).

c) Rassistische Anklänge

Dem völkischen Denken der NPD gemäß sind Ethik und Moral „gen- und artgebunden“ (DN 18/71, S. 9). Die Einwanderung und Einbürgerung von Gastarbeitern sowie die sich durch Geburten vollziehende „Umvolkung“ werden als „rassistische Zersetzung“ (DN 4/71, S. 6; 21/71, S. 1) und „geplante Zerstörung unseres Volkes und seiner Eigenart“ (Deutscher Kurier VI/71, S. 2) bezeichnet. Gastarbeiter seien „im deutschen Volkskörper zweifellos Fremdkörper“ (DN 18/71, S. 1). Es wird „Arterhaltung“ gefordert (Rundschreiben des Kreisverbandes Rhein-Sieg vom 5. 1. 1971). Eine Rassenmischung wird abgelehnt, um „aus dem unversiegbaren Brunnen des Ursprungs schöpfen zu können“ (DN 43/71, S. 6).

d) Diffamierungen der politischen Gegner

Kennzeichnend für radikale Gruppierungen ist ihr Stil der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner: sie argumentieren kaum, sondern polemisieren und diffamieren ihn. Zum gleichen Mittel greift die NPD. Die Vertreter der sozialliberalen Koalition werden als „Schwachköpfe in Bonn“ bezeichnet (DN 1/2/71, S. 1). Die Bonner Parteien seien „Erfüllungsknechte des ausländischen Großkapitals“ (Flugblatt des Kreisverbandes Marburg). Die Verantwortlichen der Stadtverwaltung in München werden als „Volksverräter in höchsten Staatsstellungen“ (NPD-inform vom 13. 8. 1971, S. 3) bezeichnet. Die Bonner Regierung sei „Zwangsvollstrecker fremder Mächte“ (Rundschreiben des Kreisverbandes Frankfurt vom 27. 4. 1971). Die Regierung wird als „Bankrott-Regierung“, als „Verhängnis für die deutsche Zukunft“, als „kremelgefügig“, als „osthörige Kamarilla“ und als „Handlanger . . . der Sowjetunion“ bezeichnet (Rheinland-Pfalz-Kurier II/71, S. 1; Rundschreiben des Parteivorstandes vom 26. 1. 1971; DN 36/71, S. 4; DN 1/2/71, S. 4; DWZ 29/71, S. 1). Die Regierung verleugne Volk und Vaterland und sei eidbrüchig gegenüber dem Verfassungsauftrag des Grundgesetzes. Sie habe „keine moralische und ethische Legitimation, einen Soldateneid entgegen-

zunehmen" (DN 14/71, S. 1). Die „unheilvolle Allianz Bonn-Moskau“ leite „die Eroberung ganz Deutschlands unter Hammer und Sichel“ ein (DN 36/71, S. 4). Provokativ fragt die Parteizeitung: „... Aber konnten wir von einem ehemaligen norwegischen Major oder einem im damals neutralen Schweden mit Zucht- haus wegen Spionage und Sabotage zu- gunsten der Sowjet-Union Vorbestraften je- mals die Vertretung deutscher Interessen er- warten?“ (DN 7/71, S. 11). Bundeskanzler Brandt habe als „politischer Kapitulant“ den „Nobelpreis anstatt des Leninordens“ erhalten (DN 50/71, S. 5; 44/71, S. 1). Die NPD fühlt sich „wie ein Hecht im Karpfenteich“, der „den Schmutz im bundesdeutschen Tümp- el aufwirbelt“ (DN 47/71, S. 7). Die Bundes- republik bezeichnet sie als „warmen Sau- stall“ (DN 1/2/71, S. 1).

e) Politisch motivierte Ausschreitungen

Wie in den Jahren zuvor waren – vornehm- lich jüngere – Parteimitglieder an politisch motivierten Ausschreitungen beteiligt, die z. T. von langer Hand vorbereitet waren und zuweilen auch terroristische Merkmale auf- wiesen.

Dabei taten sich besonders örtliche Gruppen der „Jungen Nationaldemokraten“ hervor. Eine der aktivsten war die JN-Gruppe in Hannover. Sie störte nachhaltig Veranstal- tungen politischer Gegner und entwendete u. a. im April 1971 vor dem Messegelände in Hannover die DDR-Flagge.

In Mainz trat eine NPD-Gruppe auf, die Ende April/Anfang Mai unter der Bezeichnung „Aktion Widerstand“ Schmierereien mit der Forderung, den Bundeskanzler aufzuhängen, an einem Brückenpfeiler anbrachte und an anderer Stelle eine Strohuppe aufhängte, die den Bundeskanzler darstellen sollte (vgl. Schaubild S. 42).

Am 13. 2. 1971 wurde im Wagen des NPD- Mitgliedes Bernd HENGST aus Bad Godes- berg eine Maschinenpistole sichergestellt. HENGST sowie sein Mitfahrer und Partei- freund, der ehemalige Vorsitzende des „Na-

tionaldemokratischen Hochschulbundes“, Rü- diger KRAUSS, gehörten einer 18köpfigen Gruppe an, die vorwiegend aus Angehörigen des NPD-Kreisverbandes Rhein-Sieg be- stand. Diese Gruppe hatte sich Schußwaffen beschafft und sich mit Überlegungen beschäf- tigt, gegen politisch mißliebige Personen u. U. auch Gewalt anzuwenden. Mehrmals beteiligten sich Angehörige der Gruppe an Ausschreitungen. Verschiedene Mitglieder der Gruppe veranstalteten im Januar 1971 auf eine in einem Kellerraum aufgehängte Plakatdarstellung des Bundeskanzlers und des DDR-Staatsratsvorsitzenden Ulbricht mit einer Faustfeuerwaffe Schießübungen. Gegen Hengst und Krauß erging Haftbefehl wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung. Anschließend Woh- nungsdurchsuchungen bei den Mitgliedern der Gruppe förderten noch 18 Gewehre, 12 Pistolen und 2000 Schuß Munition zutage (vgl. Schaubild S. 38).

Am 24. 9. 1971 schlug der 23jährige NPD- Funktionär Viktor Richard GISLO in München den Bundeskanzler ins Gesicht. GISLO, der schon wiederholt durch rechtsextremistische Aktivitäten aufgefallen war, behauptete, die Ohrfeige als Racheakt „für den Verrat des Herrn Bundeskanzlers an Moskau“ erteilt zu haben.

Auch wenn sich der Parteivorstand der NPD von diesen und ähnlichen Gesetzesverletzun- gen distanzierte, bleibt doch die Feststellung, daß diese Täter die NPD als ihre politische Heimat ansehen und daß einflußreiche Kräfte innerhalb der NPD solche Ausschreitungen öffentlich befürworteten, wie das Dr. Sieg- fried PÖHLMANN z. B. im Falle GISLO un- mißverständlich getan hat.

7. Finanzen

Die Gesamteinnahmen der Partei beliefen sich im Jahre 1971 auf annähernd 1,8 Mil- lionen DM. Sie gliedern sich nach zuver- lässigen Informationen und Schätzungen wie folgt auf:

Art der Einkünfte	1970	1971
	DM	DM
Mitgliedsbeiträge	ca. 550 000,—	ca. 480 000,—
Beiträge der Fraktionsmitglieder	270 000,—	89 000,—
Erträge aus Vermögen	20 000,—	20 000,—
Spenden	500 000,—	200 000,—
Gelder aus Kreditaufnahmen	550 000,—	—
Beiträge aus der Wahlkampfkostenerstattung	1 200 000,—	881 000,—
Sonstige Einnahmen	150 000,—	130 000,—
Gesamteinkünfte	ca. 3 240 000,—	ca. 1 800 000,—

Die Einnahmen sind also gegenüber dem Vorjahr um fast die Hälfte gesunken.

Die NPD hat daraus Folgerungen gezogen und z. T. radikale Einsparungsmaßnahmen getroffen (Entlassung hauptamtlicher Mitarbeiter, Einschränkung von Geschäftsstellen usw.). Auf diese Weise konnte die Partei die im Vorjahr noch etwa 3,2 Millionen DM betragenden Gesamtausgaben auf etwa 1,6 Millionen DM drosseln. Den größten Ausgabenposten bilden die Kosten für die drei Landtagswahlkämpfe im Jahre 1971, für die die Partei etwa 330 000 DM aufgewendet hat. Ähnlich hoch waren die Ausgaben für Geschäftskosten und Gehälter.

8. Soziologische Angaben

Seit ihrer Niederlage bei der Bundestagswahl 1969 hat die NPD etwa 14 000 Mitglieder verloren. In der gleichen Zeit gewann sie nur ungefähr 4300 neue Parteiangehörige hinzu. Die Analyse dieser neuen Mitgliedergruppe ergibt folgendes Bild:

a) Das Durchschnittsalter der rund 4300 zwischen Herbst 1969 und Ende 1971 der NPD beigetretenen Personen liegt bei 37,4 Jahren. (Vergleichbarer Bundesdurchschnitt: 41,07 Jahre). Eine Ende 1970 erarbeitete Bestandsanalyse der NPD ergab ein Durchschnittsalter von 43 Jahren.

b) Über 35 % der neuen Mitglieder sind Arbeiter, während die mittelständischen Berufe im Vergleich zur Bestandsaufnahme von 1970 unter den neuen Parteimitgliedern erheblich geringer vertreten sind (vgl. im einzelnen Schaubild S. 39).

c) Der Anteil der Frauen unter den NPD-Mitgliedern lag früher nicht über 10 %; jetzt befinden sich unter den Neuzugängen der letzten zwei Jahre 13,5 % Frauen.

d) Der Anteil der Vertriebenen unter den neuen NPD-Mitgliedern liegt leicht über dem Bevölkerungsdurchschnitt.

e) Die an ihrer Stärke gemessenen höchsten prozentualen Zugewinne sind in den NPD-Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Bayern und Saarland zu verzeichnen. Den geringsten Zuwachs erzielten die Landesverbände Niedersachsen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

f) Überdurchschnittlich waren die Zugänge in den Monaten Oktober 1969 und Oktober 1970. Im ersten Fall dürfte es sich um eine „Dennoch-Reaktion“ nach der verlorenen Bundestagswahl handeln. Im zweiten Fall ist offenbar die den „Würzburger Widerstandskongreß“ vorbereitende Propagandawelle ursächlich gewesen. Seit November 1970 sind die monatlichen Neuaufnahmen in die Partei kaum mehr erwähnenswert.

VI. „Junge Rechte“ oder „Neue Rechte“

Die bereits im Jahre 1970 begonnene Bildung von Gruppen, die den traditionellen bürgerlichen Konservatismus des rechtsradikalen Lagers verurteilen und neue Wege für eine mehr in die Zukunft gerichtete nationalistische Politik aufzuzeigen versuchen, hat sich 1971 verstärkt.

In ihrem Selbstverständnis bezeichnen sich diese Kreise als „Junge Rechte“ oder „Neue Rechte“ („Junges Forum“ 3/71, S. 4 und 10) sowie als „Progressive Rechte“ („Dritte Republik“ 0/71, S. 8). Sie distanzieren sich nachdrücklich von den Vertretern der „Alten Rechten“, der sie vorwerfen, „ihre Arbeit vorwiegend mit Emotionen und vergangenheitsbezogenen Sehnsüchten“ zu gestalten, sich „als letzte Aufrechte“ zu empfinden, „die heroisch und edelmütig einer Entwicklung entgegentreten, die sie nicht begreifen und folglich auch nicht überwinden können“. Die Konservativen wollten nur „abwehren, stoppen, retten, weil sie zur Analyse der Gegenwart weithin unbegabt sind, deshalb nichts zu Ende denken können und sich mit ihren politischen Halbheiten zur Erfolglosigkeit verurteilen“. Die „Junge Rechte“ dagegen wolle „überflügeln und überwinden“. Sie denke „mögliche Entwicklungen und ihre entsprechenden Gegenschritte voraus, denn sie wolle das Rennen gewinnen“. Es ginge ihr „um Dominanz, Sieg, Macht, nicht um Haltung, Stil und Ordnung allein“ („Junges Forum“ 3/71, S. 10/11). Die Vertreter der „Neuen Rechten“ wollen sich nicht mehr als „Aushängeschild“ vor den „reaktionären Karren“ der „NPD-Clique“ spannen lassen. Sie wollen diesen „Teufelspakt“ aufkündigen und sich auf ihre „eigentliche Zielsetzung“ besinnen („Dritte Republik“ 0/71, S. 4/5). „Mit kernigen Sprüchen und treudeutschem Aussehen“ könne man keine nationale Revolution machen. „Selbstverherrlichung und Kniebundhosen-Politik . . . reaktionärer und halbseidener Patentdemokraten“ sowie „nützlicher Idioten vom rechten stehengebliebenen Lager“ könnten die Jugend nicht mehr für sich gewinnen und die „Straßen als Massenmedium“ nicht für sich beanspruchen

(Erklärung des ZK der „Partei der Arbeit“ vom 27. 6. 1971; „Dritte Republik“ 0/71, S. 3 und 8).

Die Vertreter dieses „progressiven Nationalismus“ führen das Scheitern der NPD als Beweis dafür an, daß mit konservativen Konzeptionen keine wirksame Politik mehr betrieben werden könne. Die „Neue Rechte“ sieht ihre einzige Chance der Wiederbelebung einer nationalistischen Politik in progressiven sozialpolitischen Programmaussagen und in einem die Öffentlichkeit aufrüttelnden Aktionismus auf der Straße sowie in den Versammlungssälen politischer Gegner. Ihre ideologischen Vorstellungen spiegeln einen Nationalismus wider, der unter dem Schlagwort „Solidarismus“ alle möglichen Varianten progressiver Sozialpolitik vom gemäßigten Sozialreformismus bis hin zum nationalrevolutionären Sozialismus einschließt.

Die im Vergleich zur NPD kleinen, aber sehr aktiven und einsatzfreudigen Vereinigungen, Gruppierungen und Zirkel der „Neuen Rechten“ setzen sich fast ausschließlich aus jungen, in der Wahl ihrer Mittel z. T. skrupellosen Aktivisten zusammen, die zum großen Teil aus der NPD kommen. Sie arbeiten vielfach nach APO-Vorbildern als Basis- und Kadergruppen. Obwohl sich die verschiedenen Gruppen im Berichtsjahr häufig zu koordinierten Aktionen gegen die Politik der Bundesregierung – insbesondere gegen die Ostpolitik – zusammenfanden, sind alle Versuche, sie organisatorisch und ideologisch auf eine gemeinsame Linie festzulegen, bislang gescheitert.

1. Die „Partei der Arbeit“ (PdA)

Unter den vielfältigen Widerstandsgruppen der „Neuen Rechten“ hat sich die „Partei der Arbeit“ durch ihre Aktivität, durch den von ihr propagierten „Volkssozialismus“ und durch die Angriffe ihres Vorsitzenden, des Bochumer Schriftsetzers Friedhelm BUSSE, in den Vordergrund gespielt.

BUSSE war im Mai 1971 wegen seiner Beteiligung an den Ausschreitungen der im Winter 1970/1971 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz aktiven „Deutsch-Sozialen Aktion“ aus der NPD ausgeschlossen worden. Am 17. 6. 1971 hat er in Krefeld eine eigene Organisation geschaffen, die er „Partei der Arbeit – Deutsche Sozialisten“ nennt. Die Vereinigung mit etwa 70 Mitgliedern und einigen Aktivisten versteht sich als „politische Organisation des Volkssozialismus“ (Vorläufiges Statut der PdA).

In dem im September erstmals erschienenen, als Halbmonatszeitung vorgesehenen Zentralorgan der PdA „Dritte Republik“ verkündete BUSSE, daß er „die Macht, und zwar die volle wirtschaftliche und politische Macht“ anstrebe. Diesem Zweck diene eine „starke national-revolutionäre Partei“, die „die Vorhut der sozialen und nationalen Revolution in Deutschland“ und „die führende Kraft der kommenden Revolution“ werden und den „ersten radikaldemokratischen und anti-imperialistischen Staat auf deutschem Boden“ vorbereiten solle („Dritte Republik“ 0/71, S. 5, 6 und 9; Vorläufiges Statut der PdA). „Wenn es notwendig erscheint“ werde sie auch mit Maos Worten argumentieren, daß alle Macht aus den Gewehrläufen komme. Sie will „jedes Mittel benutzen, das gesteckte Ziel zu erreichen“ („Dritte Republik“ 0/71, S. 3) und „die Farce Demokratie im Westen und die Farce Sozialismus im Osten“ als „menschheitsfeindliche Systeme“ sprengen („Dritte Republik“ 1/71, S. 3). BUSSE bekennt, er habe den Parteistatus gewählt, um allen seinen „Einzelkämpfern“ den Schutz einer Partei zu bieten, „die sonst eine tollwütige Gesellschaft zu Kriminellen abstempelt“. „Wir wollen keine Massen, sondern Kämpfer, die befähigt sind, im entscheidenden Moment Massen zu führen! . . . Überall dort, wo spontane Manifestationen des Volkswillens gegeben sind, . . . werden wir sein und unserer Sache das Wort reden!“ („Dritte Republik“ 0/71, S. 5).

Organisation und Struktur der PdA sind kommunistischen Modellen nachempfunden. Die

PdA will „den Weg einer zentralistisch geführten Kaderpartei“ gehen („Dritte Republik“ 0/71, S. 5), ihr vorläufiges Statut sieht den Organisationsaufbau nach dem kommunistischen „Prinzip des demokratischen Zentralismus“ vor. Die Leitung der PdA bildet ein „Zentralkomitee“ (ZK) und ein „Politbüro“. Eine „Zentrale Kontrollkommission“ (ZKK) soll – ähnlich wie bei kommunistischen Parteien – parteiinterne Überwachungs- und Überprüfungsbefugnisse wahrnehmen, eine „Zentrale Revisionskommission“ (ZRK) die Geschäftsführung und das Finanzgebahren der Untergliederungen überwachen. Die Arbeit in den Betrieben soll von „Betriebszellenorganisationen“ erledigt werden. Die PdA will sich auch mit Kommunisten „an einen Tisch setzen“ („Dritte Republik“ 0/71, S. 3). Sie nimmt mittelbar die „Baader-Meinhof-Gruppe“ in Schutz, indem sie die Polizeiaktion gegen Petra SCHELM in Hamburg als „großangelegte brutale Terrorkampagne der Herrschenden in der BRD“ und „bürgerkriegsähnliche Polizeiaktion“ bezeichnet, die letztlich nur dazu diene, die „nationalrevolutionäre Bewegung der BRD planvoll zu unterdrücken und zu zerschlagen“ („Dritte Republik“ 0/71, S. 10/11).

Die PdA verfügt über mehrere Basiszirkel in deutschen Städten und bemüht sich um den Aufbau von Landes-, Bezirks- und Ortsverbänden.

Die Aktivisten der PdA traten erstmals am 13. 8. 1971 in Berlin anlässlich der von den Rechtsextremisten veranstalteten Mauerdemonstrationen und am 21. 8. 1971 in Augsburg am Jahrestag des Einmarsches der Mächte des Warschauer Paktes in die CSSR auf. BUSSE hat weitere spektakuläre Pläne entwickelt, die sich maßgeblich auf die Aktionsvorhaben der PdA im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Ostverträge beziehen. Die PdA bezeichnet die Verträge von Moskau und Warschau als „Verrat am Frieden, an der Freiheit Osteuropas und an dem Gedanken der Volksherrschaft“ (Programmatische Erklärung des ZK der PdA ohne Datum).

2. Sonstige Aktionsgruppen der „Neuen Rechten“

Im Gegensatz zur PdA haben die übrigen Aktionsgruppen der „Neuen Rechten“ mehr lokalen Charakter und arbeiten fast ausschließlich ohne organisatorisches Gefüge im Stile von Einsatzgruppen. Sie veranstalteten im Berichtsjahr häufig gemeinsame Widerstandsaktionen und sogenannte „Taktik- und Strategietreffen“, blieben aber – abgesehen von zahlreichen personellen Verflechtungen – eigenständige Gruppen mit vorwiegend örtlich beschränkten Wirkungskreisen.

Eine Ausnahme bildet lediglich die Seminararbeitsgemeinschaft „Deutsch-Europäische Gesellschaft“ (DEG), die sich wegen ihres Tagungsortes im Reinhardswald bei Kassel auch „Sababurg-Runde“ nennt. Dieser Kreis von mehreren Dutzend jungen Intellektuellen strebt – ähnlich wie die PdA – eine Kristallisationsfunktion innerhalb der „Neuen Rechten“ an. Er will der „Neuen Rechten“ eine progressive ideologische Basis schaffen und durch eine „Kernorganisation“ Pläne für zentral gesteuerte Aktionen im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Ostverträge entwickeln.

In Berlin (West) ruft die „Außerparlamentarische Mitarbeit“ (APM) mit etwa 50 Aktivisten zu Demonstrationen und in der Flugschrift „Rebell“ zum „Kampf allen Unterdrückern der Völker“ (Untertitel von „Rebell“) auf. Dieser Kampf gelte auch dem „westdeutschen System und seinen politischen Instrumenten – vor allem den drei systemkonformen Parteien“. Im System der BRD sei die Masse des Volkes entmündigt und werde von „versteckt agierenden Machtcliquen reglementiert“ („Rebell“ 2/71, S. 1). Die APM betreibt in Berlin das eigene „Ladenzentrum barricade“ als Versammlungslokal. Sie war an den von Rechtsextremisten organisierten Mauerdemonstrationen am 13. August führend beteiligt.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1971 ist die Freiburger „Solidaristische Offensive“ (SOL) mit mehreren Demonstrationen und Störaktionen – teilweise uniformiert – an die

Öffentlichkeit getreten. Anlässe waren die Jahrestage des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Mächte in die CSSR und des Ungarnaufstandes sowie SPD-Veranstaltungen während des baden-württembergischen Kommunalwahlkampfes.

Die maßgeblich aus JN-Kreisen hervorgegangene SOL wirft der Bundesregierung vor, die „Wiedervereinigung in verfassungsverräterischer und verbrecherischer Leichtfertigkeit preiszugeben, . . . den Massenmord an Ostdeutschen . . . unterstützt, . . . die provokative Aggressivität des Sowjetimperialismus . . . belohnt“ und „die Freiheitsbestrebungen der Völker Osteuropas und der Deutschen zu sabotieren versucht“ zu haben (Erklärung vom 20. 8. 1971).

In Augsburg ist ein „National-Politischer Arbeitskreis“ (NPA) aktiv, der auch unter der Bezeichnung „Aktion Junge Rechte“ (AJR) und „Aktionskomitee 21. August“ auftritt. Der NPA verkündet einen „undogmatischen sozialistischen Befreiungsnationalismus“ (Flugblatt des „Aktionskomitees 21. August“) und ruft „zum totalen Einsatz . . . gegen die Bonner Verratspolitik an Volk und Arbeiterschaft“ auf. Diese Einsatzbereitschaft soll „weit über verbalen Widerstand hinausgehen“ („Reichsarbeiterzeitung“ 3/71, S. 1).

Am 25. 10. 1971 wurde in München von oppositionellen NPD-Angehörigen eine Aktionsgruppe gegründet, die sich „Neue Ordnung – Deutscher Sozial- und Kulturdienst“ (NO/DSK) nennt. Vertreter dieser Gruppe unterhalten Beziehungen zu ausländischen Rechtsextremisten. Die NO/DSK hat bereits Lagerveranstaltungen in Österreich durchgeführt. Bemerkenswert und wohl kaum zufällig ist die Namensgleichheit der „Neuen Ordnung“ mit der rechtsextremen Organisation „Ordre Nouveau“ (ON) in Paris, die eine „Internationale der Nationalisten“ für ganz Westeuropa propagiert. Mitglieder der NO/DSK treten teilweise uniformiert auf. Zu der Gruppe, die den Sozialismus praktizieren will (Rundschreiben vom November 1971), gehört auch der Rechtsaktivist Viktor GISLO. Die NO/DSK steht in enger Beziehung zu der von Dr. PÖHLMANN gegründeten „Aktion Neue Rechte“ (ANR).

Ähnlich wie der NPA in Augsburg ist der „Club Symonenko“ (CS) in München aktiv. Er ruft die deutsche Arbeiterschaft zur „Solidarität im Klassenkampf und im nationalen Befreiungskampf gegen Imperialismus und Großkapital“ auf und fordert die „Solidarität mit der Jungen sozialistischen Rechten“ (Flugblatt „Nordirland 1971“).

Weitere Zirkel dieser Art bestehen bereits, sind aber noch nicht an die Öffentlichkeit getreten. Wieder andere befinden sich noch im Gründungs- bzw. Planungsstadium. Hinzu kommen örtliche Gruppen der „Jungen Nationaldemokraten“, die in Gegnerschaft zu der konservativen Führungsmannschaft der NPD stehen und die bereits einen aktionistischen Sozialismus in ihrem politischen Engagement erkennen ließen. Ihre Zugehörigkeit zu den Nationaldemokraten hat vielfach nur noch formalen Charakter.

3. Die ideologischen und agitatorischen Wegbereiter der „Neuen Rechten“

Hinter den genannten Aktionsgruppen der „Neuen Rechten“ stehen Mitarbeiterkreise, die durch ihre Publikationen (vgl. Schaubild S. 41) den ideologischen und agitatorischen Nährboden für einen revolutionären und sozialistischen Nationalismus bereiten.

„Junges Forum“ (JF) ist die ideologische Schrift der „progressiven nationalistischen Idee“. Ihr Herausgeber, der Hamburger Dipl.-Ing. Lothar PENZ (40), verkündet bereits seit Jahren einen von kollektivistischen und biohumanistischen Parolen geprägten „organischen Sozialismus“, . . . der in „seiner ganzheitlichen Tendenz . . . die natürliche Synthese der Volksgemeinschaft“ verwirklichen

soll (JF 3/64, S. 2 und 3; 1/65 S. 3 und 5). JF will „Beiträge zum Selbstverständnis der Jungen Rechten und zu einem modernen Nationalismus europäischer Prägung“ (Untertitel von JF) liefern. Die Zeitschrift distanziert sich von allen „Leuten mit schwarz-weißem Brett vor dem Kopf, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen“ (JF 2/70 Innenseite des Titelblattes).

Der ehemalige Sozialpädagoge Bernhard WINTZEK aus Asendorf bei Bremen ist der Herausgeber der Monatsschrift „MUT“. Er ist als Koordinator der rechtsradikalen Demonstrationen von Kassel im Mai 1970 bekannt geworden und auch in der Folgezeit immer wieder als Redner und Initiator bei Widerstandskundgebungen in Erscheinung getreten. Mit einer Auflage von mehreren tausend Exemplaren seiner Zeitschrift setzte er sich für einen „undogmatischen Sozialismus“ ein, „in dem die Stellung des einzelnen ausschließlich durch seine persönliche Leistung im Rahmen der Gemeinschaft für den Menschen bestimmt wird“ (42/71, S. 44). „MUT“ will „Fanale“ setzen, um die Bevölkerung auf die „undemokratische und grundgesetzwidrige“ Ostpolitik aufmerksam zu machen (MUT-Bilddokumentation: „Widerstand – Das Fanal von Würzburg“). Die Agitation der Monatsschrift gegen die Bundesregierung ist provokativ und hetzerisch. Das gleiche gilt für die Titelaufmachungen (vgl. Schaubild S. 40).

„barricade“ ist das „Pop-Magazin“ der „Neuen Rechten“. Es ist aus dem gleichnamigen Mitteilungsblatt der „Blauen Adler-Jugend“ hervorgegangen und will mit z. T. pornographischem Inhalt zum „Sprachrohr eines neuen Sozialismus“ werden (1/71, S. 4).

VII. Andere rechtsradikale Vereinigungen

1. Widerstandsorganisationen der „Alten Rechten“

Obwohl bei „Widerstandsdemonstrationen und -kundgebungen“ im Jahre 1971 meist die Vertreter der „Neuen Rechten“ den Ton angaben, die auch die meisten Ausschreitungen

verursacht haben, setzten die übrigen Widerstandsorganisationen ihre häufig hetzerische Propaganda gegen die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung fort und veranlaßten ihre politischen Gegner zu massiven Gegendemonstrationen. Besonders die „Deutsche Volkunion“ (DVU),

die der Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung“, Dr. Gerhard FREY, am 16. 1. 1971 in München gegründet hat, machte durch Großkundgebungen in mehreren Städten der Bundesrepublik (3. 4. München, 17. 6. Passau, 27. 6. Koblenz, 16. 10. Wedel, 5. 11. Ludwigsburg und 3. 12. München) auf sich aufmerksam. Bei allen Veranstaltungen polemisierte Dr. FREY gegen die Politik der Bundesregierung. In München bezichtigte er den Bundeskanzler und einige seiner engsten Mitarbeiter „der Zusammenarbeit mit dem Landesfeind“ und bezeichnete sie „als Agenten einer fremden Macht“ (DNZ 50/71, S. 7). In den Ostverträgen sieht die DVU „die Bemühungen Moskaus, die BRD in eine Volksrepublik umzufunktionieren“. Dr. FREY will mit seiner Organisation die „brachliegenden Kräfte der Mitte und der Rechten“ gegen die „verfassungswidrigen Ostverträge“ mobilisieren (DNZ 4/71, S. 3 und 10; 5/71, S. 10/11). Gegen Jahresende rief die DVU in ganzseitigen Anzeigen der „Deutschen National-Zeitung“ zu einem „Marsch auf Bonn“ gegen die Ratifizierung der Ostverträge auf (DNZ 50/71, S. 7 und 16). Die DVU verfügt über etwa 70 Arbeitskreise in allen Bundesländern mit etwa 4000 Mitgliedern. Ihr Presseorgan ist der „Deutsche Anzeiger“.

Eng verflochten in ihrer Zielsetzung und Organisation ist die DVU mit der „Aktion Oder-Neiße“ (AKON). Der 1. Vorsitzende der AKON, der Industriemeister Erwin ARLT, München, ist zugleich stellvertretender Vorsitzender der DVU. Die AKON verbreitet vorwiegend polemische Flugblätter gegen die Ostpolitik der Bundesregierung, die sie als „freiwilliges Verschenken unseres Rechtsanspruchs auf Ostdeutschland“, als „Verbrechen am Lebensrecht unseres Volkes“ bezeichnet. Die AKON fordert „jeden Deutschen“ auf, er solle den „Verrättern die Unterstützung versagen“. Bundeskanzler Brandt könne „gemessen an seinen früheren eigenen Aussagen nur als Verräter bezeichnet werden“. Die Organisation will sich rüsten für die „Ratifizierungsabsichten der Rot-Bonner“. Sie ruft zum Widerstand auf „gegen eine Regierung, die Deutschland an den Kommunismus verrät“. Als Mitteilungsblatt dient

der „AKON-Kurier“, der inhaltsgleich ist mit dem „Deutschen Anzeiger“.

Die von dem Industriebeter Dr. HOFFMANN-GÜNTHER aus Buchschlag geleitete „Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer“ (GOG) ist eine in sich zerstrittene Gruppierung von Heimatvertriebenen ohne feste Organisation. In relativ stark besuchten Kundgebungen agitiert sie gegen die Ostpolitik der Bundesregierung. Um die „Verzichts- und Ausverkaufspolitik“ zu bekämpfen, betreibt die GOG in ihren Flugblättern nationalistische Hetze gegen die „die Verfassung beugende . . . Bonner Regierung“. Die GOG bezeichnet sich auch als „Notverwaltung des Deutschen Ostens“ und nimmt politische Befugnisse der angeblich selbständigen ostdeutschen Länder in Anspruch. Da die „Regierung des westlichen Teilstaates . . . nur noch für und gegen die 10 westdeutschen Länder“ handeln könne, habe die „Notverwaltung des Deutschen Ostens“ am 28. 2. 1971 „die treuhänderische Verwaltung des deutschen Reiches übernommen“ (Flugblatt vom 5. 4. 1971). Im Frühjahr 1971 betrieb die GOG in Schleswig-Holstein kurzfristig einen eigenen beweglichen „Regierungssender Deutsches Reich“, der im Oktober in Wiesbaden von der Polizei sichergestellt werden konnte.

Auch der „Arbeitskreis Volkstreuer Verbände“ (AVV), ein Dachverband von 18 rechtsradikalen und rechtstendierenden Vereinigungen, schaltet sich mit Flugblattaktionen in die Widerstandsdemonstrationen gegen die Deutschland-Politik der Bundesregierung ein.

Die „Deutsch-Soziale Aktion“ (DSA), die im Winter 1970/1971 durch Ausschreitungen auf Straßen und Störaktionen in Versammlungssälen in Nordrhein-Westfalen aufgefallen war, besteht nicht mehr. Aktivisten aus den einzelnen örtlichen Kaderzirkeln haben sich heute der „Partei der Arbeit“ angeschlossen. Den eigenständigen Widerstandsgruppen sind auch einige zum Teil der NPD nahestehende Gruppen, wie der „Aktionskreis Widerstand Stuttgart“, die „Aktion 2000“ in Schleswig-Holstein, das „National-Europäische Centrum“ in Köln u. a., zuzurechnen.

2. „Aktion Widerstand“ (AW)

Die nur aus wenigen Funktionären bestehende AW entfaltete 1970 und auch noch zu Beginn des Jahres 1971 eine beachtliche Aktivität. Der NPD-Parteivorstand wollte mit der AW „über den parteipolitischen Rahmen hinaus die politische Mobilisierung des erforderlichen Widerstandes gegen diese Politik betreiben“ (Rundschreiben des Parteivorstandes vom 26. 1. 1971). Heute besteht diese von der NPD gegründete und gesteuerte Institution nur noch formal. Der von ihr geschaffene Nährboden und Widerstandsgeist ist jedoch noch wirksam (vgl. Schaubild S. 42). Immer wieder werden Schmierereien und sonstige Aktionen – meist von anonymen Einzeltätern – unter dem von der AW benutzten Symbolbuchstaben „W“ festgestellt. Eine Mitgliederorganisation war die „Aktion Widerstand“ nicht. Gegenwärtig wird in einschlägigen Kreisen erörtert, wie die AW wieder aktiviert werden könne.

3. Rechtsradikale Kulturorganisationen

Das völkisch-nationalistisch ausgerichtete „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes e. V.“ (DKEG), das sich vorwiegend der Kulturpolitik widmet, ist nach dem Tode seines Gründers und langjährigen Präsidenten Dr. Herbert BÖHME (gestorben 23. 10. 1971) in Schwierigkeiten geraten. Es unterhält etwa 60 „Pflegstätten“ in der Bundesrepublik, Berlin-West und Österreich und ist mit der NPD durch persönliche Bindungen verflochten. Die „Gesellschaft für freie Publizistik e. V.“ (GfP) will vorrangig die Kriegsschuldfrage klären. In der GfP haben sich u. a. Verleger und Publizisten aus der NS-Zeit zusammengefunden. Im Mai 1971 verließ die GfP

posthum dem langjährigen Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift „Nation Europa“, Arthur EHRHARDT, den „Ulrich-von-Hutten-Preis“ mit der Begründung, EHRHARDT sei „nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit Mut und Weitblick gegen die weitere Selbstzerstörung der weißen Welt eingetreten“ („Das Freie Forum“ 5–6/71, S. 7).

Anhänger der Weltanschauung und der politischen Zielsetzung der 1966 verstorbenen Mathilde Ludendorff haben sich ungeachtet des im Jahre 1961 erfolgten Verbotes des „Bund für Gotterkenntnis (L) e. V.“ in neuen Vereinigungen zusammengefunden, die sich „Weltanschauungsgemeinschaft Mathilde Ludendorff“, „Verein Ludendorff-Gedenkstätte e. V.“ und „Arbeitskreis für Lebenskunde e. V.“ nennen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 23. 3. 1971 (BVerwG I C 54/66) das Anfechtungsverfahren des „Bundes für Gotterkenntnis (L)“ gegen den Freistaat Bayern zur nochmaligen Verhandlung an den Verwaltungsgerichtshof München zurückverwiesen.

4. Rechtsradikale Jugendorganisationen

Die beiden nationalistischen Jugendbünde „Wiking-Jugend“ (WJ) und „Bund Heimatreuer Jugend“ (BHJ) veranstalteten auch im Berichtsjahr wieder zahlreiche Zeltlager für ihre Anhänger, an denen auch ausländische Nationalisten teilnahmen. Teile des BHJ und der WJ engagierten sich bei politischen Demonstrationen und Aktionen gegen die Politik der Bundesregierung. Beide Jugendbünde arbeiten eng zusammen. Die Verbandszeitschrift der WJ, der „Wikinger“, ist zugleich auch Organ des BHJ.

VIII. Die Publizistik organisationsungebundener rechtsradikaler Verlage

Neben den 41 Verbands- und Parteiblättern der rechtsradikalen Vereinigungen produzierten 14 organisationsungebundene rechts-

radikale Zeitungs- und Zeitschriftenverlage 70 % der gesamten rechtsradikalen Dauerpublikationen.

1. Die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ)

Die DNZ des Dr. Gerhard FREY in München steht seit Jahren unverändert an der Spitze der rechtsradikalen Publizistik. Sie hatte 1971

eine durchschnittliche wöchentliche Auflage von rund 112000 Exemplaren.

Einzelheiten über die Auflagenentwicklung zeigt die folgende Übersicht:

Quartal	Druckauflage	Festbezieher	freier Verkauf	Gesamtverkauf
1968				
I.	129 006	25 076	64 132	89 208
1969				
I.	127 198	22 415	59 440	81 855
1970				
I.	129 949	21 168	64 835	86 003
1971				
I.	115 092	20 135	65 526	85 661
II.	117 314	20 187	65 894	86 081
III.	106 646	20 030	61 201	81 231
IV.	108 000 (geschätzt)			

Der Inhalt der DNZ besteht überwiegend aus Polemik und hemmungsloser Abwertung der gesamten Politik der sozialliberalen Koalition. Die DNZ behauptet, „der bisher durch völkerrechtliche und naturrechtliche Normen bekräftigte Wiedervereinigungsanspruch bedarf künftig sowjetischer Zustimmung“ (53/71, S. 3). Durch die Ostpolitik und das Berlin-Abkommen werde West-Berlin „trockengelegt und ausgehungert, aufs Abstellgleis geschoben“ (47/71, S. 4). Die Viermächtevereinbarung sei „eine der schwersten Niederlagen der freien Welt seit Ende des Zweiten Weltkrieges“ (39/71, S. 6). Die Verleihung des Friedensnobelpreises an den Bundeskanzler sieht die Zeitung als „Schande unseres Landes“ an (45/71, S. 4).

Besonders in den Schlagzeilen tritt die aggressive Agitation des Blattes zutage. Bevorzugte Angriffsziele der Zeitungen sind Bundeskanzler BRANDT, Bundesaußenminister SCHEEL und Staatssekretär BAHR. Sie werden von der DNZ als „Verräter“ an den

nationalen Interessen bezeichnet (vgl. Schaubild S. 43).

2. Sonstige Publikationen rechtsradikaler Verlage

Auf Grund der Höhe ihrer Auflagen sind aus der großen Zahl der Druckwerke rechtsradikaler Verlage erwähnenswert:

a) Der in Coburg vierteljährlich erscheinende „Deutsche Studenten-Anzeiger“ (DSA), der sich in seiner Agitation hauptsächlich an Studenten richtet (Auflage etwa 30000).

b) Die der NPD nahestehende und im „Nationalverlag“ Hannover von dem NPD-Funktionär Waldemar SCHÜTZ herausgegebene, wöchentlich erscheinende „Deutsche Wochenzeitung“ (DWZ) (Auflage etwa 20000).

c) Die in Coburg aufgelegte Monatsschrift „Nation Europa“ (NE), die von dem im Herbst 1971 verstorbenen Publizisten Arthur EHRHARDT herausgegeben wurde (Auflage etwa 7500).

IX. Auslandsverbindungen deutscher Rechtsradikaler

Die seit längerer Zeit unterbrochenen Beziehungen zu faschistischen Vereinigungen im Ausland wurden 1971 wieder aufgenommen.

Die Aktionisten unter den Rechtsradikalen teilen nicht die von der NPD gehegte Befürchtung, sich durch Kontakte zu internatio-

nenal Faschisten bei dem nationalkonservativen Wählervolk zu diskreditieren. Das Interesse an den Kontaktaufnahmen war gegenseitig. Die erstarkte „Movimento Sociale Italiano“ (MSI), und die französische militante rechtsradikale Organisation „Ordre Nouveau“ (NO) suchten Verbindungen zu NPD-Kreisen und auch zu anderen Gruppierungen des

deutschen rechtsradikalen Lagers. Die schon seit Jahren bestehende Zusammenarbeit des Landesverbandes Bayern der NPD mit der „Nationaldemokratischen Partei“ Österreichs (NDP) wurde 1971 durch gemeinsame Mahnfeiern, Zeltlager, Sonnenwendfeiern und sonstige Veranstaltungen intensiviert.

X. Ausschreitungen deutscher Staatsbürger aus rechtsextremistischen Motiven

Im Jahre 1971 wurden 428 Ausschreitungen aus nationalistischen und antisemitischen Beweggründen gezählt. Gegenüber dem Vorjahr (184 Fälle) hat sich die Zahl der Ausschreitungen also mehr als verdoppelt. In ähnlichem Verhältnis haben sich auch die Fälle von Terrorakten, Gewalttaten und Androhung von Gewalt erhöht. Während im Jahre 1969 46 Fälle und im Jahre 1970 53 Fälle mit Gewaltdaspekten registriert wurden, sind im Berichtsjahr 123 Ausschreitungen dieser Art (28,8 %) erfaßt worden. Eine Aufschlüsselung dieser Vorfälle enthält die nachfolgende Übersicht:

Terrorakte

Brandstiftungen	3
-----------------	---

Gewaltakte

Körperverletzung	14
Sachbeschädigung	25
sonstige Gewaltakte	9

Androhung von

Mord/Entführung	44
Sprengstoff- und Brandanschlägen	24
sonstigen Gewaltakten	4

Gesamtzahl:	123
-------------	-----

Die Aggressivität der Rechtsextremisten ist gestiegen. Sie sind zunehmend bereit, für ihre politischen Ziele Gesetzesverletzungen zu begehen. Sie scheuen vor Gewaltanwendung nicht zurück.

Das Anschwellen von Ausschreitungen im Jahre 1971 ist maßgeblich auf die militante

Abwehrhaltung rechtsradikaler Kreise und Einzelpersonen gegenüber der Politik der Bundesregierung – insbesondere gegenüber deren Ostpolitik – zurückzuführen. Etwa 76 % der genannten 428 Ausschreitungen richteten sich gegen die Ostpolitik. Dem entspricht das erhebliche Zurückgehen der Hakenkreuzschmierereien und der beleidigenden und bedrohenden Angriffe auf jüdische Mitbürger und Einrichtungen.

Die Widerstandshysterie im rechtsradikalen Lager und die damit verbundene Ausschreitungswelle erreichten besonders im Januar und Februar 1971 einen Höhepunkt, als die „Deutsch-Soziale Aktion“ (DSA) in Nordrhein-Westfalen und auch in Rheinland-Pfalz Straßen und Versammlungssäle für ihre Aktionen mißbrauchte. Im April, Mai und Juni stiegen die Ausschreitungen offenbar als Folge der langfristigen intensiven Vorbereitungen der „Aktion Widerstand“ (AW) für die Großkundgebungen am 17. 6. 1971 nochmals an. Die NPD, die „Neue Rechte“ und andere rechtsradikale Gruppen riefen zu Demonstrationen zum 10. Jahrestag des Mauerbaues in Berlin auf. Die allgemeine Tendenz aller Ausschreitungen einschließlich der Vorfälle mit Gewaltdaspekten war während des gesamten Berichtsjahres sinkend. Seit den Mauerdemonstrationen im August fällt die Zahl der Gesamtausschreitungen fast gleichmäßig ab (vgl. Schaubild S. 44).

Schwerpunkte der Ausschreitungen waren Nordrhein-Westfalen mit 141, Berlin mit 82 und Niedersachsen mit 54 Vorfällen. Hamburg, Bremen und das Saarland waren am wenigsten betroffen (vgl. Schaubild S. 44).

Folgende Einzelfälle von Ausschreitungen waren besonders bemerkenswert:

■ Krawalle der DSA am 16. Januar 1971 vor der sowjetischen Botschaft in Rolandseck.

■ Sicherstellung von Schußwaffen und Munition bei Angehörigen des NPD-Kreisverbandes Rhein-Sieg im Februar und April 1971 (vgl. Schaubild S. 38).

■ Diebstahl der DDR-Flagge vor dem Messegelände in Hannover am 28. April 1971 durch Angehörige der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Im Laufe des Berichtsjahres wurden noch weitere neun Fahnen von Ostblockstaaten auf mehreren Veranstaltungsgeländen durch Rechtsextremisten entwendet bzw. beschädigt.

■ Erhebliche Störungen durch junge Rechts-extremisten bei der Maikundgebung mit Bundeskanzler BRANDT am 1. Mai 1971 in Hannover.

■ Umfangreiche Waffen- und Munitionsbeschlagnahme bei der in Hessen und Berlin existierenden „Nationale Deutsche Befreiungsbewegung“ (NDBB), einer kleinen Aktionsgruppe von politischen Wirkköpfen um den Autoverkäufer Roland TABBERT (43) aus Hanau.

■ Erhebliche Auseinandersetzungen in Berlin und Frankfurt aus Anlaß des 10. Jahrestages des Mauerbaues zwischen rechtsradikalen Gruppen und ihren politischen Gegnern.

■ Der als Rechtsaktivist bekannte Student Viktor GISLO ohrfeigte am 24. September 1971 den Bundeskanzler in München.

■ Demonstrationen der „Neuen Rechten“, wie z. B. am 23. Oktober 1971 in Freiburg ein Aufzug der „Solidaristischen Offensive“, mit erheblichen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern und der Polizei.

Bei 191 Personen besteht begründeter Verdacht, daß sie an den vorgenannten Ausschreitungen beteiligt waren. 105 der bekannt gewordenen Täter waren zum Zeitpunkt der Tat Mitglieder rechtsradikaler Organisationen. 63 % der Täter gehören der Altersgruppe der 16- bis 29jährigen an. Von 126 Tätern ist der Beruf bekannt. Eine Analyse ergab folgendes Bild:

Arbeiter	42 Personen = 33 %
Angestellte	32 Personen = 25 %
Selbständige	12 Personen = 10 %
Akademiker, Studenten des	24 Personen = 19 %
Angehörige des Öffentlichen	
Dienstes	14 Personen = 11 %
Rentner	2 Personen = 2 %
	<hr/>
	126 Personen

XI. Exekutivmaßnahmen

1. Strafurteile

Im Berichtsjahr ergingen neun Urteile gegen rechtsradikale Straftäter. Die ihnen zugrundeliegenden Straftaten waren teilweise schon im Jahre 1968 begangen worden. Besonders zu erwähnen sind folgende Verurteilungen:

■ Der Court of Appeal beim Military Government of Berlin verwarf am 29. 7. 1971 die Berufung des Krankenpflegers Ekkehard WEIL (22) gegen die Verurteilung zu sechs Jahren Gefängnis wegen Mordversuches an einem Wachsoldaten des sowjetischen Ehrenmals in Berlin (West).

■ Das Jugendschöffengericht Bonn verurteilte am 19. 11. 1971 den Gärtner Karsten EGGERT (21) wegen fortgesetzten Betruges, fortgesetzten Diebstahls und Vortäuschung

einer Straftat unter Freispruch im übrigen zu neun Monaten Gefängnis. EGGERT war im April in den Park der Villa Hammerschmidt eingedrungen, um – wie er vorgab – durch ein Attentat auf den Bundespräsidenten auf den seiner Ansicht nach verfehlten Kurs der Ostpolitik der Bundesregierung aufmerksam zu machen.

■ Gegen einige NPD-Mitglieder, die sich zum Teil an der militanten „Europäischen Befreiungsfront“ (EBF) beteiligt hatten, ergingen Urteile wegen verbotenen Waffenbesitzes.

Dagegen wurde durch Beschluß des OLG Frankfurt/M. vom 10. 2. 1971 das Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Leiter des NPD-Ordnungsdienstes, den Dipl.-Chemiker Dr. Benno KOERBER (54), und weitere fünf

NPD-Ordner wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und anderer Delikte, die sie bei Wahlveranstaltungen der NPD während des Bundestagswahlkampfes 1969 begangen hatten, nach den Bestimmungen des Strafrechtsgesetzes vom 20. 5. 1970 eingestellt.

2. Veranstaltungsverbote

Folgende Veranstaltungen wurden im Berichtsjahr wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten:

- Der Landesparteitag der NPD in Berlin, der für den 29. 5. 1971 und später für den 5. 6. 1971 vorgesehen war, durch Befehle der Alliierten Kommandantur in Berlin vom 26. 5. und 4. 6. 1971.
- Eine Kundgebung der „Aktion Widerstand“ in Helmstedt am 17. 6. 1971.
- Eine Veranstaltung der NPD am 14. 8. 1971 in Frankfurt/M. durch den Polizeipräsidenten Frankfurt/M.

- Eine Veranstaltung der „Solidaristischen Offensive“ (SOL) in Freiburg am 23. 10. 1971 durch den Oberbürgermeister in Freiburg.

3. Sonstige Maßnahmen

Durch Urteil des Amtsgerichts Limburg vom 3. 2. 1971 wurde der „Aktion Widerstand“ die Verbreitung eines Plakates verboten, auf dem der Bundeskanzler in norwegischer und der DDR-Staatsratsvorsitzende ULBRICHT in sowjetischer Uniform abgebildet waren.

Die Verbreitung von Postkarten mit den gleichen Bildern wurde der Firma KOELLE-Druck, Offenfelten, durch Urteil des Oberlandesgerichts Hamm vom 7. 6. 1971 verboten.

Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten erließ am 27. 2. 1971 einen Beschlagnahmebeschuß für mehrere Plakate der „Aktionsgemeinschaft 17. Juni“ in Berlin. Das Landgericht Berlin hob auf die Beschwerde der „Aktionsgemeinschaft 17. Juni“ diesen Beschlagnahmebeschuß teilweise auf.

XII. Schlußbetrachtungen

Das Jahr 1972 bietet mit den bevorstehenden Ratifizierungsmaßnahmen und den Olympischen Spielen in München und Kiel für die Rechtsextremisten willkommene Anlässe, ihren Antikommunismus, ihren Haß gegen die sozialliberale Regierung und ihren „Aktionismus“ gegen deren Ost- und Deutschlandpolitik spektakulär sichtbar zu machen. Im Jahr 1972 muß daher mit einem weiteren Anstieg der rechtsextremistisch motivierten Widerstandshysterie, mit Krautwällen, Ausschreitungen, Gewalt- und Terrorakten gerechnet werden. Diese Störungen werden jedoch angesichts der geringen Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Organisationen die Sicherheitslage nicht entscheidend beeinträchtigen.

Im Jahre 1972 werden sich auch die weniger aggressiven Widerstandsorganisationen mit Großkundgebungen, Flugblatt- und Plakatwellen, Protestdemonstrationen usw. an die Öffentlichkeit wenden. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß fast

regelmäßig in solchen Fällen Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung drohen. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß auch die „Aktion Widerstand“ wiederbelebt und – wie in den letzten beiden Jahren – eine erneute Widerstandsstimmung in der Öffentlichkeit verbreitet werden soll.

Im Vergleich zu den Vorjahren ist der Rechtsradikalismus aggressiver und militanter geworden. Teilweise sind kriminelle und auch terroristische Züge sichtbar. Durch die weitere Zersplitterung in den Organisationen und auf Grund geheimer Planungen in kleinsten Kreisen sind die Vorbereitungen rechtsradikaler Aktivitäten zunehmend schwerer zu kontrollieren. Die Sicherheitsbehörden sind jedoch mit Erfolg bemüht, ihre Erkenntnismöglichkeiten zu erweitern. Dem gewalttätigen Aktionismus einzelner rechtsradikaler Gruppen kann im Wege der politischen Auseinandersetzung allein nicht begegnet werden. Als wirksames Mittel gegen die Aggressionen haben sich vor allem strafrechtliche

und versammlungsrechtliche Maßnahmen erwiesen.

Die parteipolitische Bedeutung des Rechtsradikalismus nimmt dagegen ständig weiter ab. Rechtsradikale Parteien besitzen derzeit keine Chance, auf die politische Willensbildung der Bevölkerung der Bundesrepublik

Deutschland bestimmenden Einfluß zu nehmen.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß der Rechtsradikalismus nach wie vor keine ernsthafte Gefahr für die innere Sicherheit und die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland bedeutet.

Entwicklung des organisierten Rechtsradikalismus von 1961-1971

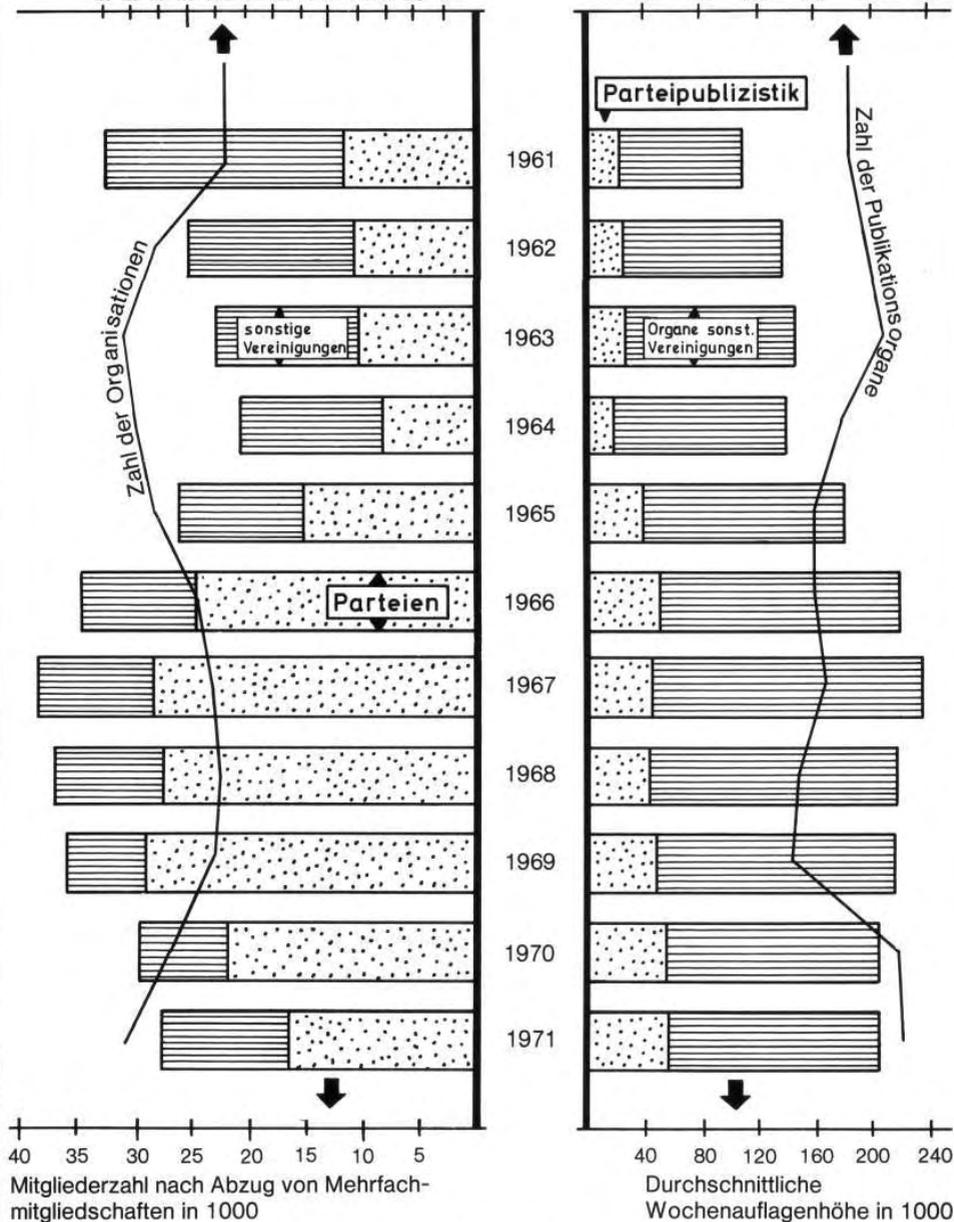
Zahl der

rechtsradikalen Organisationen

rechtsradikalen Publikationsorgane

130 120 110 100 90 80 70 60 50 40 30 20 10

10 20 30 40 50 60



Regionale Schwerpunkte rechtsradikaler Tätigkeit



Wahlparolen der NPD

NPD will Ordnung und Stabilität

man wählt, was man meint, **MAN WÄHLT NPD!**

Nur ein gesunder Mittelstand garantiert stabile Wirtschaft

NPD stoppt Haschwele

FRIEDEN FREIHEIT FORTSCHRITT
wurden durch den Moskauer und Warschauer Vertrag aufgegeben!

Der DGB

Nur ein starker Staat kann unsere Freiheit schützen

Inflation ist Volksbetrug

NPD für soziale Sicherheit

Milliarden an Kommunisten
Was kostet den Steuerzahler die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung?

Erfüllungsgehilfe F.D.P.

SCHÜTZT FRIEDEN FREIHEIT FORTSCHRITT
verhindert die Ratifizierung dieser Verträge! Die CDU verzagt!

Wählt Liste **4 NPD**

Brandt und Scheel - Bauernkiller
Wer die Moskauer und Warschauer Verträge unterzeichnet, killt auch die deutschen Bauern

NPD fordert wirksamere Verbrechensbekämpfung!

Vertrauen zur Zukunft - Vertrauen zur NPD

ERBE UND AUFGABE

DIE NEUE KRAFT - DIE ORDNUNG SCHAFFT

OTTO BRENNERS MORGENESSE

Rundfunk unter Volkskontrolle

Schluß mit der Meinungsmache im Funk und Fernsehen

Jede Stimme für die NPD ist eine Stimme des Protestes

Wählt Liste 4 NPD

Keine Chancen mehr für Verbrecher

Wer die Moskauer und Warschauer Verträge unterzeichnet, killt auch die deutschen Bauern

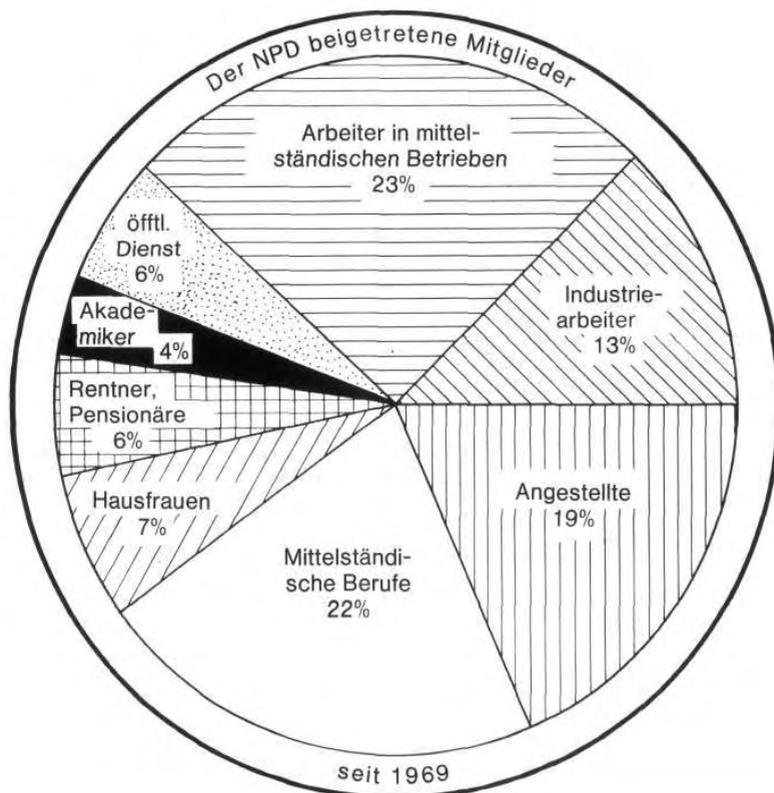
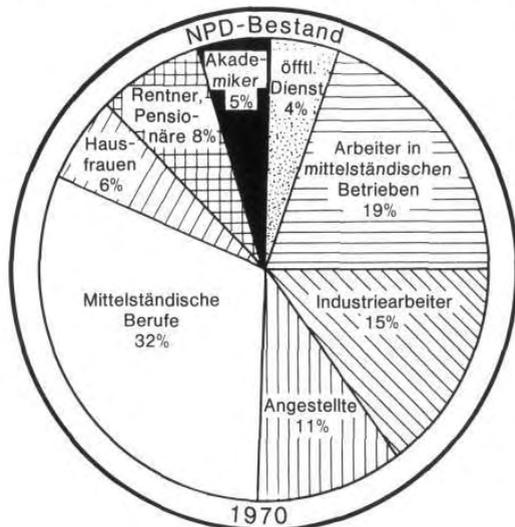
NPD fordert wirksamere Verbrechensbekämpfung!

Vertrauen zur Zukunft - Vertrauen zur NPD

Sichergestellte Waffen der Gruppe um den ehemaligen NPD-Funktionär Bernd Hengst



Berufsschichtung der seit 1969 der NPD beigetretenen Mitglieder





„Die Kommunisten an die Laterne!“

5218

Wieder mit den Umkehrfaschisten!

Michel Wach out!

Beiträge zum Selbstverständnis der Jungen Rechten und zu einem modernen nationalitären europäischen Prägnanz

Er kniete – nicht für Deutschland

Nobelpreis für Landesverrat



DEUTSCHLAND WIR kommen!

Warschauer Vertrag vom 7. Dez. Gestern, heute, morgen: Breslau gehört uns!



Schützt euch selbst! Kauft Waffen!

NSDAP FISCHERSCHE, eine revolutionäre Bewegung

Titel von Kampfschriften der „Neuen Rechten“

JUNGES FORUM

MUT

ni 1971 + DM 1,- (6S 6,50) + Jahresabonnement: DM 15,60 (6S 100,-)

Fragmente
Gedanken für Demokratie
Folge 26



DRITTE
REPUBLIK

barricade

THEORIE DES
WIDERSTANDES

IB
IM BRENNPUNKT UNABHÄNGIGE SCHÜLERZEITSCHRIFT NR. 1/71

JA
Information

REBELL
ALLEN UNTERDRÜCKERN

„Aktion Widerstand“

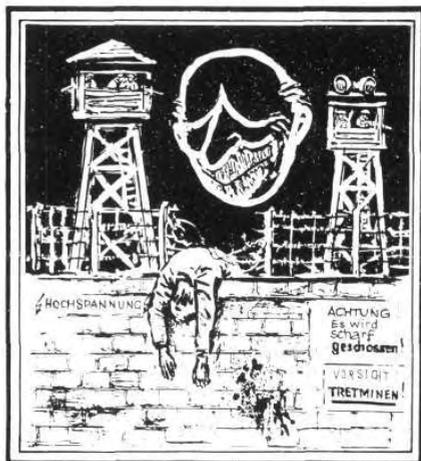


Vom Magazin „MUT“ vertriebene Bildpostkarte zur Werbung für die Demonstrationen anlässlich des 13. August 1971

Seit dem 13. August 1961 sind
17 Millionen Deutsche eingemauert



Von Anhängern der „Aktion Widerstand“ in Mainz aufgehängte Stroh-
puppe



Widerstand
gegen die Anerkennung der Mauer

Massenflugblatt der „Aktion Widerstand“
anlässlich des 13. August 1971

Herr Bundeskanzler, warum
verraten Sie Deutschland?

Das deutsche Volk wird Sie verfluchen

Willy Brandts Landesverrat
Agent für Moskaus Interessen

Nobelpreis für Landesverrat

Willy Brandts Verbrechen

Bahrs Dolchstoß gegen Deutschland

Brandt zum Befehlsempfang bei Breschnew

Moskaus gehorsamster Diener

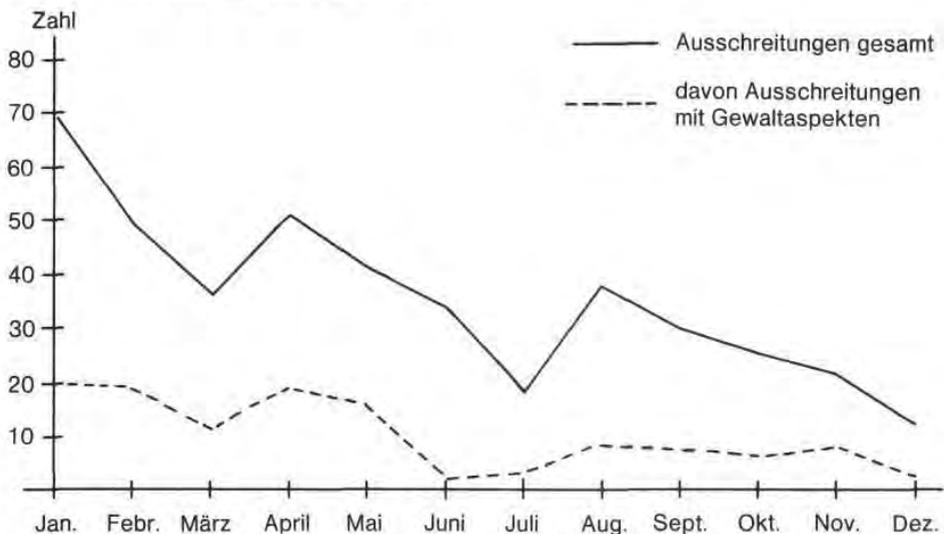
Egon Bahr - Moskaus Agent

gegen Deutschland

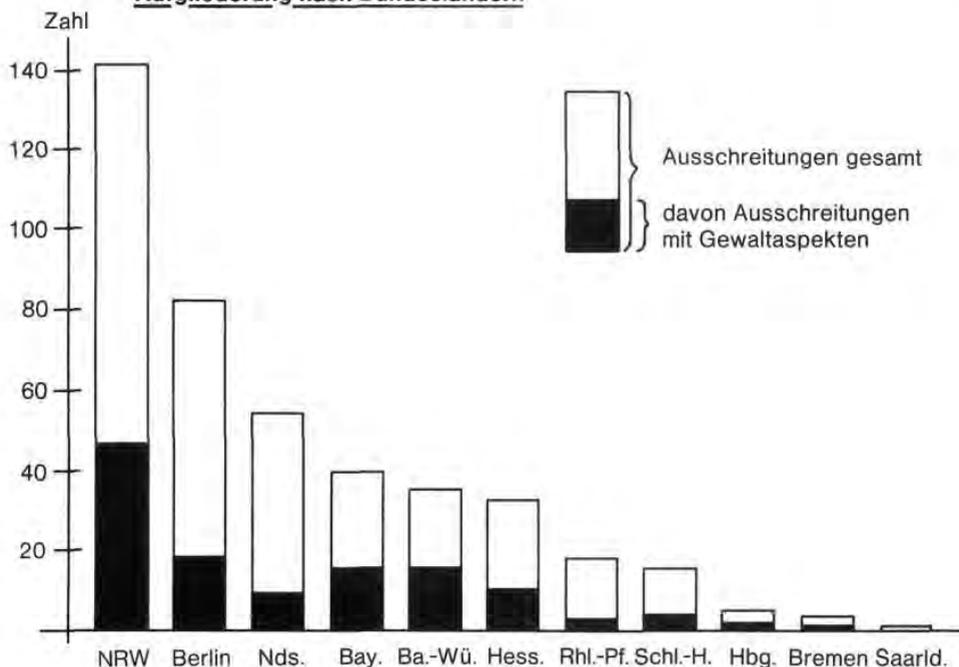
Der Mann, der sein Volk verrät

Ausschreitungen deutscher Staatsbürger aus rechtsextremistischen Motiven 1971

Aufgliederung nach Monaten



Aufgliederung nach Bundesländern





MARSCH auf BONN!

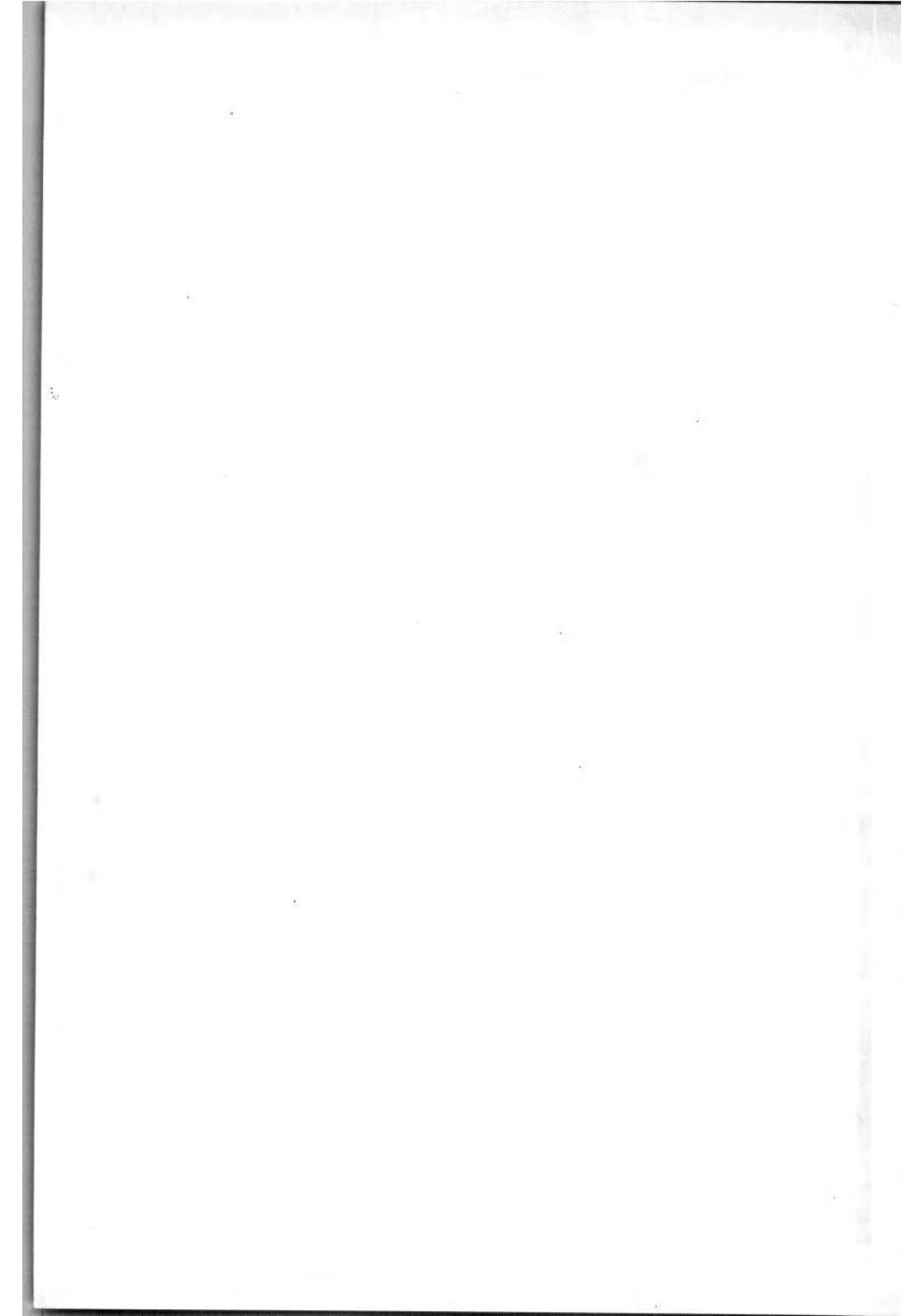
In diesen Tagen leitet die Bundesregierung den Ratifizierungsprozeß der Ostverträge ein. Die Verträge von Moskau und Warschau legalisieren Austreibung und Zerstückelung unseres Vaterlandes, brechen das Grundgesetz, lösen die Bundesrepublik vom freien Westen und bringen uns in Abhängigkeit vom Osten. Am Ende dieses Weges könnte die Bolschewisierung ganz Deutschlands stehen. In dieser weltgeschichtlich entscheidenden Stunde sind alle freiheitlichen Deutschen aufgerufen zum

MARSCH AUF BONN!

Die DEUTSCHE VOLKSUNION – überparteiliche Sammlung der verfassungstreuen Mitte und Rechten – wird Hand in Hand mit freiheitlich Gesinnten in einer machtvollen, disziplinierten und legalen Demonstration opportunistischen Abgeordneten des Bundestags vor Augen führen, daß Abertausende Deutsche den Auftrag des Grundgesetzes ernst nehmen, auch für jene zu sprechen, die für immer dem Sowjetimperialismus ausgeliefert werden sollen. Diese Demonstration wird vor der entscheidenden Lesung der Ostverträge, voraussichtlich zu Beginn des Frühjahrs, der Welt vor Augen führen, daß der Wille zum Recht und zur Freiheit in Deutschland lebt.

**Auch Sie müssen Ihre nationale Pflicht erfüllen und
am Marsch auf Bonn teilnehmen!**

Bitte füllen Sie untenstehenden Antrag aus!



Linksradikale Bestrebungen 1971

Vorbemerkung

Unter dem Begriff „Neue Linke“ sind ideologische Tendenzen, organisatorische Entwicklungen und Aktivitäten derjenigen kommuni-

stischen (marxistischen, trotzkistischen und leninistischen) sowie anderer radikaler Gruppen dargestellt, die nicht moskautreue sind.

A. Allgemeine Erkenntnisse

Die linksradikalen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland haben 1971 verstärkt um Resonanz für ihre Ziele geworben und versucht, die Abwehrbereitschaft der Bevölkerung gegenüber dem Linksradikalismus abzubauen. Schwerpunkte ihrer Aktivität waren Jugend und Hochschulen, Gewerkschaften und Betriebe sowie der öffentliche Dienst. In diesen Bereichen konnten die Linksradikalen ihre Positionen verbessern.

Die DKP hat ihren Mitgliederbestand auf 34 000 erhöhen, ihren Parteiapparat ausbauen und ihre Aktivität erheblich steigern können, sie ist aber – ebenso wie die „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ – bei allen Landtagswahlen des Jahres 1971 an der 5-%-Klausel gescheitert. Um so beachtlicher sind die Wahlerfolge des „Marxistischen Studentenbundes Spartakus“ (MSB) an den deutschen Hochschulen.

Auf ihrem 2. Parteitag in Düsseldorf hat sich die DKP noch stärker als zuvor als eine „revolutionäre Kampfpartei“ dargestellt. Sie strebt eine Änderung der gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland auf revolutionärem Wege und in Etappen an. Dabei bejaht und unterstützt sie gesellschaftliche Reformen insoweit, als sie ihr geeignet erscheinen, die Arbeiterschaft für die Revolution zu gewinnen. Ihr Endziel ist der Sozialismus sowjetischer Prägung.

Die radikale „Neue Linke“ war auch 1971 organisatorisch stark zersplittert, obwohl einige Ansätze für größere Zusammen-

schlüsse und die Tendenz zu einer gemeinsamen revolutionären Strategie erkennbar sind. Ihre Strategie ist zunächst darauf gerichtet, ihren Einfluß besonders in Hochschulen zu erweitern und diesen für die Heranbildung politischer Kader einzusetzen.

Alte und Neue Linke suchen soziale Konflikte zu verschärfen, um Ansätze für Aktionen zu gewinnen, die ihren politischen Zielen nützlich sein können.

Schwere Gewaltaktionen und Terror kleiner und kleinster Gruppen haben weiter zugenommen und den Tod mehrerer Menschen verursacht.

Im Bundesgebiet einschließlich Berlins bestanden Ende 1971 zusammen mit DKP und SEW sowie einigen von ihnen beeinflussten größeren Vereinigungen insgesamt rund 390 (Ende 1970: 250) linksradikale Organisationen. Sie hatten etwa 89 000 (Ende 1970: 84 000) Mitglieder. Die 130 (1970: 130) orthodox-kommunistischen Organisationen hatten rund 83 000 (1970: 81 000) Mitglieder. Unter Berücksichtigung von Mehrfachmitgliedschaften sind jedoch nur etwa 67 000 (1970: 65 000) Personen organisiert.

Von den übrigen 260 Gruppen sind 35 (1970: 20) maoistisch mit etwa 2 000 (1970: 800) Mitgliedern, 7 (1970: 5) trotzkistisch mit rund 700 (1970: 400), 10 (1970: 5) anarchistisch mit 250 (1970: 80) und rund 210 (1970: 90) sonstige Gruppen der radikalen „Neuen Linken“ mit rund 2 600 (1970: 2 000) Mitgliedern und aktiven Anhängern.

Die Linksradiكالen propagierten ihre Ziele und Methoden in rund 900 (1970: 420) periodischen Blättern, davon 200 der „Neuen Linken“. Insgesamt wurden 1971 16,1 (1970: 11,2) Millionen Exemplare kommunistischer und prokommunistischer Blätter vertrieben. Die Auflagenentwicklung zeigt die Graphik auf Seite 71.

Der Umfang der aus der DDR in die Bundesrepublik eingeschleusten Agitationsschriften ist weiter erheblich zurückgegangen, was so-

wohl auf die „Abgrenzungspolitik“ der DDR gegenüber der BRD als auch auf die wachsende publizistische Aktivität der DKP und anderer kommunistischer Gruppen in der BRD zurückzuführen ist.

Insgesamt haben die radikalen Linken im Jahre 1971 ihre Aktivität verstärkt und weitere Teilerfolge erzielt. Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist durch sie aber auch 1971 nicht ernsthaft bedroht worden.

B. Die Tätigkeit der Kommunisten

I. Ziele

1. Ideologische Positionen

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und die „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW) bewegten sich auch im Jahre 1971 ausschließlich auf der ideologischen und politischen Linie der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED). Sie bekennen sich offen zum „Marxismus-Leninismus“. Die DKP legte ihre Politik und Ziele in den programmatischen „Thesen des Düsseldorf-er Parteitages“ (25. bis 28. 11. 1971) nieder. Dabei hat sie die Zurückhaltung weitgehend fallen lassen, die sie früher bei ihren Zielformulierungen – so in der „Grundsatz-erklärung“ von 1969 – geübt hatte.

Die DKP versteht sich als „revolutionäre Kampfpartei“, die in der BRD auf revolutionärem Wege den „Sozialismus“ errichten will. Das „Grundmodell“ dieser sozialistischen Ordnung sieht sie in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft – insbesondere der DDR – verwirklicht. Um den Weg zur sozialistischen Revolution zu öffnen, streben die Kommunisten für die BRD zunächst eine „antimonopolistische Demokratie“ an, die im Wesen der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ entspricht, wie sie in der DDR bis 1952 bestanden hat.

Die DKP erklärt, auch für „Reformen“ zu kämpfen, aber nur, um die Arbeiterschaft an „revolutionäre Positionen“ heranzuführen.

Die Moral der Kommunisten definierte der Vorsitzende der DKP, Kurt BACHMANN:

„Die Hauptsache ist der Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt. Moralisch ist, was diesem Kampf dient, was ihn fördert, ihn beschleunigt.“

(Rede auf der Jugendkonferenz der DKP am 8. 5. 1971 in Hannover, unkorrigiertes Manuskript.)

DKP und SEW betrachten sich unverändert als „Teil der weltumspannenden kommunistischen Bewegung“. Sie bejahen die Prinzipien des „Proletarischen Internationalismus“, anerkennen die führende Rolle der KPdSU und sehen es als ihre Pflicht an, den Sozialismus zu verteidigen. Sie verurteilen die KP Chinas, weil diese eine antisowjetische Politik betreibt und die kommunistische Bewegung spaltet. In Übereinstimmung mit KPdSU und SED treten die Kommunisten der BRD für die „Friedliche Koexistenz“ ein, weil sie sich davon günstigere Kampfbedingungen versprechen:

„Die friedliche Koexistenz betrifft nur die Beziehung zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Die stärkste Entfaltung des inneren Klassenkampfes, einschließlich des bewaffneten Freiheitskampfes, wird davon nicht beeinträchtigt. Im Gegenteil: Durch den Kampf um friedliche Koexistenz werden die international günstigsten Bedingungen des inneren Klassenkampfes geschaffen. So hilft der Kampf gegen Rüstung und Militarismus, das innere Kräfteverhältnis positiv zu verändern, die Bedingungen für den Weg der Revolution günstig zu gestalten.“

(Robert STEIGERWALD, Mitglied des Sekretariats des DKP-PV in „uz“ Nr. 45 vom 6. 11. 1971, S. 26.)

Die Kommunisten bekämpften wie bisher den „linken“ Opportunismus (Trotzkismus, Maoismus usw.) als „fruchtloses Sektierertum“, das die Arbeiterklasse spalten wolle, und den „rechten Opportunismus“ (Sozialdemokratismus) als „Bestandteil imperialistischer Ideologie und Politik“.

2. Politik

Die Kommunisten setzten ihre Bestrebungen fort, die äußeren und inneren Voraussetzungen für die „revolutionär-demokratische Umgestaltung“ der Bundesrepublik herbeizuführen.

Um die äußeren Bedingungen zu verbessern, setzten sich DKP und SEW dafür ein, die internationale Stellung der „sozialistischen Staaten“, vor allem der Sowjetunion und der DDR zu stärken und deren außenpolitische Ziele zur Geltung zu bringen. Im Vordergrund stand die Forderung nach sofortiger Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau und ihrer „Verwirklichung“ in der Außen-, Innen- und der Militärpolitik. Gleichzeitig traten die Kommunisten für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und für eine „Europäische Sicherheitskonferenz“ ein. Sie wandten sich gegen eine „monopolkapitalistische Einheit Westeuropas“ (die EWG) und setzten sich für den Abzug amerikanischer Truppen sowie eine Revision der Pariser Verträge von 1954 ein.

Die Kommunisten griffen die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konflikte in der BRD auf, bemühten sich, sie zu schüren und für ihre Ziele zu nutzen. So schalteten sie sich in die Diskussionen um die „Mitbestimmung“ und die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes ein, beteiligten sich an den Lohnkämpfen, den „Rote-Punkt-Aktionen“ gegen Fahrpreiserhöhungen sowie an Mieterschutzkampagnen und verschärften

die Auseinandersetzungen um eine Hochschulreform.

Sie bekämpften die CDU/CSU als „Hauptpartei des Monopolkapitals“, die das „wichtigste Sammelbecken der ultrareaktionären, nationalistischen und neonazistischen Kräfte“ sei, deren Rückkehr in die Regierung verhindert werden müsse.

Der SPD und FDP und der Bundesregierung billigte die DKP „größeren Realismus“ in der Außenpolitik zu und versicherte, alle Regierungsmaßnahmen, die – nach kommunistischer Ansicht – den „Interessen des arbeitenden Volkes“ und einer „realistischen“ Ostpolitik dienen, zu unterstützen. Die Kommunisten übten jedoch ständig heftig Kritik an der Regierungspolitik. So behaupteten sie, das Reformprogramm habe sich als Schlag ins Wasser erwiesen, weil die Bundesregierung die Interessen des Großkapitals vertrete und deshalb nicht bereit sei, die Unternehmergewinne und die Rüstungsausgaben zu beschneiden. Die Werktätigen könnten ihre Interessen auch bei einer von der SPD geführten Bundesregierung nur durch „Kampf“ durchsetzen.

Eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf sehen die Kommunisten in der Schaffung eines „demokratischen Bündnisses aller antimonopolistischen Kräfte“ (Volksfront) unter Führung der Arbeiterklasse. Erste Ansätze gelangten ihnen in „Initiativen“ für die neue Ostpolitik sowie für die Europäische Sicherheitskonferenz und bei „Rote-Punkt-Aktionen“. Der Kern des umfassenden Bündnisses ist nach kommunistischer Ansicht die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“, das Zusammenarbeiten der DKP mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Als Schlüssel zur Veränderung der politischen Lage in der BRD nannte der Düsseldorfer Parteitag die Stärkung der DKP. Deshalb ist die DKP bemüht, neue Mitglieder zu werben und sich durch zahlreiche Aktionen vor allem bei der Arbeiterschaft und der Jugend als die „Arbeiterpartei“ herauszustellen, die als einzige eine echte Alternative zu der bestehenden Ordnung anzubieten habe.

II. Methoden

1. Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern

1.1 Die Taktik der Kommunisten gegenüber der SPD wechselte. In den ersten Monaten des Jahres richtete die DKP schärfste Angriffe gegen die „rechte SPD-Führung“, die – nach kommunistischer Einschätzung – auf dem Boden des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ steht, die Arbeiterbewegung spaltet und die sozialistischen Länder zersetzen will.

Zahlreiche kommunistische Veröffentlichungen kritisierten die Beschlüsse der SPD (14. 11. 1970; 26. 2. 1971) gegen die Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Gleichzeitig bemühte sich die DKP, unzufriedene Sozialdemokraten für sich zu gewinnen. Im März 1971 behauptete sie, in Hessen seien 60 Sozialdemokraten der DKP beigetreten. Auf einer Pressekonferenz erklärten drei dieser Neumitglieder, die „antikommunistischen Beschlüsse“ der SPD hätten sie zum Übertritt veranlaßt.

Nachdem aber BRESCHNEW auf dem SED-Parteitag im Juni geäußert hatte, er zolle den Regierungen kapitalistischer Länder Achtung, die eine Entspannungspolitik betrieben, und HONECKER an gleicher Stelle betont hatte, es bestünden Unterschiede zwischen „rechtssozialdemokratischen Kräften“ und „ultra-reaktionären“ Gruppen, gegen die der Hauptstoß zu richten sei, übte die DKP intern Selbstkritik. Auf der 9. Tagung des Parteivorstandes (3. bis 4. Juli) erklärte ein Präsidiumsmitglied, in der Agitation werde häufig übersehen, daß sich der „Hauptstoß“ nicht gegen die SPD, sondern die CDU/CSU zu richten habe.

Die DKP rief ständig die Mitglieder der SPD zum Kampf für die Verwirklichung gemeinsamer Interessen auf (für höhere Löhne, Mitbestimmung, Ratifizierung der Ostverträge; gegen Preistreiberi und Neonazismus). Das kommunistische Werben um Sozialdemokraten fand jedoch keinen nennenswerten Anklang. Nur in Ausnahmefällen beteiligten

sich SPD-Mitglieder an einigen örtlich und zeitlich begrenzten Aktionen der DKP.

Auch auf ihrem Parteitag appellierte die DKP mit Nachdruck an die Sozialdemokraten, eine Aktionseinheit zu bilden, und sagte in ihren Parteitags-Thesen, die Kritik an der Ideologie und der Politik der rechten Führer der SPD sei erforderlich, dürfe jedoch nicht den gemeinsamen Kampf von Kommunisten und Sozialdemokraten verhindern (These 40).

1.2 Die Kommunisten gehen nach wie vor davon aus, daß eine revolutionäre Veränderung der bestehenden Verhältnisse in der BRD nur möglich ist, wenn es gelingt, die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft für kommunistische Ziele zu mobilisieren. Die DKP verpflichtet deshalb jeden Kommunisten, ein aktiver Gewerkschafter zu sein. Die besondere Bedeutung der Gewerkschaften für die „Aktionseinheit“ hat die DKP erneut in ihren Parteitagsthesen hervorgehoben:

„Die kommunistischen Arbeiter und Angestellten sind Teil der Gewerkschaften. Sie kämpfen aktiv für die den Klasseninteressen dienenden Beschlüsse dieser Arbeiterorganisation und ihre Durchsetzung, für die Entwicklung der Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiterklasse“ (These 30).

Deshalb war es ihr besonders wichtig, unbeschadet aller Unterschiede in politischen Grundfragen für ein einheitliches Vorgehen von Kommunisten und Nichtkommunisten einzutreten. Mit dieser Taktik hofft sie, allmählich Einfluß auf die Gewerkschaften zu gewinnen.

Anläßlich des DGB-Satzungskongresses im Mai 1971 unterstützten die Kommunisten solche Bestrebungen, die auf eine Schwächung des DGB-Bundesvorstandes im Verhältnis zu den Einzelgewerkschaften hinausliefen oder bereits vorhandene Dezentralisierungsbestrebungen förderten. Es gelang ihnen jedoch nicht, das Antragsrecht für DGB-Kongresse auf Kreisorganisationen auszudehnen, wo vereinzelt Mitglieder der DKP tätig sind.

Am 10. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall nahmen nach Angaben der DKP

27 DKP-Mitglieder als Delegierte teil. Die DKP wertete deren Teilnahme als Beweis dafür, „daß im Ringen um eine selbständige, an den Interessen der Mitglieder orientierte Gewerkschaftspolitik die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten, Kommunisten und parteilosen Gewerkschaftern nicht nur notwendig, sondern auch möglich sei“.

(Werner CIESLAK, Mitglied des DKP-Parteivorstandes und Referent für Wirtschafts- und Sozialpolitik, veröffentlicht im DKP-Presse-dienst Nr. 122/71 vom 5. 10. 1971.)

Auf dem 9. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, an dem einige kommunistische Delegierte teilnahmen, wurde eine DKP-Funktionärin in den Hauptvorstand dieser Gewerkschaft gewählt.

In ökonomischen Kämpfen sahen die Kommunisten auch 1971 einen wichtigen Hebel, ihren Nahzielen näher zu kommen. Ein Mitglied des DKP-Präsidiums erklärte dazu, es gelte „allen Unterschätzungen der ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse entgegenzutreten. Diese Kämpfe sind nach wie vor der wichtigste Hebel, um die Arbeiterklasse für die Verwirklichung ihrer eigenen Interessen in Bewegung zu bringen, . . . ihr Klassenbewußtsein anhand eigener Kampferfahrung zu entwickeln und sie an weitergehende Aufgaben heranzuführen.“ — Ökonomische Kämpfe gewannen „unter den heutigen Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus direkte politische Bedeutung und Brisanz“.

(Referat Willi GERNS', Mitglied des DKP-Präsidiums, auf der VIII. Tagung des Parteivorstandes am 27. 2. 1971, veröffentlicht in „uz-EXTRA“ o. D., S. 23.)

Die DKP konnte die Tarifauseinandersetzungen in der Chemie- und Metallindustrie jedoch nicht beeinflussen, obwohl sie sich anfänglich bemühte, die Streikbewegung zu radikalisieren. Ursächlich hierfür war ihre Schwäche, besonders in den chemischen Großbetrieben. Deshalb beschränkte sie sich schließlich in ihrer Streikagitation darauf, für die — hinter ihren Vorstellungen zurückbleibenden — Lohnforderungen der Gewerkschaften einzutreten.

Mit dieser Taktik der scheinbaren Aktions-

einheit mit den Gewerkschaften verfolgten die Kommunisten das Ziel, auf lange Sicht als integrierter und fester Bestandteil der Gewerkschaften anerkannt zu werden.

1.3 Im Rahmen ihrer „Aktionseinheits“-Politik sind die Betriebe für die DKP das wichtigste Kampffeld geblieben. Hier hofft sie, Verbündete für gemeinsame Aktionen zu gewinnen, weil DKP-Mitglieder am Arbeitsplatz mit nichtkommunistischen Kollegen zusammentreffen.

Folgerichtig hat die DKP in ihrem Statut die Betriebsgruppen als wichtigste Grundeinheiten herausgestellt und u. a. in ihren Parteitagsthesen gefordert, die Betriebsarbeit zu intensivieren:

„Dazu muß vor allem die Arbeit der Betriebsgruppen verbessert werden. Die Arbeit unter den Betriebsarbeitern muß die Unterstützung der ganzen Partei finden. Es ist notwendig, neue Mitglieder für die Betriebsgruppen zu gewinnen. Dem Aufbau neuer Betriebsgruppen — vor allem in Konzernbetrieben — und der Koordinierung ihrer Tätigkeit müssen alle Vorstände die größte Aufmerksamkeit schenken. Die Zahl der Betriebszeitungen ist zu erhöhen und ihr Inhalt überzeugender zu gestalten“ (These 42).

Die DKP will nach eigenen Angaben die Zahl ihrer Betriebsgruppen auf 408 (1970: etwa 200) und die Zahl ihrer Betriebszeitungen auf 326 (1970: rund 170) gesteigert haben. Tatsächlich hat sie diese Zahlen nicht ganz erreicht.

Fast die Hälfte aller DKP-Betriebsgruppen befindet sich in Betrieben der Metallindustrie.

17 Betriebsgruppen bestehen im öffentlichen Dienst, in dem über 500 DKP-Mitglieder (überwiegend Landes- und Kommunalbedienstete) tätig sind.

Der Einfluß der DKP in Betrieben ist weiterhin äußerst gering. Das zeigt sich z. B. darin, daß sie mit etwa 400 Gruppen nur 0,8 % der rund 50 000 Betriebe in der BRD erreicht (die KPD hatte vor ihrem Verbot im Jahre 1956 noch über rund 1400 Betriebsgruppen verfügt), die Lohnauseinandersetzungen des Jahres 1971 nicht radikalisieren konnte und weniger als ein Fünftel der Betriebszeitun-

gen von DKP-Betriebsgruppen, der Rest aber von den übergeordneten regionalen Vorständen herausgegeben wird. Dennoch nimmt ihr Einfluß in Großbetrieben zu.

Die DKP begann 1971 auch, sich mit internationaler Betriebsarbeit zu befassen. Auf der Londoner Konferenz kommunistischer Parteien aus 15 „kapitalistischen“ europäischen Ländern (11. bis 13. 1. 1971) und auf ihrem Parteitag forderte sie eine enge Zusammenarbeit der kommunistischen Betriebsgruppen in internationalen Konzernen, Austausch der Betriebszeitungen und internationale „Solidaritätsaktionen“. Im September trafen sich Vertreter der Kommunistischen Partei Frankreichs und der DKP in Saarbrücken, um gemeinsame Maßnahmen gegen einen Konzern zu beraten.

Bei ihrer Betriebsarbeit stößt die DKP zunehmend auf die Konkurrenz der maoistischen KPD/ML; häufig waren die Maoisten bei aktuellen Anlässen (Streiks u. ä.) mit ihren Flugblättern und ihren etwa 80 Betriebszeitungen schneller zur Stelle.

2. „Volksfront“-Bestrebungen

Mit gleicher Intensität wie im Vorjahr haben die Kommunisten ihre Bündnisbestrebungen unter Einbeziehung bürgerlicher Kräfte (Volksfront) fortgesetzt. Unter Ausnutzung des Friedens- und Entspannungswillens der Bevölkerung warben sie wieder nichtkommunistische Persönlichkeiten und Gruppen für Initiativkreise, Ausschüsse und Komitees, die für Uneingeweihte nicht oder nur schwer erkennbar im Hintergrund von Kommunisten gesteuert werden.

Besonderen Wert legten die Kommunisten darauf, Vertreter der SPD und FDP sowie der „Jungsozialisten“, „Jungdemokraten“, Gewerkschaften, Studentenorganisationen und christlichen Gruppen für eine Mitarbeit zu gewinnen. Erfolge dieser Bemühungen hob die kommunistische und prokommunistische Presse besonders hervor.

So war es z. B. dem „Initiativkreis Europäische Sicherheitskonferenz“ gelungen, für einen Aufruf zu einer Tagung mit ausländi-

schen Gästen (25. September in Bad Godesberg mit 550 Teilnehmern) die Unterschrift zweier SPD-Bundestagsabgeordneter und eines führenden Gewerkschafters zu erhalten, die jedoch nicht an der Tagung teilnahmen.

Zu einem „Europäischen Treffen der Kriegsteilnehmer, Widerstandskämpfer und Kriegsoffer“ vom 18. bis 20. November in Rom zu Fragen der „Europäischen Sicherheit“, das maßgeblich von der kommunistischen „Fédération Internationale des Résistants“ (FIR) und ihren nationalen Organisationen (in der BRD die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“) vorbereitet worden war, hatten acht nichtkommunistische Organisationen aus der BRD Delegationen entsandt.

Für die kommunistische Volksfrontpolitik wirkten auch weiterhin die seit Jahren in der BRD bestehenden, vor allem bestimmte Bevölkerungskreise ansprechenden Organisationen, wie „Landesfriedenskomitees“, „Deutsche Friedens-Union“ (Mittelstand), „Westdeutsche Frauenfriedensbewegung“, „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (Antifaschisten), „Fränkischer Kreis“ (Intellektuelle) und „Demokratischer Kulturbund Deutschlands“ (Kulturschaffende). Sie unterstützten durch Publikationen und Veranstaltungen kommunistische Nahziele mit unterschiedlicher Intensität.

Die „Bündnisse“ wie auch die Hilfsorganisationen — personell vielfach untereinander und mit der DKP verweben — traten sowohl einzeln als auch — meist örtlich — gemeinsam mit politischen, gewerkschaftlichen, studentischen sowie christlichen Gruppen und einzelnen Vertretern dieser Gruppen als Veranstalter oder Einlader auf. Zwar gelang es den Kommunisten und ihren Verbündeten nicht, mit einer vielfältigen Agitations- und Veranstaltungstätigkeit das von ihnen angestrebte breite Aktionsbündnis aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte auch nur annähernd zu erreichen, sie vermochten aber doch häufiger als früher nichtkommunistische Gruppen — besonders in den Großstädten — für eine punktuelle Zusammenarbeit zu gewinnen und damit neue Ansätze für eine kommunistisch gelenkte Volksfront zu schaffen.

3. Jugend- und Studentenarbeit

In der kommunistischen Jugend- und Studentenarbeit haben die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) und der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB) sowie die DKP-Hochschulgruppen ihre Positionen gefestigt und ihre Aktivität verstärkt. Über 90 % der Mitglieder des SDAJ-Bundesvorstandes und etwa 75 % der Mitglieder des MSB-Bundesvorstandes gehören der DKP, zum Teil in leitenden Funktionen, an. Beide Organisationen bekennen sich in ihren Grundsatzdokumenten zum Marxismus-Leninismus, beide sind diszipliniert und ideologisch geschlossen, beide unterstützen offen die Politik der DKP.

3.1 Die DKP hat sich seit Anfang des Jahres bemüht, die Jugendarbeit zu verstärken. In ihrer Parteitagthese 31 bezeichnet sich die DKP als „die politische Heimat der bewußtesten, revolutionär orientierten Kräfte der Jugend“, die den „Kampf der Gewerkschaftsjugend, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend und anderer Arbeiterjugendorganisationen, der demokratischen und sozialistischen Schülergruppen . . . für die Durchsetzung der Forderungen der jungen Generation unterstützt.“ Auf der ersten DKP-Jugendkonferenz am 8. Mai in Hannover erklärte die DKP auch, „wie und gegen wen die Forderungen der Jugend durchgesetzt“ werden müßten: „Im gemeinsamen Kampf aller, der Arbeiter, Schüler und Studenten gegen die Reichsten der Reichen, gegen die Herren der Konzerne und Banken, gegen das Großkapital. Dieser Kampf ist Klassenkampf.“ („unsere zeit“ Nr. 20 vom 15. 5. 1971, S. 13.)

Dementsprechend proklamierte die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), die der DKP in der Jugendpolitik als Transmissionsriemen dient, Aktionsziele wie Enteignung der Schlüsselindustrien, Mitbestimmung in den Betrieben, Schulen, Universitäten, Staat und Gesellschaft, Kampf gegen das „Rechtskartell“ (NPD, CSU und CDU), Kampf für den Frieden durch Bildung eines „Europäischen Jugendwerkes“, das zur Aktionseinheit der Jugend beitragen soll.

Im Rahmen der weltweiten Kampagne „Jugend klagt den Imperialismus an“, die der kommunistische „Weltbund der Demokratischen Jugend“ (WBDJ) durchführt, verstärkte die SDAJ insbesondere die Arbeit in den Betrieben zur Gewinnung von Lehrlingen und Jungarbeitern, die Agitation gegen die Bundeswehr und den Kampf für die Ratifizierung und „Verwirklichung“ der Verträge von Warschau und Moskau.

Die Agitation der SDAJ in den Betrieben richtete sich weiterhin vor allem gegen die Praxis der Berufsausbildung und forderte ein einheitliches Berufsausbildungsgesetz mit umfassender demokratischer Mit- und Selbstbestimmung.

Den Kampf gegen „Rechtskartell“ und Wirtschaftsmonopole unterstützten mehrere Großveranstaltungen der SDAJ wie im Januar ein „Strauß-Guttenberg-Tribunal“ in Bonn und ein „CDU-Tribunal“ in Essen, im Mai ein Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole“ in Recklinghausen sowie im Laufe des Jahres mehrere „Tribunale“ gegen namhafte Industriebetriebe.

Insbesondere bei den „Rote-Punkt-Aktionen“ gegen Fahrpreiserhöhungen arbeitete die SDAJ zunehmend mit demokratischen Gruppen wie „Gewerkschaftsjugend“, „Jungsozialisten“, „Naturfreundejugend“ u. a. zusammen.

Starke Aktivität entwickelten die SDAJ und ihre Verbündeten auch, um die „wachsende antimilitaristische Opposition der Jugend“ auszunutzen. Diesem Zweck dienten im September ein von SDAJ und MSB Spartakus organisierter und von nichtkommunistischen Gruppen unterstützter „Solidaritätskongreß der Jugend – gegen Ausbeutung und Krieg“ mit 2000 Personen, darunter ausländischen Delegationen und Bundeswehrsoldaten in Uniform, in Bremen und eine Veranstaltung „Jugend gegen Militarismus“ in Bochum. Am Parteitag der DKP nahmen ebenfalls Soldaten der Bundeswehr (insgesamt etwa 20) demonstrativ in Uniform teil.

SDAJ und DKP agitierten in der neuen Zersetzungsschrift „Links um! Zeitung für Solda-

ten“ (es erschienen zwei Ausgaben), für den „Abbau des aggressiven NATO-Paktes“, „den Abbau des Antikommunismus“ und für den „unversöhnlichen nationalen und internationalen Klassenkampf gegen den Militarismus“.

DKP und SDAJ fordern ihre Mitglieder auf, in der Bundeswehr politisch zu arbeiten:

„Die Mitglieder der SDAJ führen den Kampf gegen den Militarismus preußischer und nazistischer Prägung in den Reihen der Bundeswehr, wenn sie zum Barras gezogen werden.“

(„unsere zeit“, Nr. 35 vom 28. 8. 1971, S. 8.)

Demgegenüber treten die „Deutsche Friedensgesellschaft/Internationale der Kriegsdienstgegner“, der „Verband der Kriegsdienstverweigerer“ und die „Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden“, in denen immer wieder Ideen der radikalen Linken zu erkennen sind, verstärkt für Wehrdienstverweigerung ein.

Die SDAJ verstärkte ihre internationalen Beziehungen und ihre Zusammenarbeit mit der „Freien Deutschen Jugend“ der DDR. SDAJ-Delegationen nahmen an internationalen kommunistischen Jugendkonferenzen im In- und Ausland sowie an Veranstaltungen in der DDR teil.

Die Bemühungen der SDAJ, in die Jugendringe von Bund, Ländern und Gemeinden aufgenommen zu werden, hatten teilweise Erfolg. Am Jahresende war sie Mitglied in den Landesjugendringen Saarland, Bremen und Hamburg und in 13 Kreis- oder Stadtjugendringen. Sie ist jedoch nur in wenigen Städten als förderungswürdige Jugendorganisation anerkannt. Ihre andauernden Versuche, in den Deutschen Bundesjugendring aufgenommen zu werden, scheiterten jedoch im November zum vierten Mal, als die 40. Vollversammlung des DBJR ihren Aufnahmeantrag ablehnte.

3.2 Die Kommunisten haben, begünstigt durch die Zersplitterung der radikalen „Neuen Linken“ und durch eigenes Engagement innerhalb der Studentenschaft, ihre Positionen im Hochschulbereich festigen und ihren Einfluß

erweitern können. Sie verfügten am Ende des Jahres 1971 neben etwa 40 DKP-Hochschulgruppen und Gruppenansätzen („Betriebsgruppe Universität“) erstmals über einen überregionalen Studentenverband, nachdem sich der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB) nach über zweijähriger Aufbauphase am 20./21. Mai in Bonn aus den Hochschulgruppen der „Spartakus – Assoziation Marxistischer Studenten“ (AMS) gebildet hatte. In seiner Grundsatzerklärung stellte der MSB Spartakus heraus, er wisse sich „der Deutschen Kommunistischen Partei durch die gemeinsame marxistische Theorie, das sozialistische Ziel und die gemeinsame antimonopolistische Orientierung im Hochschulkampf solidarisch verbunden“.

Der MSB Spartakus gehört mit etwa 2000 Mitgliedern sowie Gruppen und Gruppenansätzen an 70 Hochschulen zu den stärksten politischen Studentenverbänden. Seine Entwicklung wurde durch die Selbstzersplitterung der radikalen „Neuen Linken“ ebenso gefördert wie dadurch, daß Disziplin und Unterwerfung der Mitglieder unter Beschlüsse der Führungsgremien keine politischen Richtungskämpfe aufkommen ließen. Diese ideologische und organisatorische Geschlossenheit sowie das Bündnis mit dem „Sozialdemokratischen Hochschulbund“ (SHB) und die Bereitschaft zur Solidarisierung mit allen „progressiven Kräften“ innerhalb der Studentenschaft und des Lehrkörpers haben dem MSB Spartakus bei den Wahlen zu den Studentenparlamenten Erfolge gebracht. Ende 1971 waren „Spartakisten“ in mindestens 18 Hochschulparlamenten und an 11 Hochschulen im Allgemeinen Studentenausschuß (ASTa) vertreten.

Durch das Bündnis mit dem SHB ist der MSB Spartakus seit November 1970 im vierköpfigen Vorstand des „Verbandes Deutscher Studentenschaften“ (VDS) vertreten. Diese Koalition haben SHB und MSB Spartakus auf der 23. ordentlichen VDS-Mitgliederversammlung vom 18. bis 21. 3. 1971 in Bonn durch die gemeinsame Bildung des VDS-Vorstandes (drei SHB-Mitglieder und ein MSB-Spartakus-Mitglied) erneuert.

Wegen der Schwäche des in sich politisch zerstrittenen SHB konnte der MSB Spartakus seine politischen Forderungen immer stärker als die des VDS ausgeben. Das zeigte sich z. B. bei den Protestdemonstrationen gegen das Hochschulrahmengesetz, an denen sich nach dem Aufruf des VDS 30000 Personen am 1. Dezember in den Universitätsstädten der Bundesrepublik beteiligten. Losungen und Forderungen der Demonstranten wie „MARX an die Uni“, „Gegen Elite und Helotenstudium“, „Gegen Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft“, „Hochschulrahmengesetz als Mittel staatsmonopolistischer Formierungsabsichten“, Anerkennung des politischen Mandats lagen auf der Linie des MSB Spartakus, der die Aktionen mit Unterstützung von DKP und SDAJ vorbereitet hatte.

Die Koalition des SHB mit dem MSB Spartakus hat den Kommunisten eine Schlüsselposition für ihre Arbeit unter Studenten verschafft.

In Berlin konnte die „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW) mit Hilfe ihrer Hochschulgruppen an der Freien Universität, der Technischen Universität und der Pädagogischen Hochschule an Einfluß gewinnen. Ihre Bestrebungen wurden durch die „Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten“ (ADS) in den Fachbereichen gefördert, deren Bildung die SEW eingeleitet oder unterstützt hatte. Der SEW ist es z. B. gelungen, den AStA der Pädagogischen Hochschule weitgehend unter ihren politischen Einfluß zu bringen. Aber auch an der Freien Universität konnte die SEW-Hochschulgruppe über die ADS-Gruppen Positionen in Mitbestimmungsgremien erringen.

4. Verhältnis der Kommunisten zur „Neuen Linken“

Das Verhältnis der Kommunisten zu den anderen Linksradikalen, von denen sich die meisten gleichfalls Kommunisten nennen, war weiterhin gespannt. Zwischen moskautreuen und maolistischen Kommunisten kam es mehrfach zu Handgreiflichkeiten. Die von der DKP und SEW als „Ultralinke“ bezeich-

neten Kräfte beschuldigen diese Parteien nach wie vor, die Revolution verraten zu haben und zu „Handlangern des Monopolkapitals degeneriert“ zu sein.

(Vgl. „Programmatische Erklärung“ der Berliner KPD, abgedruckt in „Rote Presse Korrespondenz“ vom 30. 7. 1971.)

Die DKP bekämpfte den „Antisowjetismus“ der „ultralinken Spaltergruppen“. Sie lehnte eine Zusammenarbeit mit den Führungskräften dieser Gruppierungen, vor allem der KPD/ML, ab, sieht aber „ihre Aufgabe darin, die Mitglieder und Anhänger linkssektiererischer Gruppen vom Einfluß dieser Spalter zu lösen und für den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus zu gewinnen“.

(Vgl. These 41 des Düsseldorfer Parteitagess der DKP.)

Auf einigen ihrer Veranstaltungen setzte sich die DKP scharf mit Vertretern der „Neuen Linken“ auseinander, um sich gegen deren ideologische Vorstellungen abzusichern. Auch die „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW), die 1970 begonnen hatte, mit einzelnen Gruppen der „Neuen Linken“ zusammenzuarbeiten, grenzte sich nach den Wahlen in Berlin (März) wegen sichtbarer ideologischer Gegensätze deutlicher von der „Neuen Linken“ ab. Ihre Wahlniederlage begründete sie intern damit, daß die Arbeiterschaft die SEW mit Politik und militanten Aktionen der „Neuen Linken“ identifiziert und sie deshalb nicht gewählt habe.

Zu gemeinsamen Aktionen zwischen einzelnen Gruppen der „Neuen Linken“ und der DKP und SEW kam es nur selten.

5. Propaganda

Da dem ideologischen Kampf nach Ansicht der DKP eine wachsende Bedeutung zukommt, bemühten sich die Kommunisten, ihre Ideen auf vielen Wegen zu verbreiten. Eine besondere Rolle spielt dabei das „Institut für Marxistische Studien und Forschungen“ (IMSF) in Frankfurt/Main, das von Professor SCHLEIFSTEIN, Mitglied des DKP-Parteivorstandes, geleitet wird. Diese Einrichtung entspricht den marxistisch-leninistischen Instituten anderer kommunistischer

Parteien, zu denen das IMSF Verbindungen unterhält.

Das IMSF veranstaltet „theoretische Tagungen“ und gibt „Beiträge“, „Arbeitsmaterialien“, „Informationsberichte“ und einen „Marxismus-Digest“ heraus.

Der kommunistische „Verlag Marxistische Blätter GmbH“ in Frankfurt/Main veröffentlicht neben der Zweimonatsschrift „Marxistische Blätter“ gut aufgemachte und billige „Marxistische Taschenbücher“, „Marxistische Paperbacks“, „Marxistische Lehrbriefe“ und „Klassiker-Werke“. Er arbeitet dabei eng mit DDR-Verlagen und anderen kommunistisch gesteuerten Verlagen zusammen. Die Schriften werden zum großen Teil in kommunistisch gelenkten Druckereien hergestellt und über ein eigenes Vertriebsnetz (Werbe- u. Literatur-Vertriebs GmbH, Neumünster, Geschäftsführer Erich MAYER, Mitglied des DKP-Parteivorstandes) abgesetzt, dem über 20 linke Buchhandlungen angeschlossen sind.

Auf dem Gebiet des Films ist die kommunistisch beeinflusste „UNIDOC-Film GmbH“ in München tätig.

Die DKP hat auch die kulturelle Massenarbeit, die einen wichtigen Platz im ideologischen Klassenkampf einnimmt, verstärkt. Hannes STÜTZ, Referent für Bildungs- und Kulturpolitik beim DKP-Parteivorstand, führte dazu aus:

„Die DKP hat immer wieder herausgestellt, daß ihre Kulturpolitik Teil ihrer Gesamtpolitik ist ... Daraus ergibt sich bereits ihr Klassencharakter ... Stärkt das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz – in Forschungsinstituten und Entwicklungsabteilungen, in Kindergärten, Schulen und Hochschulen, in Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen und Verlagen, bei Schriftstellern, bildenden Künstlern und Musikern.

Entwickelt die Elemente der demokratischen und sozialistischen Kultur im Kampf gegen die Macht des Monopolkapitals.“
(„unsere zeit“ Nr. 47 vom 20. 11. 1971, S. 26.)

Diesen Zielen dienten im Juni anlässlich des Dürer-Jahres ein „Kulturpolitisches Forum“ der DKP und eine Ausstellung „Kunst als Waffe“ in Nürnberg und die „1. Arbeiterfestspiele Roter Punkt“ im September in Hannover unter Beteiligung kommunistischer und

progressiver Künstler sowie von Song- und Agitprop-Gruppen. Auf vielen weiteren DKP-Veranstaltungen traten Künstler aus der DDR und der Sowjetunion auf.

Den Kommunisten diente die in München erscheinende literarische Monatsschrift „Kürbiskern“ als Mittel, literarische Kreise zu beeinflussen. Zu ihren Herausgebern gehören Hannes STÜTZ, Referent beim DKP-Parteivorstand, und Oskar NEUMANN, ehemaliges Mitglied des KPD-Politbüros, jetzt Mitglied der DKP.

6. Wahlergebnisse

Die DKP hat sich im Jahre 1971 an den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz (21. März) und Schleswig-Holstein (25. April) sowie an der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft (10. Oktober), die „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW) an der Wahl zum Abgeordnetenhaus und an den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen (14. März) beteiligt.

Insgesamt ergibt sich, daß die DKP bei den drei Landtagswahlen des Jahres 1971 – mit Ausnahme von Schleswig-Holstein – besser abgeschnitten hat als die ADF bei der Bundestagswahl 1969. Dagegen ist die DKP in allen drei Ländern trotz aufwendiger Wahlkämpfe – wie bei den sechs Landtagswahlen des Jahres 1970 – hinter den Ergebnissen der DFU bei den Landtagswahlen früherer Jahre zurückgeblieben. Bemerkenswert ist jedoch das gute Abschneiden der DKP bei Jungwählern in Bremen, wo sie ihr bisher bestes Landtagswahlergebnis erzielte. Hier ergab die amtliche repräsentative Wahlstatistik, daß 9,8 % der 18- bis 21jährigen Wähler (14,4 % der männlichen und 4,6 % der weiblichen) für die DKP gestimmt haben (Landesdurchschnitt 3,1 %).

Die SEW erhielt trotz eines sehr intensiv geführten Wahlkampfes nur 33930 Stimmen (= 2,3 %), erzielte damit aber ein besseres Ergebnis als bei den Wahlen im Jahre 1967 (22913 Stimmen = 2 %).

Bei der Kommunalwahl in Baden-Württemberg (24. Oktober) kandidierte die DKP in 12 Städten und Gemeinden. Sie konnte ledig-

lich je ein Mandat im Stadtrat Mannheim und im Kreistag Esslingen erringen.

Bei den Kommunalwahlen in Hessen erhielt die DKP am 14. März einen Sitz im Stadtrat Butzbach/Kreis Friedberg und am 13. Juni einen Sitz im Gemeinderat Neuberg/Kreis Hanau.

Damit verfügt die DKP im gesamten Bundesgebiet über 63 Mandate in 45 Kommunal- und Kreisparlamenten. In dieser Zahl sind auch die kommunistischen Abgeordneten enthalten, die bei früheren Kommunalwahlen als Kandidaten „freier“ Wählerlisten, der DFU, der „Demokratischen Linken“ (DL) und der „Deutschen Demokratischen Union“ (DDU) gewählt worden waren und sich heute als „DKP-Vertreter“ bezeichnen oder wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft als solche angesehen werden können. Die Vertretung der DKP in Kommunal- und Kreisparlamenten zeigt die Übersicht auf Seite 74.

7. DDR-Aktivität gegen die Bundesrepublik Deutschland

7.1 Die „Westarbeit“ der SED wurde im Jahre 1971 entscheidend von der „Abgrenzungspolitik“ gegenüber der BRD beeinflusst, die zur Auflösung oder Umbenennung einiger Einrichtungen führte, die seit Jahren in der „Westarbeit“ eine Rolle gespielt, in ihrem Namen und ihrer Funktion aber an deutsche „Gemeinsamkeiten“ erinnert hatten. Auch traditionelle Großveranstaltungen, die nicht „international“, sondern im kommunistischen Sinne „gesamtdeutsch“ ausgerichtet waren, fanden seit dem Sommer nicht mehr statt. Sie sollen auch nicht wieder auflieben.

Diese Entwicklung begann bereits Ende 1970 mit der Umbenennung des „Deutschen Städte- und Gemeindetages“ in „Städte- und Gemeindetag der DDR“. Im Juli 1971 löste die SED das „Staatssekretariat für westdeutsche Fragen“ auf. Im gleichen Monat schloß sie die für die „Westarbeits“-Forschung und die für die Erarbeitung von Hintergrundmaterial wichtigen Einrichtungen „Deutsches Institut für Zeitgeschichte“ und „Deutsches Wirtschaftsinstitut“ zu einem neuen „Institut für internationale Politik und Wirtschaft“ zusammen. Im November erhielt

der „Deutschlandsender“, dessen Sendungen sich hauptsächlich an Hörer in der BRD richteten, den Namen „Stimme der DDR“. Dieser Sender übernahm auch das deutschsprachige Europaprogramm von „Radio Berlin International“. „Die Berliner Welle“ wurde ebenso wie der seit 1956 in den Dienst der KPD gestellte „Deutsche Freiheitssender 904“ ganz eingestellt.

Im August löste der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ (FDGB) den seit 1956 bestehenden „Ständigen Ausschuß der Deutschen Arbeiterkonferenzen“ auf, dem Kommunisten aus der BRD und der DDR angehörten. Fast gleichzeitig stellte das von der FDJ gesteuerte „Ständige Komitee der Arbeiterjugend der DDR, der BRD und Westberlins“ seine Tätigkeit ein. Damit entfielen die „Deutschen Arbeiterkonferenzen“, die zweimal jährlich während der Messezeit in Leipzig stattfanden, sowie der jährliche „Arbeiterjugendkongreß“ in Erfurt. Dagegen wird die jährlich in Rostock stattfindende „Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands“, an der auch Kommunisten aus der BRD teilnehmen, wegen ihres internationalen Charakters fortgeführt.

Ab Mitte des Jahres ging auch die Zahl der in die BRD eingeschleusten DDR-Agitationschriften erheblich zurück. Es liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß „gesamtdeutsche“ Publikationen nicht mehr erscheinen werden. So hat sich die Redaktion der „Sozialistischen Briefe“, die sich hauptsächlich an Sozialdemokraten und Gewerkschafter wandte, von ihren Lesern verabschiedet.

Auf diesem Hintergrund wandelten sich im Jahre 1971 auch die Methoden der „Westarbeit“. Die schriftliche Agitation ist nicht nur quantitativ eingeschränkt worden, sie grenzt sich auch thematisch ab. Während immer mehr die DKP und andere kommunistische Kräfte in der BRD den publizistischen Angriff gegen die innere Ordnung der BRD übernehmen, dient die DDR-Agitation überwiegend der Selbstdarstellung.

Auch die Methode der politischen Beeinflussung der Besucher aus der BRD hat sich gewandelt. An die Stelle der Veranstaltungen sind zunehmend „Beratungen“ und Einzel-

besprechungen in der DDR getreten. SED, FDGB und FDJ luden Sozialdemokraten, mit den Kommunisten sympathisierende Gewerkschafter und Angehörige sozialistisch orientierter nichtkommunistischer Jugend- und Studentengruppen zu Gesprächen in die DDR ein. Die Teilnehmer aus dem Bundesgebiet wurden dabei nicht nur politisch und methodisch unterwiesen, sondern auch angehalten, Stimmungsberichte aus Gewerkschaften und Jugendorganisationen und Materialien ihrer Tagungen mitzubringen.

Diese systematische Beeinflussung von Personen aus der Bundesrepublik ist geregelt durch das Patenschaftssystem der SED, der FDJ und anderer Organisationen für bestimmte Gebiete in der Bundesrepublik. In diesem Rahmen reisten auch zahlreiche Mitglieder der DKP und SDAJ zu politischen Anleitungsgesprächen in die DDR.

Obwohl die DDR mit der Neuorientierung ihrer „Westarbeit“ demonstrieren will, es gebe keine deutschen Gemeinsamkeiten mehr und die Verbindungen in die Bundesrepublik unterschieden sich nicht von „internationalen Beziehungen“, ist das Organisationsgefüge der Westarbeit im ZK der SED und ihren Bezirksleitungen unverändert.

7.2 Auch die Entsendung von DDR-Funktio-

nären mit politischen Aufträgen in das Bundesgebiet dauert an. Im Jahre 1971 wurden 2092 erkannt (1970: 2286). Die Entwicklung der Reisetätigkeit in den letzten Jahren zeigt die Graphik auf Seite 73.

Mehr als 1000 Funktionäre suchten Veranstaltungen auf, in den meisten Fällen, weil sie als Redner eingeladen waren. Ebenso viele führten nebenher oder ausschließlich offen oder heimlich Gespräche mit Kontaktpersonen aus kommunistischen, prokommunistischen und demokratischen Gruppen. Nach dem Reiseverkehr dieser Funktionäre konzentriert sich die SED deutlich auf zwei Zielbereiche: die Pflege der Beziehungen zu DKP und SDAJ sowie Kontakte zu Kreisen in der BRD, die von der DKP nicht oder nur unvollkommen erreicht werden.

7.3 Im Bundesgebiet fand im Jahre 1971 nur noch eine Veranstaltung unter dem Motto „Woche der DDR“ (im Vorjahr 10) statt. Auch die Zahl der Foren der „Clubs DDR objektiv“ in Mannheim und Karlsruhe und ähnlicher Gruppen sowie der DFU mit Rednern aus der DDR ging mit rund 55 gegenüber dem Vorjahr (rund 70) zurück. Sie waren meist schlecht besucht und förderten nicht die Bestrebungen für eine breite Eigendarstellung der DDR in der Bevölkerung der BRD.

C. Die „Neue Linke“

I. Allgemeine Entwicklung

Die „Neue Linke“ bleibt vorwiegend eine Bewegung innerhalb der studentischen Jugend. Die Vielfalt ihrer Gruppen, ihre Zersplitterung und Uneinigkeit bestehen fort. Durchgesetzt hat sich die Erkenntnis, das gemeinsame Ziel, der Aufbau des Sozialismus unter der Klassenherrschaft des Proletariats, sei nur zu erreichen, wenn es gelingt, umfassende Organisationen zu schaffen und Einfluß auf die Arbeiterklasse zu gewinnen.

Die Entwicklung der „Neuen Linken“ ist deshalb gekennzeichnet durch

- verstärkte Bemühungen, überörtliche und überregionale Organisationen als Vorstufe für die Bildung einer revolutionären kommunistischen Partei zu schaffen;
- verstärkte Agitation unter der Arbeiterschaft;
- systematische Schulung ihrer Anhänger und
- Ausweitung ihres Einflusses im Hochschulbereich.

II. Ideologische und organisatorische Tendenzen

1. Ideologische Tendenzen

Die meisten Gruppen der „Neuen Linken“ bekennen sich zum „Marxismus-Leninismus“, den sie jedoch sehr unterschiedlich auslegen. Sie orientieren sich an den Schriften MAO TSE TUNGS oder STALINS oder bekennen sich zum Trotzismus oder Anarchismus. Sie lehnen die kommunistischen Parteien sowjetischer Prägung ab, denen sie „Revisionismus“ und Verrat an der Arbeiterklasse vorwerfen. Die Sowjetunion ist für sie das Zentrum des modernen Revisionismus, der das politische Hauptinteresse der Arbeiterklasse verraten habe und weltweit mit dem Imperialismus kollaboriere.

Alle Gruppen stimmen darin überein, nur in der Einheit der Arbeiterklasse könnten die sozialistische Revolution, die historisch auf der Tagesordnung stehe, vollzogen und die Diktatur des Proletariats errichtet werden.

Alle Gruppen der „Neuen Linken“ sind sich nach wie vor darin einig, daß der Übergang zum Sozialismus nicht mit friedlichen Mitteln erreicht und die bestehende Gesellschaftsordnung nur durch „revolutionäre Gewalt“ beseitigt werden könne. Über Art und Zeitpunkt der Anwendung von Gewalt bestehen jedoch unterschiedliche Auffassungen.

2. Organisatorische Tendenzen

Die Bemühungen zur Bildung überregionaler Organisationen um das „Zirkelwesen“ und den „Sektenstreit“ zu überwinden, hatten erste, wenn auch begrenzte Erfolge.

2.1 Die Berliner „KPD/Aufbauorganisation“ konstituierte sich im Juli als Partei und nennt sich nunmehr „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD). Sie bildete Regionalkomitees im Ruhrgebiet und in Norddeutschland und als „kämpferische Frontorganisation aller antiimperialistischen Studenten und Intellektuellen“ eine „Liga gegen den Imperialismus“, die über Stützpunkte in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern verfügt.

Ansätze für überregionale Organisationen finden sich auch bei einem im November vom „Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrum“ (SALZ) und dem „Kommunistischen Arbeiterbund“ (KAB) in Hamburg gegründeten „Kommunistischen Bund“ (KB) und dem maoistischen „Kommunistischen Arbeiterbund“ (KAB) in Baden-Württemberg, denen sich kleinere Gruppen aus anderen Bundesländern anschlossen oder unterordneten.

Weitere Gruppen und Zirkel nehmen für sich in Anspruch, den Parteaufbau zu fördern, darunter der „Kommunistische Bund/ML“ (KB/ML) in Berlin und der „Kommunistische Bund“ Bremen (KBB), die „Marxistische Aufbauorganisation“ (MAO) und die Gruppe „Revolutionärer Kampf“ in Frankfurt/M. sowie die „Arbeiterbasisgruppen“ (ABG) in München.

Auch trotzistische Gruppen unternahmen erste Versuche, sich zu vereinigen.

In der maoistischen „Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML) schreitet dagegen der Zerfall fort. Nach mehreren Spaltungen standen sich Ende 1971 mindestens fünf rivalisierende selbständige Fraktionen gegenüber, von denen lediglich die „Fraktion Rote Fahne“ eine gewisse Bedeutung hat.

2.2 Neben den Gruppen und Zirkeln, die den Aufbau einer Kommunistischen Partei anstreben, entstanden neue Studentenorganisationen, die sich „Massenorganisationen“ nennen und für den Kommunismus gewonnene Intellektuelle vereinigen wollen. Ihnen gehören große Teile der „Roten Zellen“, „Basisgruppen“ und andere Gruppen an, die nach dem Scheitern der studentischen Protestbewegung an den Hochschulen entstanden waren.

In Berlin gründeten im Mai einige „Rote Zellen“, die schon in der Studentenkommision der „Kommunistischen Partei Deutschlands/Aufbauorganisation“ (KPD/AO) die Vorarbeit geleistet hatten, den „Kommunistischen Studentenverband“ (KSV), der – organisatorisch selbständig – sich als „Massenorganisation“ der Berliner KPD versteht. Dem KSV haben sich bisher mehr als zehn „Rote Zel-

len“ in Berlin angeschlossen. Im übrigen Bundesgebiet sind Zellen des KSV in Bochum, Frankfurt, Marburg, München und Erlangen entstanden.

Die „Kommunistischen Studenten-Gruppen/ML“ (KSG/ML) in Tübingen, Saarbrücken, Frankfurt, Hannover, Stuttgart, Aachen und Marburg (gemeinsames Organ „Der Rote Pfeil“) ordnen sich dem „Kommunistischen Arbeiter-Bund“ (KAB) in Tübingen, der „Kommunistische Hochschulbund/ML“ (KHB/ML) in München den „Arbeiterbasis-Gruppen“ (ABG) und der „Kommunistische Studentenbund“ (KSB) in Göttingen dem „Kommunistischen Bund“ (KB) unter.

Ein weiteres Beispiel für diese Entwicklung ist die im Dezember vollzogene organisatorische Trennung der Nachfolgeorganisation der Heidelberger SDS-Gruppe „Neues Rotes Forum“ in „Kommunistische Gruppe Neues Rotes Forum“ (KG/NRF) und „Kommunistische Hochschulgruppe NRF“.

2.3 Organisierte Jugendgruppen haben lediglich die Trotzlisten und die Maoisten. Die trotzkistischen Jugendorganisationen bemühen sich um eine Vereinigung und um den Aufbau einer „Revolutionären Jugendinternationale“. Die maoistischen Jugendgruppen teilen weitgehend das Schicksal ihrer gespaltenen Partei. Von einiger Bedeutung ist hier nur der „Kommunistische Jugendverband Deutschlands“ (KJVD), der sich der KPD/ML (Fraktion Rote Fahne) zuordnet.

III. Tätigkeit an Hochschulen

1. Die Gruppen der „Neuen Linken“ haben erkannt, daß sie in der Arbeiterschaft und anderen breiteren Bevölkerungskreisen keine Basis für ihre revolutionäre Aktivität haben. Das hat sie veranlaßt, ihre Strategie zu ändern. Sie verzichteten weitgehend auf größere öffentliche Aktionen, lehnten „blinden Aktionismus“ ab und versuchten zielstrebig die Hochschulen zu erobern. Dort wollen sie die materiellen und personellen Möglichkeiten ausnutzen für die Ausbildung revolutionärer Kader, die nach Abschluß

ihres Studiums als „Multiplikatoren“ die revolutionäre Bereitschaft vor allem in Betrieben und im Erziehungswesen vorantreiben sollen.

Deshalb sind die Hochschulen das eigentliche Tätigkeitsfeld der „Neuen Linken“ geblieben. An ihnen kämpfen sie um jeden Sitz in den Studentenparlamenten, den Allgemeinen Studentenausschüssen und den Entscheidungsgremien und versuchen ihre Anhänger in Professoren-, Assistenten- und Tutorenstellen unterzubringen. Sie erzwangen unter Ausnutzung der neuen Hochschulverfassungen in größerem Umfang die Übernahme ihrer marxistisch-leninistischen Lehrveranstaltungen (sogenanntes „Sozialistisches Studium“), die der Schulung ihrer Kader dienen, in die offiziellen Vorlesungsverzeichnisse.

1.1 Ende des Sommersemesters 1971 hatten Gruppen der „Neuen Linken“ an 28 Universitäten 424 (= 36,5%) von 1161 Sitzen in den Studentenparlamenten besetzt. Sie waren ferner in 17 Allgemeinen Studentenausschüssen dieser Universitäten vertreten. Dieser Einfluß wird noch durch die Erfolge des MSB Spartakus verstärkt (vgl. Abschnitt B II 3.2). An der Freien Universität in Berlin ist es Gruppen der „Neuen Linken“ in einigen Fachbereichen gelungen, die Tutorenstellen überwiegend mit ihren Anhängern zu besetzen und dadurch das Studium nach ihren Interessen zu gestalten. Hier werden bereits Weichen für die Zusammensetzung des künftigen Lehrkörpers gestellt.

Wie viele Anhänger die „Neue Linke“ im Lehrkörper, bei den Assistenten und Tutoren und in Hochschulgremien unterbringen konnte, ist nicht überschaubar. Einzelerkenntnisse lassen darauf schließen, daß ihre Zahl erheblich ist.

1.2 An der Freien Universität in Berlin forderten die „Roten Zellen“ im Wintersemester 1970/71 zum erstenmal die Durchsetzung ihres „Sozialistischen Studiums“. Das Verbot des Senators für Wissenschaft und Kunst beantworteten sie mit „Kampftagen“ und einer Streikwoche im Februar, mit der sie

den Lehrbetrieb weitgehend lahmlegten. Das Verwaltungsgericht hob das Verbot auf.

Danach propagierten die Gruppen der „Neuen Linken“ im Laufe des Jahres an vielen Hochschulen ihr „Sozialistisches Studienprogramm“.

Die Zeitung „Hochschulkampf (1. Jg. Nr. 19/20 vom 1. 11. 1971, Seite 4) – Organ des „Initiativkomitees der Roten Zellen“ in Berlin – erklärte offen, die „scheindemokratischen Zugeständnisse (der Reformen) ermöglichten den Studenten die Einrichtung linker Seminare und ganzer linker Grundstudiengänge, durch das Vorhandensein linker Prüfer erfüllten die Prüfungen nicht die ihnen zugedachte Funktion“.

1.3 Die „Neue Linke“ erzielte ihre Erfolge auch durch die bewußte Verletzung demokratischer Spielregeln und gewaltsame Aktionen (Störung von Lehrveranstaltungen, Verhinderung von Sitzungen, Diffamierung, Nötigung, psychischer Terror und physische Gewaltanwendung gegen Hochschullehrer), um politische Nahziele durchzusetzen. Ihre Bestrebungen wurden gefördert durch die Passivität und das politische Desinteresse der meisten Studenten, die Duldsamkeit und Resignation eines Teils der Lehrenden wie auch der Leiter der Hochschulen und vielfach ein unzureichendes Ordnungsrecht.

IV. Tätigkeit außerhalb der Hochschulen

1. Die Tätigkeit der Gruppen der „Neuen Linken“ außerhalb der Hochschulen konzentrierte sich vor allem auf die Arbeiterschaft, bei der sie bisher keinen Anklang gefunden hatten. Viele Gruppen meinen, das politische Bewußtsein der Arbeiter sei unterentwickelt, ihnen fehle die revolutionäre Bereitschaft des Proletariats. Sie geben aber auch zu, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse nur wenig zu kennen.

Einige Gruppen sahen deshalb 1971 in der systematischen Untersuchung „proletarischer Lebensbedingungen“ und verstärkter Schulung und Agitation ihre Schwerpunkte. So hat z. B. die Berliner „Proletarische Linke/

Parteiinitiative“ (PL/PI) ihre Tätigkeit vom Hochschulbereich auf die Betriebsarbeit umgestellt.

Nach dem Vorbild der DKP versuchen viele Gruppen der „Neuen Linken“, in Großbetrieben Betriebszellen zu bilden. Sie geben Betriebszeitungen heraus, die sich vorwiegend mit innerbetrieblichen Angelegenheiten befassen und ihre Hauptaufgabe in der Aufdeckung angeblicher sozialer Mißstände im Betrieb sehen.

In der Betriebsarbeit scheint das „Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum“ (SALZ) in Hamburg, das sich im November mit dem „Kommunistischen Arbeiterbund“ (KAB) zum „Kommunistischen Bund“ (KB) zusammengeschlossen hat, besonders erfolgreich gewesen zu sein. Es verfügt über Branchen- und Betriebsgruppen und gibt Branchen-, Betriebs- und Lehrlingszeitungen heraus. Seine Aktivisten arbeiten in Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Jugendausschüssen mit. Andere Gruppen der „Neuen Linken“, besonders der maoistischen KPD/ML, geben ebenfalls zahlreiche Betriebszeitungen heraus und agitieren auf andere Weise unter Arbeitern, verfügen aber nur vereinzelt über Betriebsgruppen.

2. Die Tarifaueinandersetzungen in der Chemie- und Metallindustrie veranlaßten auch Gruppen der „Neuen Linken“ zu einer verstärkten Agitation. In ihren Publikationen, Extraausgaben und Flugblättern stellten sie überhöhte, nicht durchsetzbare Lohnforderungen und diffamierten Gewerkschafts- und SPD-Führung als Reaktionäre, die sich längst auf die Seite des Kapitals geschlagen hätten. Sie verbreiteten Losungen wie „Weg mit den Lohnleitlinien“, „Gewerkschaften raus aus der konzertierten Aktion“, „Machen wir die Gewerkschaften wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse“ und „Kampf gegen das arbeiterfeindliche Betriebsverfassungsgesetz“.

3. Die trotzkistischen Gruppen haben 1971 die Zusammenarbeit mit ausländischen Sektionen verstärkt. Besondere Bedeutung hatte die von der „Jungen Garde – für die revo-

lutionäre Internationale der Jugend“ gemeinsam mit englischen und französischen Trotzkisten ausgerichtete „Internationale Versammlung der Jugend“ im Juli 1971 in Essen mit etwa 4000 Teilnehmern. Der Kongreß beschloß, ein ständiges Sekretariat einzurichten, um die Konstituierung einer „Revolutionären Jugendinternationale“ vorzubereiten.

4. Bei der Verbreitung linksradikaler Ideen, vor allem unter Schülern und Studenten, gewinnen „linke Buchläden“ und kleinere Verlage der „Neuen Linken“ zunehmend an Bedeutung. Sie sind häufig auch Anlauf- und Kontaktstellen für Gruppen und Anhänger der „Neuen Linken“.

Viele von ihnen haben sich dem im Herbst 1970 gegründeten „Verband des linken Buchhandels“ – Sekretariat in Göttingen – angeschlossen, um die Isolierung der auf dem Buchhandelssektor arbeitenden linken Gruppen zu überwinden und eine optimale finanzielle und agitatorische Hilfsfunktion für die revolutionäre Bewegung zu erreichen.

V. Terrorismus und sonstige Gewalt

1. Ideologische Motivationen

Alle Gruppen der „Neuen Linken“ stimmen nach wie vor darin überein, daß die bestehende Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik nur revolutionär, d. h. gewaltsam beseitigt werden könne. Die „Gewalt als Mittel der Politik“ motivieren sie jedoch ebenso unterschiedlich, wie sie sich in den Auffassungen über den Zeitpunkt der Anwendung von Gewalt unterscheiden. Sie setzen aber die „Macht der Herrschenden“ – den Staat – mit Gewalt und Repression gleich und benutzen für ihre Agitation ebenso wie für ihre Aktionen den Begriff „Gegen-gewalt“. Insoweit wird die Neigung von Anhängern der radikalen „Neuen Linken“, Gewaltakte zu begehen, stark ideologisch beeinflusst.

Die meisten offen auftretenden Gruppen der „Neuen Linken“ fordern zwar die „Proletarische Revolution“ und befürworten die „re-

volutionäre Gewalt“, halten aber den Zeitpunkt für den Beginn der Revolution noch nicht für gekommen. Individuelle Terror- und Gewaltakte lehnen sie daher in der gegenwärtigen Phase als ungeeignetes Mittel des revolutionären Kampfes ab.

Diese Grundauffassung hindert sie jedoch nicht, bei geeigneten Anlässen ihren politischen Willen mit Regelverletzungen und gewaltsamen Aktionen durchzusetzen. Wann und in welcher Form Gewalt angewendet wird, hängt nach Meinung vieler Gruppen von der Einschätzung der Klassenverhältnisse, der Klassenkampfsituation und der Reife der revolutionären Bewegung ab.

Einige – meist anarchistische – Gruppen der „Neuen Linken“ meinen dagegen, der Zeitpunkt für eine Revolution sei bereits gekommen. Sie befürworten den bewaffneten Kampf als die Form des Klassenkampfes und handeln entsprechend.

Im April erschien eine Druckschrift mit dem Titel „RAF – Rote Armee Fraktion – Das Konzept Stadtguerilla“ die die Gewaltakte der im Untergrund lebenden „BAADER/MEINHOF-Bande“ ideologisch rechtfertigt und die Bildung bewaffneter Widerstandsgruppen fordert. Der Staat wird darin als Gewaltsystem bezeichnet, gegen das der bewaffnete Kampf möglich und gerechtfertigt sei.

Auf der gleichen Linie liegt die Schrift „Die Lücken der Revolutionären Theorie schließen – Die Rote Armee aufbauen“, die im Juni in Berlin unter dem Tarn-Titel „Verkehrsrecht- und Verkehrsaufklärungsheft – die neue Straßenverkehrsordnung“ verbreitet wurde. Sie erläutert den jetzt zu beginnenden bewaffneten Volkskrieg unter Verarbeitung der Lehren von MARX, LENIN und MAO TSE TUNG und entwickelt eine revolutionäre Theorie als Anleitung zum Guerillakampf.

Strategische und taktische Anleitungen für terroristische Gewaltakte enthalten ferner die auch 1971 von zahlreichen „linken Buchläden“ verbreitete Schrift „Minihandbuch des Stadtguerilla“ von Carlos MARIGHELLA und die Berliner Anarchistenblätter „883“ und „FIZZ“.

2. Terrorgruppen

Die meisten der politisch motivierten Terrorakte sowie Fälle schwerer Kriminalität werden von kleinen revolutionären Terrorgruppen und Einzeltätern begangen. Vier terroristische Gruppen haben eine größere Bedeutung erlangt.

Bei der Ausführung zahlreicher Straftaten im Jahre 1971, darunter bewaffnete Raubüberfälle auf Banken und Sparkassen, haben Personen, die der „BAADER-MEINHOF-Bande“ zuzurechnen sind, wiederholt von der Schusswaffe Gebrauch gemacht und dabei zwei Polizeibeamte getötet und mehrere verletzt. Die Polizei erschoss zwei von ihnen und nahm mehrere fest. Die Rädelsführer befinden sich noch in Freiheit.

Eine weitere terroristische Gruppe, das „Sozialistische Patientenkollektiv Heidelberg“, wollte bis zur Jahreswende 1972/73 tausend Personen organisatorisch vereinigen, um das gegenwärtige Gesellschaftssystem gewaltsam zu stürzen. Die Polizei nahm im Juli die führenden Köpfe des Kollektivs fest. Die noch in Freiheit befindlichen Mitglieder scheinen sich überwiegend der „BAADER-MEINHOF-Bande“ angeschlossen zu haben.

Auch die sogenannten „Schwarzen Zellen“ in Berlin üben Terror und Gewalt aus. In ihnen haben sich etwa 100 Jugendliche, überwiegend Lehrlinge, Schüler und Arbeiter, zusammengefunden. Sie orientieren sich an den anarchistischen Vorstellungen einer staatslosen Gesellschaft, unbeschränkter Freiheit des einzelnen und Leugnung jeder Autorität. Nach dem Wahlspruch „Macht kaputt, was euch kaputt macht“, propagieren sie offen Gewalt.

Ihre Auffassungen und Forderungen werden vor allem von den Blättern „883“ und „FIZZ“ verbreitet, die sich mit den „Genossen der RAF“ (Rote Armee Fraktion) solidarisieren, weil sie die gleichen Ziele verfolgten, nämlich die „Zerschlagung des Staates und aller seiner Repressionsorgane“.

Eine andere Gruppe, die früher unter Führung des im Dezember wegen versuchten

Mordes und fortgesetzter Urkundenfälschung zu 9 Jahren und 1 Monat Freiheitsstrafe noch nicht rechtskräftig verurteilten ehemaligen Kommunisten Dieter KUNZELMANN tätig war, beging hauptsächlich im Raum München Terror- und Gewaltakte, darunter zwei bewaffnete Banküberfälle; Kontakte Münchener Gruppenmitglieder zur „BAADER-MEINHOF-Bande“ sowie viele andere Anzeichen lassen darauf schließen, daß diese Gruppen zusammenarbeiten und sich bei ihren Terrorakten gegenseitig unterstützen.

Im Laufe des Jahres sind Ansätze für die Bildung weiterer kleiner anarchistischer Terrorgruppen, die sich Waffen und Sprengstoffe beschafft haben oder zu beschaffen suchten, sichtbar geworden. Da ihre politischen Motive die gleichen sind, ist nicht auszuschließen, daß sie oder einzelne ihrer Anhänger sich den bereits aktiven terroristischen Gruppen anschließen und sie verstärken.

3. Zahl der Terror- und Gewaltakte

Die Zahl der Terror- und Gewaltakte sowie der Androhung von Gewalttätigkeiten mit vermutlich linksradikalem Hintergrund ist im Jahre 1971 mit insgesamt 555 bekannt gewordenen Fällen gegenüber dem Vorjahr 563 Fälle) fast gleich geblieben. Die Zahl der schweren Gewalttätigkeiten (Mordanschläge, bewaffnete Raubüberfälle, Körperverletzung und Sachbeschädigung) hat aber erheblich zugenommen. Über ein Drittel der Gewalt- und Terrorakte richtete sich gegen Hochschulen und Schulen, die anderen überwiegend gegen Justiz- und Polizeibehörden sowie gegen Verkehrsbetriebe, amerikanische Einrichtungen sowie Banken und Sparkassen. Die meisten wurden in Berlin und Bayern sowie – bedingt durch gewalttätige Ausschreitungen bei „Rote-Punkt-Aktionen“ – in Nordrhein-Westfalen verübt.

Die zahlenmäßige Entwicklung der Terror- und Gewaltakte sowie der Drohungen mit Gewalt zeigt die Übersicht auf Seite 74.

D. Entwicklung der bedeutenderen Organisationen und Gruppen

I. Kommunistische und kommunistisch beeinflusste Gruppen

1. „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

1.1 Für die DKP war das wichtigste Ereignis des Jahres ihr 2. Parteitag vom 25. bis 28. November in Düsseldorf, auf dem sie sich als disziplinierte und straff organisierte Partei darstellte. Der Parteitag legte die Generallinie der Partei in 44 „Thesen“ nieder und rief in einem „Manifest“ die Bevölkerung auf, die DKP zu unterstützen.

Um zu demonstrieren, daß die DKP die „revolutionären Traditionen“ der deutschen Arbeiterbewegung fortsetzt, wählte der Parteitag Max REIMANN, bisher 1. Sekretär der verbotenen KPD, zum „Ehrenpräsidenten“ der DKP. 76 (= 83 %) der neugewählten 91 Parteivorstandsmitglieder waren früher für die illegale KPD tätig. Der Parteivorsitzende Kurt BACHMANN und sein Stellvertreter Herbert MIES wurden wiedergewählt. Erstmals berief der Parteivorstand nicht nur ein Präsidium (15 Mitglieder), sondern auch ein Sekretariat (7 Mitglieder), womit die DKP ihre Organisationsform in der Führungsspitze der anderer kommunistischer Parteien anglich.

1.2 Die DKP hatte am Jahresende – nach eigenen, im wesentlichen zutreffenden Angaben – 33 410 Mitglieder, die in 1302 Parteigruppen (408 Betriebs-, 871 Wohngebiets- und 23 Hochschulgruppen* organisiert sind. Diese Parteigruppen sind in mehr als 200 Kreisorganisationen, diese wiederum in 6 Landes- und 6 Bezirksorganisationen zusammengefaßt.

Als marxistisch-leninistische Partei legte die DKP auf die Schulung ihrer Mitglieder und Funktionäre besonderen Wert, denn:

„Die letztlich entscheidende Bedingung für den erfolgreichen Kampf des Proletariats ist die Meisterung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung.“

(Robert STEIGERWALD, Sekretär des DKP-Parteivorstands, in „Marxistische Blätter“, 4/71, S. 47.)

Seit August 1971 hat die DKP in der Partei-schule „Karl LIEBKNECHT“ in Essen eine Internatsschule. Dort werden in Wochenlehrgängen vor allem Mitglieder von Betriebsgruppen unterrichtet. DKP und SDAJ ließen ferner 1970/71 mehr als 200 Mitglieder in Dreimonats-, Halbjahres- und Einjahreslehrgängen an Schulen der KPdSU und des Kom-somol in Moskau und der SED in Berlin-Biesdorf ausbilden.

1.3 Große Bedeutung maß die DKP der Verbreitung der Parteipresse bei. Während der Absatz der Wochenzeitung „unsere zeit“ (uz), des Zentralorgans der DKP, und der theoretischen Zweimonatsschrift „Marxistische Blätter“ kaum zunahm, erhöhte die DKP die Zahl der unregelmäßig erscheinenden „Kleinzeitungen“ (Betriebs- und Wohngebietszeitungen) von rund 260 im Vorjahr auf über 500 im Jahr 1971. Zur Verbesserung des Inhalts dieser Blätter gab der Parteivorstand einen besonderen Artikeldienst heraus. Für ihre Öffentlichkeitsarbeit ließ die DKP weiterhin Presse- und Informationsdienste des Parteivorstandes und einiger Landesverbände erscheinen.

1.4 Zu ihrer Finanzierung erklärte die DKP auf ihrem Parteitag, sie habe 1970 mehr als 6 Millionen DM eingenommen (davon 4,67 Millionen DM „Spenden“ und 0,88 Millionen Mitgliedsbeiträge). Ihre Ausgaben dürften 1970 wie auch 1971 wesentlich höher gewesen sein.

Öffentliche Mittel erhielt die DKP nur in Bremen als Wahlkampfkostenerstattung in Höhe von 43 500 DM.

1.5 Die engen und vielfältigen Kontakte der DKP zur SED wurden weiter ausgebaut. Zahlreiche Studiendelegationen der DKP reisten zu den Patenbezirken der SED; auf höchster Parteiebene fanden Gespräche statt. An dem DKP-Parteitag nahm eine starke Delegation der SED unter Führung Albert NORDENS, Mitglied des Politbüros, teil, der auch Heinz GEGGEL, Leiter der „Westabteilung“ des SED-Zentralkomitees, angehörte. NORDEN

* tatsächlich 40 einschl. Gruppenansätze

versicherte, seine Partei helfe „aktiv, ideell und materiell allen, die gegen den Imperialismus kämpften. Er sagte der DKP: „Ihr seid doch Fleisch von unserem Fleisch, ihr seid Geist von unserem Geist“.

1.6 Um ihre politische Schwäche zu verdecken, betonte die DKP stets, Teil der weltumspannenden kommunistischen Bewegung zu sein. Sie betrachtete es als eine Auszeichnung, daß 21 Bruderparteien und die internationale kommunistische Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ hohe Funktionäre zum Düsseldorfer Parteitag entsandt hatten.

Besondere Bedeutung räumte die DKP ihren Beziehungen zur KPdSU ein, deren führende Rolle sie anerkennt. Mehrfach reisten Spitzenfunktionäre der DKP in die Sowjetunion, u. a. zum Parteitag der KPdSU. Die KPdSU bemühte sich, die DKP durch gezielte Aktionen politisch aufzuwerten. So leitete das Mitglied des Politbüros der KPdSU, A. J. PELSCHE, die Delegation seiner Partei zum Parteitag der DKP. Andere KPdSU-Funktionäre besuchten die DKP und informierten sich über deren Arbeit.

Kontakte unterhielt die DKP auch zu anderen, vor allem europäischen kommunistischen Parteien. Sie entsandte zu deren Parteitagen Delegationen, arbeitete an der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ mit und war auf internationalen kommunistischen Veranstaltungen vertreten.

2. „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)

Die illegale KPD, die zuletzt nur noch aus einem kleinen „Restapparat“ bestanden hatte, trat seit dem Eintritt ihres langjährigen 1. Sekretärs, Max REIMANN, in die DKP (September 1971) nicht mehr in Erscheinung. REIMANN erklärte, nur noch einer Partei, der DKP, anzugehören. Die internen „Informationen“ des SED-Zentralkomitees stellten fest, es gebe nur noch eine kommunistische Partei in der BRD: die DKP. Der „Deutsche Freiheitssender 904“, seit dem Tag nach dem KPD-Verbot Sprachrohr der KPD, stellte am 1. Oktober seine Sendungen ein. Der Leiter

des „KPD-Restapparates“ in Ost-Berlin und Mitglied des letzten KPD-Politbüros, Erich GLÜCKAUF, tritt jetzt öffentlich als hauptamtlicher SED-Funktionär auf. Während früher die KPD neben der DKP an internationalen kommunistischen Veranstaltungen und an Parteitagen anderer kommunistischer Parteien (zuletzt am VIII. Parteitag der SED im Juni) teilgenommen hatte, ist sie dort seit Oktober nicht mehr vertreten gewesen.

3. „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW)

Die SEW hat sich in Mitgliedschaft, Aktivität und Wirkung kaum weiterentwickeln können. Das zeigte sich bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen, bei denen sie nur 4017 Stimmen (= 0,3 %) gegenüber den letzten Wahlen hinzugewann, ebenso wie in der Stagnation ihrer Mitgliederzahl (6000), obwohl sie zahlreiche jüngere Mitglieder aufgenommen hat. Der Abonnentenstand der fünfmal in der Woche erscheinenden Zeitung der SEW, „Die Wahrheit“ (Auflage: 14000), blieb mit 8500 festen Beziehern ebenfalls nahezu unverändert.

Im Gegensatz zum Vordringen der SEW im Hochschulbereich (vgl. Abschnitt B II 3.2) blieb ihre Infiltrationstätigkeit in Betrieben auch 1971 ohne nennenswerte Wirkung. Um Einfluß in den Gewerkschaften zu gewinnen, vermied sie – wie die DKP – alles, was sie in offenen Gegensatz zu gewerkschaftlichen Zielen und Forderungen hätte bringen können.

Die SEW bekennt sich – wie die DKP – unverändert zur internationalen kommunistischen Bewegung und zur Führungsrolle der KPdSU. Sie arbeitet mit vielen kommunistischen Parteien zusammen und läßt Funktionäre in Moskau schulen.

4. „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Die SDAJ hat ihre Mitgliederzahl infolge starker Fluktuation gegenüber dem Vorjahr (10 000) kaum steigern können, obwohl die Zahl ihrer Ortsgruppen auf über 200 (Vor-

jahr: 170) gewachsen ist. Die Erklärung der SDAJ, sie habe etwa 23 000 Mitglieder, ist offenbar eine Zweckbehauptung, mit der sie ihre Aufnahme in den Deutschen Bundesjugendring fördern will. Sie gliedert sich nach wie vor in zehn vom geschäftsführenden Bundesvorstand angeleitete Landesvorstände, diese in Ortsverbände und gelegentlich in Kreisverbände. Sprachrohr der SDAJ ist die in der Dortmunder Weltkreis-Verlags GmbH erscheinende Monatsschrift „elan – Magazin für junge Leute“ (Auflage: 21 000) geblieben.

Ende 1971 gab die SDAJ nach eigenen glaubhaften Angaben 125 Betriebs-, Lehrlings- und Berufsschulzeitungen heraus. Die von ihr behauptete monatliche Gesamtauflage von über 150 000 Exemplaren ist jedoch stark überhöht. Viele Zeitungen erschienen unregelmäßig, einige nur ein- oder zweimal im Jahr.

Die Kader der SDAJ werden nach ähnlichen Grundsätzen wie bei der DKP in Wochenendkursen in der BRD, aber auch im Sowjetsektor Berlins und in Moskau geschult.

Die SDAJ vertiefte ihre Beziehungen zur „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR. Zwischen beiden Organisationen fand ein reger Delegationsaustausch statt. Mehr als 650 Mitglieder und Anhänger der SDAJ beteiligten sich im Juli/August an einem internationalen Freundschaftslager der FDJ in Wilhelmstal bei Eisenach. Die Beziehungen zu ausländischen kommunistischen Jugendorganisationen wurden erweitert. Unter den Personen, die auf Einladung des sowjetischen KOMSOMOL im Juli an einem Freundschaftslager der Jugend der UdSSR und der BRD in Uljanowsk, der Geburtsstadt LENINS, teilnahmen, befanden sich viele Mitglieder der SDAJ. Delegationen der SDAJ besuchten Polen, Dänemark, Italien, den Sudan, die Volksrepublik Kongo (Brazzaville), Cuba und Chile.

5. „Freie Deutsche Jugend Westberlins“ (FDJW)

Die „FDJ von Westberlin“ hat sich im Dezember in „Freie Deutsche Jugend Westberlins“

(FDJW) umbenannt. Die Zahl ihrer Mitglieder (etwa 500) blieb nahezu unverändert.

Das Schwergewicht der politischen Tätigkeit der FDJW lag im schulischen Bereich, wo sie an einigen Oberschulen Stützpunkte bilden konnte. Die sogenannten „Sozialistischen Schülerkomitees“, die die FDJW im Frühjahr 1970 in mehreren Stadtbezirken gebildet hatte, haben ihre Arbeit eingestellt, nachdem die meisten Angehörigen dieser Komitees Mitglieder der FDJW geworden waren.

Versuche der FDJW, unter den Jungarbeitern und in der Gewerkschaftsjugend größeren Einfluß zu erzielen, blieben ohne Erfolg.

6. „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB)

Der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ wählte auf seinem Gründungskongreß (20./21. Mai in Bonn) einen Bundesvorstand, dem 27 Personen angehören, von denen drei Viertel Mitglieder der DKP sind. Zum 1. Vorsitzenden wurde Christoph STRAWE, Mitglied der DKP, zu stellvertretenden Vorsitzenden Jürgen BUESCHER, Mitglied der DKP, und Michael MAERCKS, Mitglied des DKP-Parteivorstandes, gewählt.

Der MSB Spartakus hat im Laufe des Jahres seine Organisation zielstrebig ausgebaut. Nach eigenen, wahrscheinlich zutreffenden Angaben hat sich die Zahl seiner Mitglieder in etwa 70 Hochschulgruppen und Gruppenansätzen bis zum Jahresende verdoppelt (auf über 2000). Die Gruppen werden in der Regel direkt vom Bundesvorstand angeleitet. Sie können sich aber, wenn z. B. an einem Ort mehrere Hoch- und Fachhochschulen bestehen, in Übereinstimmung mit dem Bundesvorstand zu einer Gesamtgruppe zusammenschließen, wie das in Hamburg, Bremen und Münster geschehen ist.

Aktivität und Bedeutung der örtlichen Gruppen sind jedoch sehr unterschiedlich. Der MSB Spartakus hat seine Schwerpunkte in Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Der Bundesvorstand gibt das MSB-Organ „rote blätter“ heraus. Daneben propagiert die fünfmal jährlich erscheinende Broschüre „facit –

Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik“ die Ziele des MSB.

7. „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN)

Die VVN, deren Mitgliederzahl infolge ihres natürlichen Mitgliederschwundes auf etwa 10 000 gesunken ist, hat auf ihrem Bundeskongreß (20. bis 23. Mai in Oberhausen) ihren Namen durch den Zusatz „Bund der Antifaschisten“ ergänzt. Sie hofft, damit und durch die Bildung weiterer „Arbeitskreise Junger Antifaschisten“ den Mitgliederschwund auszugleichen, besonders junge Menschen für ihren „antifaschistischen Kampf“ gewinnen und ihre politische Bedeutungslosigkeit überwinden zu können. Von den 66 Mitgliedern des auf dem Bundeskongreß gewählten neuen VVN-Präsidiums sind über die Hälfte Kommunisten. Die VVN wird von einem Präsidium und einem geschäftsführenden Präsidium geleitet. Sie verfügt über neun Landesverbände (in Rheinland-Pfalz ist sie verboten), die sich in Kreisverbände gliedern.

Die VVN ist Mitglied der internationalen kommunistischen „Fédération Internationale des Résistants“ (FIR), durch die sie mit anderen nationalen kommunistischen Widerstandskämpfer-Organisationen eng verbunden ist.

Sprachrohr der VVN ist die Wochenzeitung „die tat“ mit einer Auflage von 12 000 Exemplaren.

8. „Deutsche Friedens-Union“ (DFU)

Die von einem Direktorium und dem geschäftsführenden Bundesvorstand geleitete, in Landes-, Bezirks- und Ortsverbände gegliederte DFU mit ihren knapp 5000 Mitgliedern, spielte auch 1971 ihre Rolle als Instrument kommunistischer Volksfrontpolitik weiter. Sie unterstützte wie bisher die innen- und außenpolitischen Ziele der Kommunisten und setzte ihre Zusammenarbeit mit dem „Nationalrat der Nationalen Front“ der DDR fort.

Auf dem Gebiet der Bildungspolitik verstärkte die DFU mit Hilfe besonderer Kom-

missionen auf Bundes- und Länderebene ihre Aktivität und bemühte sich um engere Kontakte zur Gewerkschaft „Erziehung und Wissenschaft“. Auf bildungspolitischen Arbeitstagen forderte sie, den „antimilitaristischen Kampf an der Basis“ (Schulen, Hochschulen) zu verstärken, um die steigende „Militarisierung des Bildungswesens“ und die „wechselseitige Integration von Bundeswehr und Gesellschaft“ durch ein „breites Bündnis“ zu stoppen.

1971 hat sich die DFU zur Wahrung ihres Parteienstatus lediglich an den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg (24. Oktober) beteiligt. Sie kandidierte nur in Heidenheim, wo sie mit 4,3 % der abgegebenen gültigen Stimmen keinen Sitz im Stadtrat erhielt.

II. Gruppierungen der radikalen „Neuen Linken“

1. Maoistische Gruppen

1.1 Die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML), eine von dem Altkommunisten Ernst AUST Ende 1968 gegründete Partei, hat sich mehrfach gespalten:

Die von AUST geleitete „Fraktion Roter Morgen“, die vor allem in Hamburg, München und Berlin auftritt, ist Ende 1971 völlig auseinandergebrochen. Organ der Fraktion ist das Blatt „Roter Morgen“.

Die „Fraktion Rote Fahne“, geführt von einem „Zentralbüro“ in Bochum, die sich vorübergehend organisatorisch gefestigt hatte und in den meisten Bundesländern „Landesverbände“ unterhielt, steht nach ideologischen und taktischen Streitigkeiten am Jahresende ebenfalls vor einer Spaltung. Sprachrohr der Fraktion ist die „Rote Fahne“. Die übrigen Abspaltungen, „Gruppe revolutionärer Weg“ in Solingen sowie „Neue Einheit“ und „Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ in Berlin, sind ohne Bedeutung geblieben. *

Der „Kommunistische Jugendverband Deutschlands“ (KJVD) mit etwa 30 Ortsgruppen und Sitz in Bochum, der sich an die

„Fraktion Rote Fahne“ anlehnt, hat seine Tätigkeit wieder aktiviert. Am Jahresende kam es zwischen KJVD und „Fraktion Rote Fahne“ jedoch erneut zu schweren Richtungskämpfen. Zentralorgan des KJVD ist „Der Kampf der Arbeiterjugend“.

Einige Studentengruppen, die der KPD/ML nahestehen, nennen sich „Kommunistischer Studentenbund/ML“ (KSB/ML). Es ist ihnen bisher nicht gelungen, einen Bundesverband zu gründen.

1.2 Der „Kommunistische Arbeiter-Bund“ (KAB/ML) in Tübingen verfügt vorwiegend über Orts- und Betriebsgruppen in Baden-Württemberg und im Saarland. Er gibt das Blatt „Rote Fahne“ heraus. Die ihm zuzurechnende „Revolutionäre Jugend (ML)“ (RJ/ML) mit etwa zwölf Stützpunkten leistet vorwiegend Betriebsarbeit und gibt gelegentlich Betriebszeitungen und ein Zentralorgan „Rebell“ heraus. Der KAB/ML leitet die „Kommunistischen Studentengruppen (ML)“ (KSG/ML) in Tübingen, Saarbrücken, Frankfurt/M., Stuttgart, Aachen und Marburg an. Ihr gemeinsames Organ ist „Der Rote Pfeil“.

1.3 Die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) (früher: „KPD/Aufbauorganisation“) in Berlin, die die Diktatur des Proletariats errichten und den „Sozialismus als Übergangsetappe zur klassenlosen Gesellschaft, dem Kommunismus“, aufbauen will, konnte sich organisatorisch festigen und auf das übrige Bundesgebiet ausdehnen. In Berlin hat die KPD etwa 100 Mitglieder, die überwiegend Studenten sind.

Sie unterhält einen eigenen Verlag, gibt als Zentralorgan die „Rote Fahne“ und als „Betriebszellen-Zeitung“ die „Kommunistische Arbeiterpresse“ in acht verschiedenen Betriebsausgaben heraus.

Im Mai gründete die KPD den „Kommunistischen Studentenverband“ (KSV) (etwa 350 Anhänger) als ihre studentische „Massenorganisation“, dem sich in Berlin mehrere „Rote Zellen“ anschlossen und sich in KSV-Zellen umbenannten. Nach diesem Vorbild und unter Anerkennung der KSV-Leitsätze entstanden solche Zellen auch in München, Erlangen, Frankfurt, Marburg, Bonn und Bochum.

Der KSV richtete eine Oberschüler-Kommission ein, die die Gründung eines „Kommunistischen Jugendverbandes“ (KJV) vorbereiten soll. Blätter des KSV sind die „Rote Pressekorrespondenz“ (RPK) und die Zeitung „Dem Volke dienen“.

Weitere von der KPD gegründete Organisationen sind die „Liga gegen den Imperialismus“ und das „Rote Hilfe Komitee Westberlin“.

1.4 Der Kommunistische Bund“ (KB) in Hamburg (rund 600 Mitglieder) entstand im November aus einem Zusammenschluß von „Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum“ (SALZ) und „Kommunistischer Arbeiter Bund“ (KAB) Hamburg. Die Gruppen SALZ Bremerhaven, KB/ML Eutin, KB/ML Flensburg, SALZ Frankfurt und KAG Oldenburg haben sich ihm angeschlossen. Diese Gruppen behielten noch weitgehend ihre politische Selbstständigkeit, änderten aber ihren Organisationsnamen und nennen sich „Kommunistischer Bund Gruppe . . .“ (Ortsname). Sie stellten die bisher von ihnen herausgegebenen Zeitungen zugunsten der gemeinsamen politischen Zeitung „Arbeiterkampf“ und des theoretischen Organs „Unser Weg“ ein. Der KB bereitet die Gründung eines „Sozialistischen Studentenbundes“ (SSB) vor.

2. Trotzlistische Gruppen

Die trotzlistische Bewegung in der Bundesrepublik ist in mehrere konkurrierende Richtungen gespalten.

Die „Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM) mit 200 Mitgliedern ist hauptsächlich in Hamburg, Berlin, Stuttgart, Nordrhein-Westfalen und im Main-Gebiet tätig. Ihre Jugendorganisation, die „Revolutionär-Kommunistische Jugend“ (RKJ) mit etwa 250 Mitgliedern in 20 Gruppen zweier Regionalbezirke konstituierte sich auf ihrer 1. „National Konferenz“ im Mai in Frankfurt als Bundesorganisation. Auf ihrer 2. „National Konferenz“ im Oktober in Köln erörterte die RKJ Fragen der Vereinigung mit weiteren trotzlistischen Gruppen.

Die Gruppe „Internationale Kommunisten Deutschlands“ (IKD), die mit ihrer Jugendorganisation „Spartacus – Kommunistische Jugendorganisation“ etwa 200 Mitglieder hat, ist hauptsächlich in Berlin, Kiel, Hildesheim, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und im Rhein-Main-Gebiet tätig.

GIM und IKD nehmen beide die Bezeichnung „Deutsche Sektion der IV. Internationale“ für sich in Anspruch.

Eine dritte Gruppe „Revolutionäre Marxisten in Deutschland (Trotzkisten)“ ist aus dem Kreis um die trotzkistische Zeitschrift „Internationale Arbeiterkorrespondenz“ (IAK) in Frankfurt/M. hervorgegangen. Zu ihr bekennt sich die Jugendorganisation „Junge Garde – für die revolutionäre Internationale der Jugend“, deren knapp 100 Mitglieder – hauptsächlich in Nordrhein-Westfalen – sich als „Linkstrotzkisten“ bezeichnen.

3. Sonstige Gruppen

3.1 Neben den aufgeführten maoistischen und trotzkistischen Organisationen bestehen – vorwiegend an den Hochschulorten – weitere örtliche Gruppen der „Neuen Linken“, die überwiegend von Studenten getragen werden und unterschiedliche Bedeutung haben. Sie haben meist weit weniger als 100 Mitglieder. Ihre Tätigkeit konzentriert sich auf die Schulung der Mitglieder und Anhänger und auf die Herausgabe von Zeitungen, Betriebszeitungen und Flugblättern, die vorwiegend im Abzugsverfahren hergestellt werden.

Sie haben insoweit Bedeutung, als sie bei bestimmten politischen Anlässen, unterstützt von ihren Anhängern, gemeinsam mit anderen Gruppen zu einem beachtlichen Störfaktor werden.

Solche Gruppen sind z. B.

die „Proletarische Linke/Parteiinitiative“ (PL/PI) in Berlin,

der „Kommunistische Bund/Marxisten-Leninisten“ (KB/ML) in Berlin und die mit

ihm zusammenarbeitenden „Marxistisch-Leninistischen Hochschulgruppen“,

die „Kommunistische Räteorganisation“ (KRO) und die

„Marxistisch-Leninistische Hochschulorganisation“ (MLHO) in Kiel, (beide zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken),

der neugegründete „Thälmann Kampfbund/ML“ in Kiel,

der „Kommunistische Bund“ (KB) in Göttingen, Wilhelmshaven, Osnabrück, Wolfsburg und Bremen,

die „Kommunistische Gruppe/Neues Rotes Forum“ in Heidelberg,

der „Bund Kommunistischer Arbeiter“ in Freiburg,

die „Arbeiter-Basis-Gruppen“ (ABG) in München mit ihrem „Kommunistischen Hochschulbund/ML“,

die „Rote Fahne Organisation“ in Saarbrücken.

An Hochschulen dominieren noch immer die „Roten Zellen“ in Fakultäten oder Fachbereichen, von denen im Laufe des Jahres annähernd 100 tätig geworden sind. Daneben bestehen zahlreiche weitere Studentengruppen, die sich „Kommunistische“ oder „Sozialistische“ oder auch „Marxistisch-Leninistische“ Hochschul- oder Studentengruppe nennen, ferner zahlreiche linksradikale „Basis- und Projekt- und Initiativgruppen“ sowie Kollektive.

Zusammenschlüsse und Zusammenarbeit dieser Gruppen gibt es nur dort, wo sie sich einer Partei oder einem „Parteiensatz“ unterordnen. Manche linksradikalen Studentengruppen sind auseinandergebrochen, weil sie sich über die Frage der Unterordnung nicht einigen konnten.

Von solchen Gruppen werden Zeitungen, „Infos“, Kommentare, Extra- und Flugblätter herausgegeben, die – häufig sehr unregelmäßig – in großer Zahl erscheinen.

E. Beurteilung

I. Nach dem derzeitigen Entwicklungsstand ist damit zu rechnen, daß die kommunistische Aktivität und die Versuche kommunistischer Organisationen zunehmen werden, nicht-kommunistische Gruppen und Persönlichkeiten für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, die ihr ein breiteres Wirken in der Bevölkerung ermöglichen soll. Das haben die programmatischen Forderungen der DKP auf ihrem Düsseldorfener Parteitag ebenso gezeigt wie ihre zielstrebige Arbeit im Jahre 1971. Diesen Bemühungen kommt die Bereitschaft gewisser Kreise entgegen, Kommunisten in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens als Partner zu akzeptieren.

Die DKP stellt sich als Partei der Jugend dar. Es wächst auch der Einfluß kommunistischer Studenten an den Hochschulen. In Bremen wählten 14,4% der männlichen Jungwähler die DKP. Auch der Anteil junger Menschen an Mitgliedschaft und Führung der DKP ist verhältnismäßig hoch, eine Entwicklung, die durch den wachsenden Einfluß der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ unter Lehrlingen und Jungarbeitern gefördert wird. In der DKP selbst sind die Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung der Partei ebenfalls günstig. Sie verfügt über eine wachsende Zahl von Funktionären, die in Moskau und Ost-Berlin intensiv für den Kampf gegen die verfassungsmäßige Ordnung der BRD geschult worden sind. Eine nennenswerte Opposition gibt es in ihren Reihen nicht.

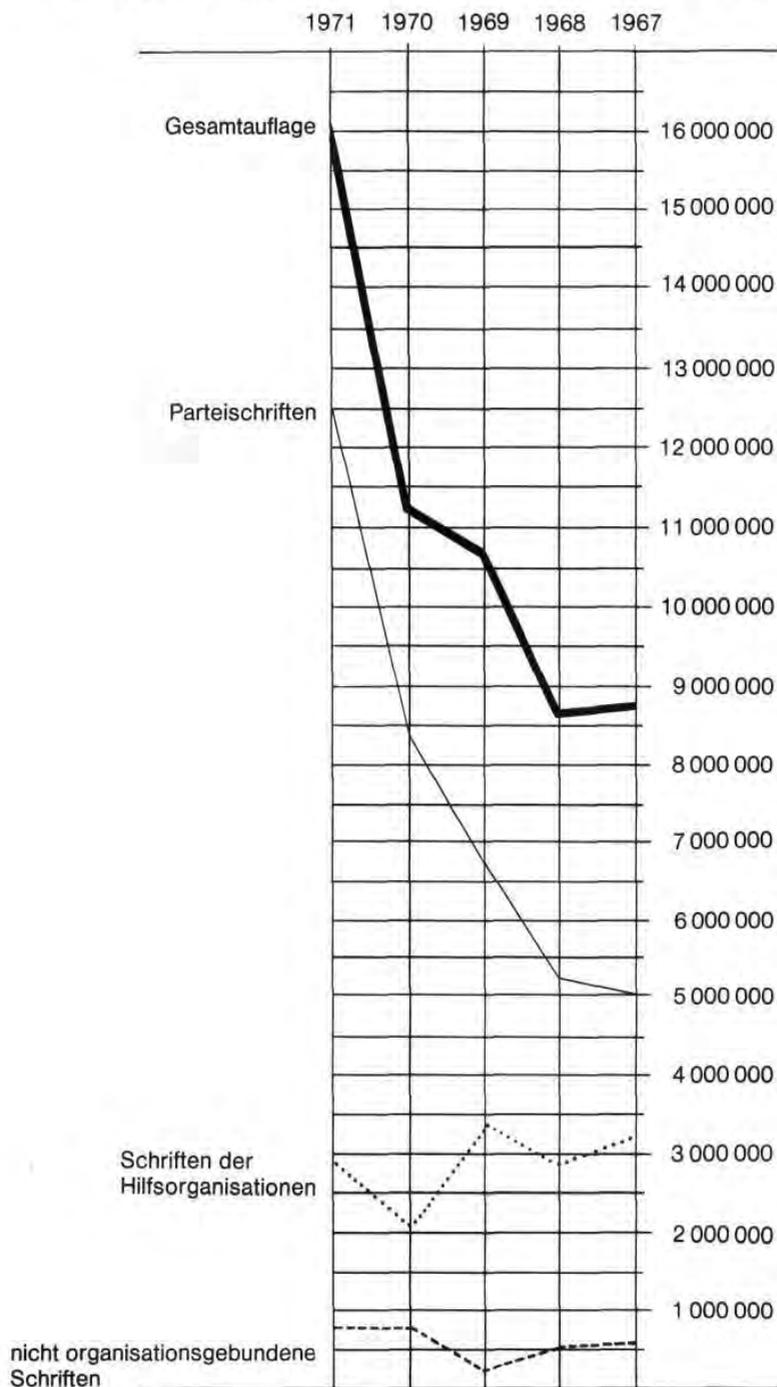
II. Bei der radikalen „Neuen Linken“ wird die organisatorische und ideologische Zer-

splitterung zunächst andauern, auch wenn ihre Gruppen – wie sich das 1971 wieder deutlich zeigte – gleiche revolutionäre Ziele verfolgen und Anzeichen für überregionale Zusammenschlüsse sichtbar wurden. Der Dogmatismus der bedeutenderen Gruppen wirkt größeren Zusammenschlüssen entgegen. Der „Neuen Linken“ fehlen nach wie vor führende Persönlichkeiten mit Ausstrahlungs- und Überzeugungskraft, die einen Einigungsprozeß fördern könnten.

Die politische Agitation der „Neuen Linken“ wird vor allem bei Schülern und Studenten auch weiterhin Anklang finden, welche die bürokratischen Strukturen in den Staaten des Sowjetblocks ablehnen. Deshalb ist weder an den Hochschulen noch im außer-universitären Bereich mit einem Ende der Bewegung der „Neuen Linken“ zu rechnen. Das gilt besonders für die Hochschulen, an denen „Neue Linke“ Positionen im Lehrkörper, der studentischen Selbstverwaltung, in Entscheidungsgremien und Fachbereichen besetzen konnten.

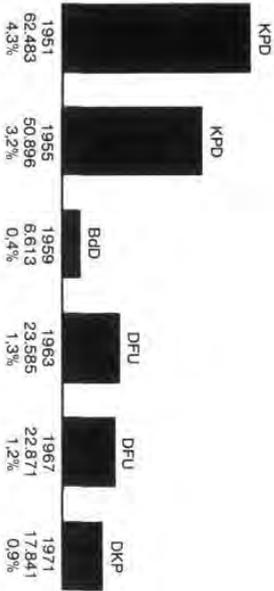
Die Entwicklung der Neuen wie auch der Alten Linken an den Hochschulen wird durch die „Erstsemester-Beratungsstellen“ ebenso gefördert wie durch die Berufung marxistischer Hochschullehrer und durch die „Sozialistischen Studienprogramme“. Dabei kommt ihnen die anhaltende politische Gleichgültigkeit der „schweigenden Mehrheit“ der Studenten und die Resignation vieler Hochschullehrer und Hochschulverwaltungen entgegen.

Auflagen der periodischen Schriften des Linksextremismus

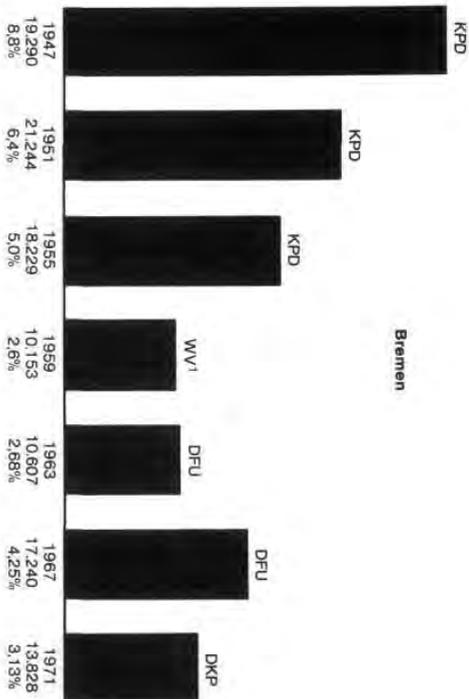


Stimmenanteil der KPD, DKP, SEW, DFU, WV und des Bdd bei Landtagswahlen

Rheinland-Pfalz

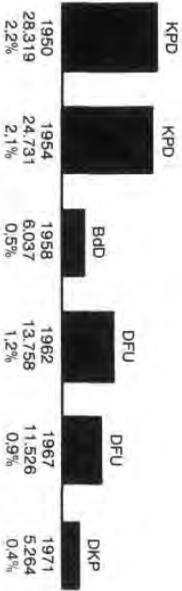


Bremen

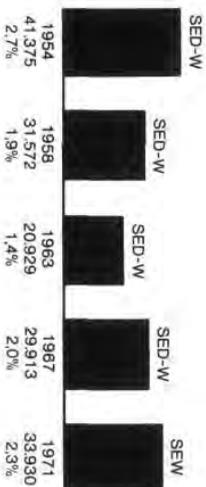


1) Wählervereinigung gegen atomare Aufrüstung für Frieden und Verständigung

Schleswig-Holstein



Berlin



Vertretung der DKP in Kommunal- und Kreisparlamenten

Bundesland	Kreis- parla- mente	Anzahl der Mandate	Stadt- parla- mente	Anzahl der Mandate	Gemein- deparla- mente	Anzahl der Mandate	Insgesamt Parla- mente	Mandate
Nordrhein-Westf.	-	-	1	2	1	2	2	4
Hessen	-	-	2	3	5	6	7	9
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	5	6	5	6
Bayern	-	-	1	1	1	1	2	2
Baden-Württbg.	1	1	5	6	2	2	8	9
Saarland	-	-	4	8	16	24	20	32
Niedersachsen	-	-	-	-	1	1	1	1
Insgesamt	1	1	13	20	31	42	45	63

Gewaltanwendung und -androhung mit vermutlich linksradikalem Hintergrund

	1971	1970	1969
I. Terrorakte			
Mordanschläge	10	- *)	-
Sprengstoffanschläge	29	61	28
Brandstiftungen	40	56	20
	79	117	48
II. Gewaltakte			
Körperverletzung	53	13	23
Sachbeschädigung	76	71	125
Sonstige	159 **)	78 **)	390
	288	162	538
III. Androhungen von			
Mord und Entführungen	15	38	8
Sprengstoff- und Brandanschlägen	158	206	79
Sonstigen Gewaltakten	15	40	17
	188	284	104
Insgesamt	555	563	690

*) Drei Mordanschläge wurden 1970 statistisch nicht gesondert ausgewiesen; sie sind in der Rubrik Körperverletzung und sonstige Gewaltakte enthalten.

**) Darunter bewaffnete Raubüberfälle 1970: 4; 1971: 8

Die Spionageabwehr 1971

1. Allgemeine Entwicklung

Auch im Jahre 1971 setzten die Nachrichtendienste der kommunistischen Staaten ihre geheimdienstlichen Operationen gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland unvermindert fort. Die Ausspähung gegen die Bundesrepublik Deutschland ging dabei nach wie vor überwiegend von den Nachrichtendiensten der DDR aus.

In allen kommunistischen Staaten gehört die politische, militärische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Ausspähung nichtkommunistischer Länder durch Geheimdienste weiter zu den vorrangigen Aufgaben. Die gleichbleibenden Anstrengungen der Dienste dieser Staaten kennzeichnen die Bedeutung, die sie der geheimen Nachrichtenbeschaffung weiterhin beimessen.

Diese Ausspähfähigkeit bedeutet nach wie vor eine ernstzunehmende Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik.

a) Den Spionageabwehrbehörden wurde im Jahre 1971 im Verhältnis zum Vorjahr eine um rund 22% höhere Anzahl von Personen bekannt, die von kommunistischen Nachrichtendiensten zur Spionagetätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland aufgefordert worden waren. Vor allem auf brieflichem Wege wurde in deutlich zunehmendem Maße versucht, Agenten anzuwerben.

Nicht zuletzt aufgrund der vorbeugenden Aufklärungstätigkeit der Sicherheitsbehörden ist jedoch auch die Zahl der bekanntgewordenen Fälle, in denen die Bemühungen gegnerischer Nachrichtendienste um Anwerbung von Agenten gescheitert sind, im Jahre 1971 erkennbar gestiegen.

Im Jahre 1971 haben 45% aller Personen, die erkanntermaßen von kommunistischen Spionagediensten zur Mitarbeit angeworben werden sollten oder auch für sie gearbeitet haben, sich sofort oder später den Sicher-

heitsbehörden freiwillig offenbart. Das bedeutet zwar einen Rückgang gegenüber dem Jahr 1970, in dem sich 57% aller Angesprochenen den Sicherheitsbehörden selbst gestellt hatten. Dieser Rückgang hängt aber mit dem Erfolg der Abwehrbehörden zusammen, bestimmte Massenanhaltungsaktionen eines DDR-Nachrichtendienstes bereits in den Anfängen erkannt und ihren Erfolg rechtzeitig und nachhaltig vereitelt zu haben. Infolgedessen fielen gerade bei den brieflich Angesprochenen weniger Erkenntnisfälle aufgrund von Offenbarungen an. Der prozentuale Rückgang der sogenannten „Selbstgestellter“ spricht deshalb nicht für ein Nachlassen der Bereitschaft zur Offenbarung nachrichtendienstlicher Kontakte. Vielmehr liegen Anzeichen dafür vor, daß die Wachsamkeit gegenüber gegnerischen Werbungsversuchen und die Entschlossenheit, entsprechende Angebote von vornherein abzulehnen, insgesamt gesehen zunehmen. Hierzu haben nicht unwesentlich die Aufrufe des Bundesinnenministers beigetragen, mit denen er Personen, die sich in nachrichtendienstliche Beziehungen hatten verstricken lassen, auf die Möglichkeit hinwies, bei freiwilliger Aufdeckung ihrer Tätigkeit Strafmilderung oder sogar Straferlaß zu erhalten. Von den „Selbstgestellern“ hatten 84% von vornherein eine Mitarbeit abgelehnt oder waren trotz einer entsprechenden Verpflichtung nicht tätig geworden; die restlichen Personen hatten vor ihrer freiwilligen Offenbarung Aufträge ausgeführt.

b) Die Zahl der erkannten Spionageaufträge ist seit einigen Jahren im wesentlichen konstant. Im Jahre 1971 ist sie geringfügig zurückgegangen. In der sachlichen Zielrichtung hat sich das Schwergewicht der gegnerischen Aufträge noch mehr auf den militärischen

Bereich verlagert. Die Auswertung der bei der Spionagebekämpfung gewonnenen Erkenntnisse ergibt, daß besonders die Nachrichtendienste der DDR noch qualifizierteres Personal als bisher eingesetzt und die technische Ausrüstung verbessert haben. Das Kräfteverhältnis zwischen den Spionagediensten der kommunistischen Staaten und

der Spionageabwehr der Bundesrepublik Deutschland ist immer noch ungleich. In enger Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden mit dem Militärischen Abschirmdienst konnten jedoch bisher die gegnerischen Aktivitäten nachhaltig gestört und viele Aktionen östlicher Geheimdienste aufgeklärt werden.

2. Art und Umfang des gegnerischen Agenteneinsatzes, Werbungsverfahren

Seit Jahren gehen rund 80% der gesamten nachrichtendienstlichen Aktivität der östlichen Staaten gegen die Bundesrepublik von Nachrichtendiensten der DDR aus. Sie nutzen dabei die besonderen politischen und geographischen Verhältnisse im geteilten Deutschland aus, die ihnen günstige Voraussetzungen für die Rekrutierung, die verhältnismäßig gefahrlose Führung und eine zentrale Steuerung ihrer Agenten bieten.

Der überaus umfangreiche und auf westlicher Seite freizügige Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und dem gesamten Ostblock ermöglicht es aber auch den Nachrichtendiensten der anderen kommunistischen Staaten, Agententreffen im eigenen Land oder im befreundeten Ausland abzuwickeln und dadurch das Risiko der Agenten zu verringern. Die sowjetischen Nachrichtendienste KGB (zivil) und GRU (militärisch) unterhalten zu diesem Zweck in Berlin-Karlshorst „Außenstellen“, die in ihrer Struktur den Moskauer Zentralen entsprechen. Von Karlshorst aus lenken sie überwiegend die Spionage gegen die Bundesrepublik und zum Teil auch gegen das westeuropäische Ausland.

Für die geheimdienstliche Ausspähung der Bundesrepublik setzen die östlichen Nachrichtendienste nach wie vor überwiegend Einzelagenten ein.

Die Nachrichtendienste der DDR und die sowjetischen Dienste verwenden als Agenten vornehmlich Personen aus der Bundesrepublik Deutschland und dem westlichen Ausland. Die Nachrichtendienste der übrigen Länder des Sowjetblocks suchen ihre Agen-

ten sowohl unter Bewohnern der Bundesrepublik als auch unter Personen aus dem eigenen Machtbereich (Beispiel: Aussiedler, Besuchsreisende in die Bundesrepublik Deutschland).

Neben dem Einsatz von Einzelagenten verzichten die östlichen Geheimdienste aber auch nicht auf das Führungsmittel sogenannter „legaler Residenturen“ (vgl. 3).

Die Methoden dieser Nachrichtendienste sind im wesentlichen unverändert geblieben. Nach wie vor werden die meisten angesprochenen Personen bei Aufenthalten im kommunistischen Machtbereich, sei es bei Verwandtenbesuchen, bei beruflichen Aufenthalten, Messebesuchen, Urlaubsreisen, bei Besuchen Ost-Berlins oder auch auf den Verbindungswegen von und nach Berlin, zur Mitarbeit aufgefordert. Das Versprechen von finanziellen oder persönlichen Vorteilen, die nachrichtendienstliche Ansprache unter einem unverfänglichen Vorwand oder unter Täuschung („falsche Flagge“), die Benutzung von Druckmitteln, aber auch die Ausnutzung ideologischer Motive gehören zum Katalog jener Mittel, die diese Nachrichtendienste bei ihren Anwerbungsbemühungen seit jeher anwenden.

Die östlichen Geheimdienste setzten auch 1971 viele Instrukteure und Kuriere ein, die aus dem eigenen Machtbereich unter falscher Identität und mit gefälschten Dokumenten in das Bundesgebiet entsandt wurden. Auf Instrukteure greifen die gegnerischen Dienste insbesondere dann zurück, wenn häufige Reisen des im Bundesgebiet tätigen

Agenten in den kommunistischen Machtbereich die Aufmerksamkeit westlicher Abwehrendienststellen erregen oder die Benutzung anderer Führungs- und Verbindungswege eine Sicherheitsgefährdung, insbesondere für den wertvollen Agenten mit guten Zugangsmöglichkeiten, darstellen könnten. Besonders bei den DDR-Nachrichtendiensten ist – wie bereits erwähnt – eine zunehmende Qualifizierung der als Instruktoren eingesetzten Agenten zu beobachten. Geeignete Personen werden nach ihrer politischen Zuverlässigkeit und ihrem persönlichen und beruflichen Herkommen – zumeist akademische Ausbildung – ausgewählt und angeworben. Aber auch Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit – die unerläßliche Voraussetzung vor allem für das berufliche Fortkommen ist – waren mitunter Anlaß zu der Aufforderung, sich durch Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit „gesellschaftlich

zu bewähren“ und Linientreue zu beweisen. Vor dem „Westeinsatz“ werden die Instruktoren sorgfältig in der Benutzung falscher Personalpapiere, in der Anwendung von Legenden und im Gebrauch von nachrichtendienstlichen Hilfsmitteln geschult. Besonders werden sie wie auch die anderen, nicht als Instruktoren eingesetzten Agenten über das Verhalten im Falle der Festnahme und vor Gericht belehrt und eingehend über die Möglichkeiten und die Praxis des Austausches aufgeklärt. Demgemäß verweigern besonders Agenten mit langjährigen nachrichtendienstlichen Erfahrungen nach der Festnahme oft die Aussage in der Hoffnung auf einen baldigen Austausch. Weisungsgemäß machen sie nur insoweit Angaben, als ihnen unwiderlegbare Beweise vorgehalten werden können oder eine beschränkte Aussagebereitschaft geeignet erscheint, ihre strafprozessuale Situation zu verbessern.

3. Legale Residenturen in der Bundesrepublik Deutschland

Im Herbst 1971 hat die Bekanntgabe nachrichtendienstlicher Aktivitäten sowjetischer Diplomaten im westlichen Ausland Aufsehen erregt. Im September 1971 hatte der Mitarbeiter der sowjetischen Handelsvertretung in London, der Angehörige des Komitees für Staatssicherheit (KGB) Oleg L., in Großbritannien um politisches Asyl nachgesucht. Wenig später war auch der mittlerweile wieder in die Sowjetunion zurückgekehrte, als Angehöriger der Sowjetischen Handelsvertretung in Brüssel getarnte Offizier der Hauptverwaltung für Aufklärung (GRU), Anatoli T., in den Westen übergetreten. Erneut sind dadurch die klassischen Methoden östlicher Nachrichtendienste, ihre diplomatischen Vertretungen und andere legale Niederlassungen als getarnte Stützpunkte für die Spionage (sogenannte legale Residenturen) gegen das Gastland zu nutzen, der Öffentlichkeit sichtbar geworden. Auch für die Bundesrepublik stellt die Anwesenheit und Tätigkeit offizieller und offiziöser Vertretungen der kommunistischen Staaten mit

diesen „legalen Residenturen“ ein Sicherheitsproblem dar.

In der Bundesrepublik ist die Unterhaltung legaler Residenturen der östlichen Nachrichtendienste – im Unterschied zu anderen westlichen Ländern – nur eines der bewährten Mittel der Spionage. Die Bedeutung solcher Stützpunkte dürfte allerdings hier wegen des Vorhandenseins anderer, besserer und weniger auffälliger Arbeitsmöglichkeiten geringer sein (vgl. 2). Gleichwohl spielen auch in der Bundesrepublik legale Residenturen in der nachrichtendienstlichen Gesamtaktivität des Ostens eine wichtige Rolle. Neben geheimer Führung von Agenten und Unterstützung der zentral gesteuerten „illegalen“ Agenten oder Agentengruppen stehen die „Abschöpfung“ von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit nachrichtendienstlich interessanten Zugängen und die Versuche, auf Handlungsweise und Entscheidungen solcher Personen Einfluß zu nehmen, im Vordergrund. In jüngerer Zeit verstärkten die Angehörigen legaler Residen-

turen ihre Bemühungen um Kontakte zu Personen in Behörden, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung und in den politischen Parteien. Der nachrichtendienstliche Zweck dieser Abschöpfungs- und Einflußarbeit wird den Gesprächspartnern nur selten bewußt.

Die Beobachtung der Aktivität und die Gewinnung von Hinweisen für die Spionagebekämpfung werden durch die oft zu beobachtende Arglosigkeit beim Umgang mit Angehörigen östlicher Vertretungen und die allgemeine Zurückhaltung gegenüber der Tätigkeit der Abwehrbehörden wesentlich erschwert.

Insgesamt sind in der Bundesrepublik Deutschland bei den diplomatischen und konsularischen Vertretungen, Handelsvertretungen, Einrichtungen der See- und Binnenschifffahrt, den staatlichen Fluggesellschaften, Touristikunternehmen, Reisebüros und Presseagenturen osteuropäischer Staaten 577 Personen beschäftigt, die aus den Entsendungsstaaten stammen. Die Sowjetunion ist dabei mit 177 Mitarbeitern am stärksten vertreten. 74 tschechoslowakische, 66 rumänische, 56 ungarische, 37 polnische und 46 bulgarische Staatsangehörige arbeiten bei

den Handelsvertretungen und anderen Einrichtungen dieser Länder. In der Botschaft und den konsularischen Vertretungen Jugoslawiens sind 121 jugoslawische Staatsangehörige tätig.

Unter diesen Personen ist der Anteil der Mitarbeiter, bei denen der Verdacht besteht, daß sie einem östlichen Nachrichtendienst angehören, sehr verschieden. Er schwankt zwischen 11 % und 30 %; in einem Fall beträgt er sogar 46 % des ausländischen Personals. Nur ein Teil dieser Mitarbeiter ist verdächtig, Spionage gegen die Bundesrepublik zu betreiben.

Die Spionageabwehrbehörden gehen den Anhaltspunkten für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit dieser Personen mit der höchstmöglichen Sorgfalt und Intensität nach. Seit 1958 gelang es, insgesamt 36 Personen, darunter 24 sowjetische Staatsbürger, als Angehörige östlicher Nachrichtendienste zu enttarnen. Einige mußten auf Veranlassung deutscher Stellen die Bundesrepublik verlassen. Andere kamen durch vorzeitige Abreise in ihre Heimat entsprechenden Maßnahmen zuvor.

4. Wissenschaftlich-technische Spionage

Die wissenschaftlich-technische Spionage der östlichen Staaten dient der Förderung der volkseigenen, staatlich gelenkten Wirtschaft. Die allgemein im Rahmen von „Fünfjahresplänen“ an die Wissenschaft und Forschung gerichteten Anforderungen der verschiedenen staatlichen Bereiche werden von eigens eingerichteten Institutionen koordiniert, deren Personal sich aus Wissenschaftlern und aus Angehörigen der Nachrichtendienste zusammensetzt. Diese gemischten Stellen prüfen zunächst, ob und inwieweit wissenschaftlich-technische Bedürfnisse von der eigenen Volkswirtschaft, d. h. aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln befriedigt werden können. Hierzu gehört auch die Beschaffung von Lizenzen, wissenschaftlichen Dokumentationen und Erzeugnissen im Aus-

land. Gibt es eine solche legale Möglichkeit nicht, so wird der zuständige Nachrichtendienst mit der geheimen Beschaffung betraut. Die in diesen Institutionen eingesetzten Nachrichtenoffiziere sind in den wenigsten Fällen Fachleute. Sie trachten, im eigenen Land unter Wissenschaftlern und Technikern geeignete Mitarbeiter zu gewinnen, die oft schon während des Studiums gefördert und später in geeignete Positionen gebracht werden, so daß sie sich dem Staat besonders verpflichtet fühlen. Sie wissen zumindest anfangs meist nicht, daß ihr Auftraggeber einem Nachrichtendienst angehört. Noch zu Beginn ihrer Tätigkeit bleibt ihnen oft der nachrichtendienstliche Charakter ihrer Einsätze im westlichen Ausland verborgen. Erst nach längerer Zusammenarbeit und Bewährung

wird der eigentliche Charakter der Verbindung offengelegt; der Mitarbeiter wird „kooptiert“ oder hauptamtlich übernommen.

Ein zweiter Weg, zu wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen aus dem westlichen Ausland zu kommen, führt über die Anwerbung westlicher Staatsbürger. Geschäftsleute, Techniker und Monteure werden durch Vertreter der legalen Residenturen bereits in ihrem Heimatland ausgesucht und abgeklärt. Der Versuch nachrichtendienstlicher Verstrickung wird dann nach einer Einladung ins östliche Gastland unternommen. Der Gebrauch von Druckmitteln spielt dabei nach wie vor eine wesentliche Rolle.

In der Sowjetunion ist das „Staatskomitee für Wissenschaft und Technik“ (GKNT) mit der Beschaffung und Auswertung moderner wissenschaftlicher und technischer Informa-

tionen befaßt. Es untersteht dem Ministerrat der UdSSR und dem ZK der KPdSU und wertet alle verfügbaren offenen (Publikationen) und halboffenen Quellen (z. B. Tagungs- und Kongreßberichte) aus dem Westen aus. Es bedient sich auch geheimer Beschaffungsmöglichkeiten.

In der CSSR ist für dieses Arbeitsgebiet das „Amt für wissenschaftliche und technische Forschung“ zuständig.

Die DDR unterhält zu dem gleichen Zweck eine Arbeitsgruppe beim MfS. Sie wertet geheim und offen beschaffte Informationen aus, übermitteln die gewonnenen Erkenntnisse an die DDR-Industrie, stellt den Bedarf der eigenen Industrie an wissenschaftlichen und technischen Erkenntnissen fest und koordiniert diese Bedürfnisse mit der operativen Beschaffung.

5. Aussiedler als Ziel nachrichtendienstlicher Werbung

Seit eh und je nützen die Nachrichtendienste aller östlichen Staaten Aussiedlungsbemühungen für die Anwerbung und Einschleusung von Agenten in die Bundesrepublik. Das gilt besonders für die polnischen, tschechoslowakischen, rumänischen und ungarischen Nachrichtendienste.

Die Aussiedler versuchen in der Regel, ihre Beziehungen zur früheren Heimat aufrechtzuerhalten. Diese Absicht bietet Ansatzpunkte für den Versuch, sie als Agenten zu gewinnen und zu führen. Die gegnerischen Nachrichtendienste greifen daher immer wieder auf das Reservoir der Aussiedler zurück. Werbemittel sind etwa die Zusage der Beschleunigung der Ausreiseformalitäten, die Genehmigung der Mitnahme von Vermögenswerten oder von späteren Besuchsreisen, aber auch die Androhung von Repressalien gegenüber zurückbleibenden Familienangehörigen.

Die Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau durch die Bundesregierung veranlaßte viele Menschen, die Bemühungen um ihre Umsiedlung wieder zu verstärken. Damit ist auch die Zahl von Personen ge-

wachsen, die vor der erhofften Aussiedlung von gegnerischen Nachrichtendiensten zur Mitarbeit aufgefordert wurden.

Beispiele:

1. Ein junger Handwerker aus Schlesien hatte sich bereits seit Ende der 50er Jahre wiederholt vergeblich um eine Ausreise in die Bundesrepublik bemüht. Anfang 1971 wurde er zur Miliz vorgeladen und einem Angehörigen des Nachrichtendienstes zugeführt. Dieser erklärte ihm zunächst, seine wiederholten Einsprüche gegen die Ablehnungsbescheide kämen einem staatsabträglichen Verhalten gleich. So könne er nie mit einer Ausreisegenehmigung rechnen. Nach einer Verpflichtung, mit niemandem über diese Unterhaltung zu reden, wurde er wenige Tage später zu einem weiteren Gespräch bestellt. Derselbe Angehörige des Nachrichtendienstes forderte ihn nunmehr unverblümt zur Mitarbeit für den polnischen Nachrichtendienst auf. Als Gegenleistung stellte er ihm die gewünschte Aussiedlung und die Erlaubnis in Aussicht, alljährlich Angehörige

und Freunde in Polen besuchen zu dürfen. Der Handwerker verpflichtete sich schriftlich, Informationen zu beschaffen und zu liefern. Kurz darauf erhielt er die Ausreisedokumente, aber auch Spionageaufträge, für deren Erledigung geheime Verbindungswege festgelegt wurden.

2. Eine junge Angestellte aus einem schlesischen Ort hatte ebenfalls mehrmals vergeblich versucht, die Ausreisegenehmigung zu erhalten. Nach ihrem letzten Antrag Ende 1970 wurde auch sie zur Miliz vorgeladen, von einem Nachrichtenmann empfangen und mit Kaffee, Cognac und Zigaretten bewirtet. Nach „aufgelockertem“ Gespräch stellte ihr der Nachrichtenoffizier die Ausreise in Aussicht, wenn sie sich zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit verpflichte. Als Aufträge seien vorgesehen: Eintritt in einen Vertriebenenverband und Lieferung von Informationen aus diesem Bereich, Brückenbauvorhaben in der Bundesrepublik, Erkundung von Militärtransporten. Die Frau verzögerte die Mitarbeit mit der Begründung, sie eigne sich nicht zur Spionage. Um ihre Ausreise nicht zu gefährden, fügte sie sich später dennoch

und unterschrieb eine Verpflichtungserklärung. Sie lebt jetzt in der Bundesrepublik.

3. Ein Handwerker aus Litauen hatte sich bereits seit mehreren Jahren um eine Ausreisegenehmigung in die Bundesrepublik bemüht. Im Dezember 1970 wurde er schriftlich zur KGB-Dienststelle vorgeladen und ausführlich zu seinem Ausreisantrag gehört.

Bei weiteren Vorladungen im Januar 1971 mußte er seine persönlichen Verhältnisse eingehend schildern und eine Liste über seinen Verwandten- und Bekanntenkreis, verbunden mit einer Charakteristik der einzelnen Personen, fertigen.

Beim letzten Gespräch eröffnete ihm ein KGB-Angehöriger, er solle als Agent eingesetzt werden. Als Gegenleistung für seine Mitarbeit werde man ihm zur Ausreise verhelfen. Ihm wurde angedeutet, daß er auf verschiedene, der UdSSR nicht genehme Personengruppen angesetzt werden solle.

Bei weiteren Treffen mit KGB-Angehörigen ist es in diesem Fall nicht zu einer schriftlichen Arbeitsverpflichtung gekommen. Dennoch wurde die Ausreisegenehmigung erteilt.

6. Einzelne Spionagefälle

Übertritt eines MfS-Angehörigen in den Westen

Am 15. 1. 1971 flüchtete ein 30 Jahre alter Unterleutnant der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS in die Bundesrepublik. Als Absolvent eines Ingenieur-Fernstudiums an der Akademie in Plauen hatte er 1964 den ersten Kontakt zum MfS gehabt und sich im Frühjahr 1965 schriftlich zur Mitarbeit verpflichtet. Zunächst hatte er in der DDR Personen abklären und Stimmungsberichte liefern müssen. Er wurde dann auf Einsätze in der Bundesrepublik vorbereitet und in nachrichtendienstlichem Verhalten geschult. Im Auftrage des MfS führte er mit gefälschten Personalpapieren etwa zehn Kurierreisen in die Bundesrepublik durch, hauptsächlich, um

Geld an Agenten zu überbringen. Mitte 1969 wurde er hauptamtlich in den aktiven Dienst des MfS übernommen und nach einer Spezialausbildung von Juli 1970 bis zu seinem Übertritt bei der „Arbeitsgruppe Grenze“ eingesetzt. Zu seinen Aufgaben gehörte es, Personen anzuwerben, deren Anschriften als Deckadressen oder deren Wohnungen für geheime Treffen geeignet erschienen. Ferner mußte er ortskundige Führer für Grenzoperationen ausfindig machen und Personen für einen späteren Agenteneinsatz in der Bundesrepublik gewinnen. Er nahm an zahlreichen Schleusungsoperationen teil, bei denen Personen und nachrichtendienstliches Material in die Bundesrepublik oder umgekehrt geschleust wurden.

Nach dem Übertritt des Unterleutnants in die

Bundesrepublik konnten mehrere im grenznahen Raum operierende Agenten des MfS festgenommen werden:

a) Der Geschäftsführer und Gastwirt Rolf D. und seine Ehefrau waren als zwei wichtige, in der Grenzaufklärung tätige Agenten des MfS im Raume Goslar eingesetzt.

D. war 1960 nach Berlin (West) geflüchtet. Da er sich dort jedoch nicht einleben konnte, versuchte er schon bald, in die DDR zurückzukehren. Dabei fand er Kontakt zu einem MfS-Angehörigen, der ihm nach einer „Bewährung im Westen“ die unbehelligte Rückkehr in die DDR in Aussicht stellte. D. erklärte sich bereit und führte später auch seine Ehefrau dem MfS zu. Beide wurden unter Decknamen zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit verpflichtet. Der als Terminsachbearbeiter bei einer Firma in Berlin-Tempelhof beschäftigte D. charakterisierte zunächst bei regelmäßigen Treffen mit seinen Führungskleuten in Ost-Berlin Mitarbeiter und Vorgesetzte aus dem Betrieb und berichtete über die Fertigung der Firma.

1964 pachteten die Eheleute nach Absprache mit dem MfS eine Pension im Harz. Ihre Aufträge konzentrierten sich dann darauf,

Stimmungsberichte zu liefern,

Verbindung zu einflußreichen Personen herzustellen, sie abzuklären und Belastendes festzustellen,

die Überwachung und Sicherung der innerdeutschen Grenzen auf der Seite der Bundesrepublik abzuklären,

Truppenbewegungen und militärische Übungen im Bereich der innerdeutschen Grenze zu beobachten.

Das MfS bildete sie zur Nachrichtenübermittlung in der Herstellung unsichtbarer Schriften mittels Kontaktpapier sowie im einseitigen Funkverkehr aus. Neben anderen nachrichtendienstlichen Hilfsmitteln standen ihnen als Verbindungsweg mehrere Deckadressen zur Verfügung. Vierteljährlich fanden Treffen mit der Führungsstelle in Ost-Berlin und in der Bundesrepublik mit dem Instrukteur „Jonny C.“ statt. „Jonny“ überbrachte seit 1965 regelmäßig etwa dreimal jährlich Weisungen und Geld.

Nach längerer Vorbereitung und entsprechender Schulung wurden die Eheleute D. auch mit einem Dezimeter-Funkgerät für den zweiseitigen Sprechverkehr im Richtfunkverfahren ausgestattet.

1969 pachteten sie bei Bad Harzburg ein Dachcafé. Es entsprach in idealer Weise den Forderungen des MfS für die Abwicklung des Wechselsprechfunkverkehrs, da eine einwandfreie Sichtverbindung zum Brocken gegeben war. Dort war in der Wetterwarte die MfS-Gegenstelle eingerichtet. Die geheime dienstliche Tätigkeit der Eheleute D. hatte ihren Höhepunkt 1970 zur Zeit der Herbstmanöver der Warschauer-Pakt-Staaten („Waffenbrüderschaft“) erreicht. Während der Manöver hielt sich der Instrukteur „Jonny C.“ über eine Woche im Raume Goslar auf. „Jonny“ Beobachtungen auf der westlichen Seite der innerdeutschen Grenze hatte D. über Funk an die Führungsstelle zu melden.

Noch zwei Tage nach dem Übertritt des Überläufers, am 17. 1. 1971, erschien „Jonny“ bei den Eheleuten. Er warnte sie vor einer möglichen Entdeckung und gab ihnen Verhaltensmaßregeln. Weisungsgemäß vernichtete D. die Funkunterlagen und das Kontaktpapier. Das Funkgerät versteckte er.

Die Eheleute D. wurden am 18. 1. 1971 festgenommen.

b) Der Angestellte bei einer Stadtverwaltung Heinz W. hatte dem MfS seit 1960 vornehmlich Stimmungsberichte, Erkenntnisse über Manöver, militärische Anlagen und Objekte sowie Informationen über Truppenbewegungen an der innerdeutschen Grenze geliefert. In seiner Tätigkeit beim Amt für Verteidigungslasten (u. a. Bearbeitung von Manöverschäden) hatte er gute Zugangsmöglichkeiten. Er war aber auch daran beteiligt, Instruktoren und Kuriere über die innerdeutsche Grenze zu schleusen.

Die Verbindung zur Führungsstelle wurde über Treffen in Ost-Berlin, Mitteilungen in unsichtbarer Schrift über Deckadressen und im Funkverkehr gehalten. 1964 führte W. auch seinen Sohn dem MfS zu. Bis etwa 1966 setzte er die Spionagetätigkeit mit Unterstützung seines Sohnes und einer gemein-

samen Bekannten, der Rentnerin Elisabeth K., fort.

Auch W. konnte noch vom MfS gewarnt werden. In einem Telegramm wurde er in „Blumensprache“ zu einem Treffen am Hauptbahnhof in Hannover aufgefordert. Offensichtlich sollte er bei diesem Treffen gewarnt werden. Das Treffen kam jedoch nicht zustande. W. wurde noch in Hannover festgenommen.

c) Der 24 Jahre alte Bäcker Helmut A. wurde 1964 angeblich wegen versuchter „Republikflucht“ zu einer Gefängnisstrafe mit Bewährung verurteilt. Der Angehörige der MfS-Kreisdienststelle Wernigerode, Hans-Joachim M., verpflichtete ihn im Juni 1967 unter dem Decknamen „Helmut Schäfer“ zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit. Er hatte zunächst Mitstudenten einer Ingenieurschule zu bespitzeln, war jedoch von vornherein für einen Einsatz in der Bundesrepublik vorgesehen. Nach entsprechender Schulung wurde er im September 1967 bei Torfhaus (Harz) über die innerdeutsche Grenze in die Bundesrepublik geschleust. Seine ersten Aufträge betrafen die Abklärung eines DDR-Flüchtlings in Düsseldorf. Im September 1969 verzog A. weisungsgemäß in den Raum Goslar. Seine künftigen Aufträge waren vor allem auf die Klärung von Radio- und Sendestationen im Harz und aller Polizei- und Bundesgrenzschutz-Dienststellen im Raum Goslar, Braunlage und Bad Harzburg gerichtet. Mit der Führungsstelle stand A. durch Treffen in Ost-Berlin und Wernigerode in Verbindung, zu denen er jeweils bei Hohegeiß/Harz über die innerdeutsche Grenze geschleust wurde.

Instrukteurtreffen in der Bundesrepublik und Schriftwechsel unter Deckadressen vervollständigten den Verbindungsweg. Er war mit Kontaktpapier, Chemikalien zum Sichtbarmachen unsichtbarer Schriften sowie mehreren Containern (Geheimversteck in Gegenständen des täglichen Gebrauchs) ausgestattet.

Im November führte er weisungsgemäß auch seine Ehefrau dem MfS zu, die unter dem Decknamen „Werner DIETRICH“ zur

nachrichtendienstlichen Mitarbeit verpflichtet wurde.

Mitte Januar 1971 wurde A. durch den MfS-Instrukteur „LORENZ“ gewarnt, „jemand aus der DDR“ habe ein Ehepaar aus dem Harz verraten. Er vernichtete daraufhin weisungsgemäß seine nachrichtendienstlichen Hilfsmittel. „LORENZ“ ist vermutlich mit dem im Fall „D.“ aufgetretenen Instrukteur „Jonny C.“ identisch.

Bemerkenswert ist in allen Fällen die Schnelligkeit, mit der das MfS seine Agenten warnten konnte.

Nachrichtendienstlicher Einsatz eines Diplomphysikers

Nach längeren Vorermittlungen des Verfassungsschutzes wurde in Berlin (West) der 41jährige geheime Mitarbeiter der HVA des MfS, Diplomphysiker Helmut B., nach einem Treffen mit einem Agenten des MfS festgenommen.

B., der sich bei der Festnahme mit einem auf den Namen Helmut F. ausgestellten DDR-Ausweis legitimierte, verweigerte zunächst die Aussage. Erst nach Vorhalt bei ihm vorgefundener Unterlagen auf den Namen B. gab er zu, daß Helmut F. sein Deckname sei.

B. ist, nachdem er seit 1964 bereits auf Veranlassung eines Herrn „KLOSE“ an drei Fachgesprächen mit einem Physiker aus der Bundesrepublik teilgenommen hatte, etwa im zweiten Halbjahr 1966 von einem Herrn „BACH“ angesprochen worden.

„BACH“ wies sich als Angehöriger des Volkswirtschaftsrates der DDR aus und gab vor, mit der Beschaffung wirtschaftlich auswertbarer Informationen von Bürgern der Bundesrepublik betraut zu sein. B. vermutete zwar in „BACH“ einen MfS-Angehörigen, erklärte sich aber dennoch zur Mitarbeit bereit.

In der ersten Phase der geheimdienstlichen Tätigkeit hatte er lediglich mit Bundesbürgern, die bereits mit dem MfS in Kontakt standen, Testgespräche zu führen, um festzustellen, ob diese für eine Lieferung interessanter Informationen geeignet erschienen.

So will er u. a. mit zwei Ingenieuren, einem technischen Zeichner und einem Mann, der eine Erfindung verkaufen wollte, Gespräche geführt haben, um zu prüfen, ob das MfS auf diese Weise wirtschaftlich auswertbare Informationen wissenschaftlicher oder technischer Art erlangen könne. Außerdem wurde er für Kurierfahrten nach Berlin (West) eingesetzt. B. konnte weiter nachgewiesen werden, daß er in zwei Fällen versucht hat, Wissenschaftler aus der Bundesrepublik für eine geheimdienstliche Tätigkeit anzuwerben. Im Frühjahr 1968 wurde er mit Führungsaufgaben betraut. Er übernahm von „BACH“ die Führung eines seit Oktober 1967 für das MfS tätigen Elektro-Ingenieurs. Im Dezember 1969 sorgte er für die Übersiedlung der Verlobten dieses Agenten in die Bundesrepublik. Offenbar plante das MfS, sie künftig ebenfalls als Agentin einzusetzen.

Interesse des MfS an der Luftfahrt im westlichen Ausland

In Düsseldorf wurde der in der Fachwelt bekannte 59jährige Luftfahrtjournalist Heinz Sch. aus Ost-Berlin wegen geheimdienstlicher Tätigkeit festgenommen. Sch., der im Begriff war, zur Internationalen Luftfahrtschau nach Paris zu fliegen, ist Herausgeber der DDR-Fachzeitschrift „Flieger-Jahrbuch“ und Verfasser mehrerer Bücher über Luftfahrt, die auch von Verlagen in der Bundesrepublik vertrieben werden.

Sch. hatte im März 1971 versucht, einen bei der US-Zeitschrift „Air-Force-Magazine“ tätigen Redakteur für eine nachrichtendienstliche Mitarbeit anzuwerben. Der Redakteur sollte u. a. US-Air-Force-Dienstvorschriften, Telefonbücher, Organisationspläne und den Evakuierungsplan des US-Hauptquartiers der Luftwaffe in Wiesbaden beschaffen.

Sch., der in Ausübung seines Berufes regelmäßig in die Bundesrepublik und in das westliche Ausland reiste und vielfältige fachliche und berufliche Kontakte unterhielt, hatte den Redakteur bereits 1964 anlässlich der Luftfahrtschau in Hannover kennengelernt. Beide hatten sich in der Folgezeit bei ähnlichen

Veranstaltungen, u. a. in Farnborough und Paris, getroffen. Es hatte sich, auch bei späteren Besuchen von Sch. in Wiesbaden, ein reger Erkenntnis- und Erfahrungsaustausch entwickelt. Obwohl Sch. bestreitet, bereits zu diesem Zeitpunkt für das MfS tätig gewesen zu sein, besteht der Verdacht, daß er schon damals seine fachlichen Kontakte zur nachrichtendienstlichen Abschöpfung benutzte. Bei einer solchen Gelegenheit äußerte Sch. gegenüber Fachkollegen u. a., er habe den Auftrag, einen Piloten ausfindig zu machen, der bereit sei, gegen eine Prämie von 6 Millionen DM – zahlbar in jeder beliebigen Währung – eine „Phantom“ in die DDR zu fliegen. Die Äußerung will Sch. im Scherz getan haben.

Nach seiner eigenen Darstellung kam er erst im März 1971 anlässlich der beabsichtigten Reise zur Luftfahrtschau von Paris mit dem MfS in Kontakt. Das MfS habe ihn mit seiner früheren Zugehörigkeit zur NSDAP unter Druck gesetzt. Als Gegenleistung für besondere Vorteile, die er im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit in der DDR genieße, habe man von ihm die Bereitschaft zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit gefordert. Angesichts der drohenden Gefährdung seiner beruflichen Möglichkeiten habe er sich daraufhin verpflichtet.

Sch. bestreitet nach seiner Festnahme jede nachrichtendienstliche Betätigung. Er war zunächst nicht bereit, seine Auftraggeber zu nennen. Erst nach und nach konnte er zu einigen Aussagen über seine Tätigkeit für das MfS veranlaßt werden. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen sind seine bisherigen Angaben lediglich als Teilgeständnis zu werten. Umfang und Dauer seiner Spionagetätigkeit dürften schwerwiegender sein als bisher von ihm zugegeben.

Nachrichtendienstliche Ansprache unter der Legende eines „UNO-Mitarbeiters“

Nach Vorermittlungen einer Landesbehörde für Verfassungsschutz wurde der 31jährige Maschinenbau-Ingenieur Horst R. festgenommen.

R. hat im April 1971 versucht, einen Diplom-Kaufmann, Prokurist einer Firma für Luftbildaufnahmen in Köln, nachrichtendienstlich anzubahnen.

Der Diplom-Kaufmann, der weder private noch geschäftliche Kontakte zur DDR unterhielt, hatte im März 1971 im „Kölner Stadt-Anzeiger“ Annoncen mit dem Text: „Diplom-Kaufmann, englische und französische Korrespondentenprüfung, Schwerpunkt Organisation, sucht sich zu verändern“, aufgegeben. Am 20. 4. 1971 suchte R. die Wohnung des Kaufmanns auf, stellte sich der Ehefrau unter dem Namen „REICHENSTEIN“ vor und bat unter der Vorspiegelung, Mitarbeiter eines UNO-Instituts zu sein, um ein Gespräch mit dem Prokuristen. Da dieser nicht anwesend war, kam ein Treffen erst am nächsten Tage in einem Café in Köln zustande.

„REICHENSTEIN“ erklärte, Vertreter eines Wirtschaftsinstituts der UNO zu sein und gab vor, es bestehe Interesse an jungen Wissenschaftlern, die auf Grund ihrer Befähigung und Erfahrungen in der Lage seien, wissenschaftliche Analysen zu erstellen. Diese Analysen sollten angeblich dem Ziel dienen, Berührungspunkte für eine Annäherung zwischen den einzelnen Staaten und Blöcken auf wirtschaftlichem Gebiet zu erkennen.

„REICHENSTEIN“ schlug dem Diplom-Kaufmann vor, für ihn methodische Analysen über wirtschaftliche Probleme der Bundesrepublik Deutschland zu erarbeiten. Er zeigte sich insbesondere an Ausarbeitungen über Schwerindustrie, Rüstungsprobleme und Fragen internationaler Arbeitsteilung im Transportwesen interessiert. Für jede Analyse bot er ein Honorar von 500,— DM, zusätzlich eventuell anfallender Spesen.

Bei einem Treffen am 5. 5. 1971 in Köln erklärte „REICHENSTEIN“ dem Diplom-Kaufmann, daß aus den erwähnten Interessengebieten für ihn das Thema

„Internationale Arbeitsteilung
mit Schwerpunkt Transportwesen“

ausgewählt worden sei. Er übergab in einem Umschlag 300,— DM als „Vorschuß der UNO“ auf die zu erwartenden Ausarbeitungen. Fragen des Diplom-Kaufmanns nach Sitz der

Organisation, Arbeitsvertrag, UNO-Ausweis und sonstigen Unterlagen beantwortete „REICHENSTEIN“ ausweichend. Er stellte jedoch die Aushändigung eines Ausweispapieres der UNO zu einem späteren Zeitpunkt in Aussicht.

Vereinbarungsgemäß trafen sich „REICHENSTEIN“ und der Diplom-Kaufmann am 26. 5. 1971 erneut in Köln.

Während des Treffens gab R. dem Kaufmann die Anschrift

REICHENSTEIN,
CH 1200 Genf, Poste Restante,

als Verbindungsweg für besondere Fälle. Er forderte ihn auf, ihm eine Aufstellung über die Umsatzexpansion eines oder mehrerer Konzerne für den Zeitraum von 1967 bis 1970 zu fertigen und Luftaufnahmen der betreffenden Unternehmen zu beschaffen.

Nach dem Treffen wurde „REICHENSTEIN“ festgenommen. Er war im Besitz eines DDR-Reisepasses, ausgestellt für Horst R., Maschinenbauingenieur.

In seinem Hotelzimmer wurde in einer als Container umgearbeiteten Lederbriefmappe ein total gefälschter „behelfsmäßiger Personalausweis“, ausgestellt auf den Namen „Horst REICHENSTEIN“, aufgefunden.

R. hat im Zuge der polizeilichen Vernehmungen über seine nachrichtendienstliche Tätigkeit keine Angaben gemacht. Er behauptete, Mitarbeiter der „Vereinigung volkseigener Betriebe“ in Ost-Berlin zu sein und wirtschaftliche Gespräche in der Bundesrepublik zu führen.

Spionagetätigkeit eines Angehörigen einer osteuropäischen Handelsvertretung

Nach Vorermittlungen des Verfassungsschutzes wurde am 7. 10. 1971 ein Angehöriger einer Handelsvertretung eines osteuropäischen Staates bei einem Treffen mit einem von ihm geführten Agenten in Frankfurt/Main durch Beamte der Sicherungsgruppe festgenommen. Er hatte den Agenten, der 1965 in die Bundesrepublik geflüchtet war, im März 1970 angesprochen und ihm bei insgesamt 15 Treffen folgende Aufträge erteilt:

Beschaffung von Forschungsergebnissen auf dem Elektronik-Sektor;
Schreiben von Personen-Charakteristiken;
Beschaffung von deutschen Reisepässen und Blanko-Kfz-Briefen;
Heirat einer bei einem Bundesamt beschäftigten Verwaltungsangestellten zum Zwecke der nachrichtendienstlichen Mitarbeit;
Ermittlung eines ehemaligen Offiziers eines östlichen Nachrichtendienstes, der vor einiger Zeit in die Bundesrepublik flüchtete und angeblich „liquidiert“ werden sollte.

Besonderes Interesse hatte der östliche Nachrichtendienst an der Verwaltungsangestellten. Für den Fall einer Heirat des Agenten mit ihr hatte er ihm 100 000,- DM in Aussicht gestellt.

Der Angehörige der Handelsvertretung hat am 17. 10. 1971 auf Verlangen der Bundesregierung die Bundesrepublik verlassen. Seine Ehefrau lehnte eine Rückkehr in ihre Heimat ab.

7. Verurteilungen wegen Spionagetätigkeit

Im Jahre 1971 wurden in der Bundesrepublik 47 Personen wegen Landesverrats, geheimdienstlicher Tätigkeit oder sicherheitsgefährdenden Nachrichtendienstes verurteilt (1970 waren es 39, 1969 33 Personen).

Verurteilt wurden

15 Personen durch das Bayerische Oberste Landesgericht

8 Personen durch das Kammergericht Berlin

8 Personen durch das Oberlandesgericht Frankfurt/Main

4 Personen durch das Oberlandesgericht Celle

3 Personen durch das Oberlandesgericht Düsseldorf

3 Personen durch das Oberlandesgericht Stuttgart

3 Personen durch das Landgericht Flensburg

1 Person durch das Landgericht Dortmund

1 Person durch das Landgericht Lüneburg

1 Person durch das Landgericht Nürnberg.

Von den Verurteilten hatten 42 Personen Beziehungen zu einem DDR-Nachrichtendienst, drei zu einem tschechoslowakischen und zwei zu einem sowjetischen Nachrichtendienst.

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern 1971

I. Allgemeine Erfahrungen

Im Jahre 1971 erreichte die Zahl der im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) gemeldeten ausländischen Arbeitskräfte mit 2,24 Millionen ihren bisher höchsten Stand (vgl. Tafel S. 109).

Nach den Erkenntnissen der Ämter für Verfassungsschutz werden die Gastarbeiter zunehmend von ausländischen Extremisten mit dem Ziel umworben, eine Massenbasis für politisch radikale Aktivitäten in und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen. Das Schwergewicht dieser Bemühungen liegt z. Z. bei Infiltrationsversuchen auf der Grundlage einer breit angelegten Propaganda. Zahlreiche zumeist fremdsprachige Druckerzeugnisse nehmen die sozialen Probleme der ausländischen Arbeiter und den politischen Konfliktstoff in ihren Heimatstaaten zum Ausgangspunkt einer oft hemmungslosen Polemik, die in Revolutions- und Klassenkampfpaparen gipfelt und Gewalt und Terror im politischen Kampf glorifiziert. Daneben werden ausländische Arbeitskräfte relativ oft zu Spenden und sonstigen Hilfeleistungen an konspirativ arbeitende Extremistengruppen genötigt oder wegen ihrer abweichenden Überzeugungen belästigt und bedroht. Dennoch haben radikale Tendenzen unter den Gastarbeitern bisher nur in geringem Umfang Fuß gefaßt. Die weitaus überwiegende Mehrzahl verhält sich politisch neutral, zurückhaltend oder gemäßigt.

Nach wie vor gehen die sicherheitsgefährdenden Bestrebungen unter den im Bundes-

gebiet lebenden Ausländern in erster Linie von politischen Flüchtlingen und Emigranten, sozialrevolutionär eingestellten Studenten sowie von Aktivisten ausländischer Oppositionsgruppen aus, die mit Aufträgen ihrer Organisationen in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust worden sind. Angesichts der Zielstrebigkeit, mit der diese Kreise auf deutschem Boden operieren, ist jedoch zu befürchten, daß sich die Bereitschaft der Gastarbeiter zu politisch extremen Aktionen künftig verstärken wird, sofern es nicht gelingt, dieser drohenden Entwicklung rechtzeitig Einhalt zu gebieten.

Ein weiterer Schwerpunkt politisch radikaler Aktivität liegt im akademischen Bereich. Unter den rund 27 000 Ausländern, die z. Z. an deutschen Hochschulen und Universitäten studieren, gewannen sozialrevolutionäre Ideen des orthodoxen Kommunismus und der „Neuen Linken“ eine relativ starke Anhängerschaft. Besonders Studenten aus den politischen und sozialen Krisengebieten des Mittelmeerraumes, aus Entwicklungsländern und autoritär regierten Staaten sind von dieser revolutionären Unruhe erfaßt. Sie haben an nahezu allen deutschen Hochschulen Stützpunkte errichtet, neben denen vielfach keine weiteren studentischen Zusammenschlüsse gleicher Nationalität bestehen. In ihrer politischen Arbeit werden sie von ideologisch verwandten deutschen Gruppierungen unterstützt.

II. Statistische Daten zur Entwicklung der ausländischen Extremistengruppen

a) Organisationen

Die Zahl der Ausländervereinigungen, die nach ihren Zielen oder auf Grund des Verhaltens ihrer Anhänger als sicherheitsgefährdend beurteilt werden, hat sich im Jahre 1971 durch Entstehung neuer und Radikalisierung bereits bestehender Vereinigungen mehr als verdoppelt. Nach den Feststellungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz operierten um die Jahreswende 1971/72 insgesamt 219 Vereinigungen dieser Art im Bundesgebiet gegenüber 101 vor Jahresfrist. 47 der z. Z. bestehenden Gruppen arbeiten

konspirativ oder zeigen terroristische Tendenzen. Der Rest setzt sich aus 22 Studentenvereinigungen, 21 politisch radikalen Organisationen zur „Betreuung“ ausländischer Arbeiter und 129 Widerstands- und Oppositionsgruppen sehr verschiedener Art zusammen. Besonders stark nahmen die radikalen Gruppierungen der Griechen, Türken, Spanier und Italiener auf deutschem Boden zu. Sie haben auch das Netz ihrer regionalen Stützpunkte im Bundesgebiet erheblich ausgebaut. Näheres ergibt die folgende Übersicht:

Statistik des Organisationsstandes ausländischer Extremistengruppen im Bundesgebiet

Nationalität	1970		1971	
	Zahl der Organisationen	Regionale Zweiggruppen	Zahl der Organisationen	Regionale Zweiggruppen
Ostmigration und Jugoslawien	22	162	29	165
Spanien, Portugal	18	81	45	127
Italien	10	20	21	119
Griechenland	23	115	43	318
Türkei	5	25	15	50
Iran	5	27	8	24
Palästinenser	8	134	10	142
Sonstige Staaten	10	60	46	73
International	—	—	2	3
Insgesamt	101	624	219	1021

Den Fortschritten auf organisatorischem Gebiet entspricht die Mitgliederentwicklung.

Nach vertraulichen Dokumenten der kommunistischen Parteien Italiens und Spaniens haben allein diese beiden Organisationen unter ihren im Bundesgebiet arbeitenden Landsleuten im letzten Jahr mehr als 2000 neue Mitglieder geworben. Erheblich stärkere Mitgliedererfolge erzielten die Hilfs- und Tarnorganisationen ausländischer kommunistischer Parteien sowie die meisten sozialrevolutionären Gruppen maoistischer Prägung. Lediglich im Bereich der Ostmigration

und des palästinensischen Widerstands blieben die Anhängerzahlen nahezu konstant. Aufs Ganze gesehen dürften die politisch radikalen Ausländergruppen im Bundesgebiet im Verlaufe des Jahres 1971 etwa 12000 bis 15000 neue Anhänger gefunden haben. Ihre gegenwärtige Gesamtstärke wird auf rund 65000 Mitglieder geschätzt.

Die Linksextremisten dominieren. Das gilt sowohl für ihre Aktivität, als auch im Blick auf die Zahl und Stärke ihrer Organisationen, die z. Z. im Bundesgebiet insgesamt etwa 46000 Mitglieder haben dürften.

Statistik der ausländischen Extremistengruppen nach ihrem politisch-ideologischen Standort
Stand: 31. 12. 1971

Nationalität	Linksrevolutionäre Gruppierungen				Rechts- extremisten Nationalisten	ins- gesamt
	Anarchi- sten	Alte Linke	Neue Linke *	zu- sammen		
Ostmigration und Jugoslawien	—	7	—	7	22	29
Spanien, Portugal	5	35	5	45	—	45
Italien	5	9	4	18	3	21
Griechenland	1	15	19	35	8	43
Türkei	—	4	7	11	4	15
Iran	—	1	6	7	1	8
Palästinenser	—	—	10	10	—	10
Sonstige Staaten	6	2	34	42	4	46
International	—	1	1	2	—	2
Insgesamt	17	74	86	177	42	219

* In der Spalte „Neue Linke“ sind Trotzlisten, Maoisten, akademische „Neue Linke“ sowie linksrevolutionäre Nationalisten zusammengefaßt.

b) Publizistik

Zur Zeit werden unter den im Bundesgebiet lebenden Ausländern mindestens 158 Presseorgane verbreitet, die antidemokratische oder sicherheitsgefährdende Propaganda enthalten. Sie haben steigende Auflagen. 69 dieser Periodika werden im Bundesgebiet gedruckt, davon allein 16 in Frankfurt. In München erscheinen die meisten Blätter der Ostmigration, in Berlin vorwiegend solche

türkischer Maoisten, unter denen die Zeitung „Safak“ (Morgenröte) inzwischen eine Auflage von 10000 Stück erreicht hat. Wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich, brachten die radikalen türkischen Gruppierungen im Jahre 1971 insgesamt 15 neue Presseorgane heraus. Damit hat sich die Zahl ihrer Publikationen im Vergleich zum Vorjahre mehr als verdoppelt (siehe auch Bildtafel S. 110).

Statistik der Presseorgane ausländischer Extremistengruppen im Bundesgebiet

Nationalität	1970		1971	
	Zahl der Periodika	davon in der BRD gedruckt	Zahl der Periodika	davon in der BRD gedruckt
Ostmigration und Jugoslawien	22	10	24	12
Spanien, Portugal	16	4	20	5
Italien	10	1	16	4
Griechenland	17	5	22	9
Türkei	9	6	24	20
Iran	10	4	11	5
Palästinenser	16	5	15	4
Sonstige Staaten	20	9	26	10
Insgesamt	120	44	158	69

Fast 80% dieser ausländischen Presseorgane bekennen sich zu linksrevolutionären Ideologien. Die restlichen 20% entfallen auf extrem nationalistisch eingestellte Blätter. Besonders auffällig ist die Zunahme maoistischer ausländischer Periodika. So liegen z. Z. alle politisch radikalen Betriebszeitun-

gen der Türken auf der Linie eines Kommunismus prochinesischer Prägung („Devrimci Motor“, „Devrimci Elektrik“, „Devrimci Kömür“).

Im einzelnen gliedert sich die im Bundesgebiet verbreitete extreme ausländische Presse wie folgt auf:

Statistik der Zeitungen ausländischer Extremistengruppen nach ihrem politisch-ideologischen Standort

Stand: 31. 12. 1971

Nationalität	Linksrevolutionäre Blätter				Rechts- radikale Blätter	ins- gesamt
	Anarchi- sten	Alte Linke	Neue Linke *	zu- sammen		
Ostemigration und Jugoslawien	—	3	—	3	21	24
Spanien, Portugal	1	9	10	20	—	20
Italien	6	5	2	13	3	16
Griechenland	—	15	6	21	1	22
Türkei	—	7	14	21	3	24
Iran	—	2	8	10	1	11
Palästinenser	—	—	15	15	—	15
Sonstige Staaten	6	—	19	25	1	26
Insgesamt	13	41	74	128	30	158

* Die Spalte „Neue Linke“ faßt alle im Bundesgebiet aufgetretenen Blätter ausländischer Trotzlisten, Maoisten sowie linksrevolutionärer Nationalisten zusammen.

Das hier skizzierte Presseaufgebot wird durch die Herausgabe von Broschüren und Plakaten unterstützt. Hinzu kommen Publikationen deutscher Extremisten wie etwa die

Betriebszeitungen der DKP und KPD/ML, deren fremdsprachige Beilagen sich an italienische, griechische, spanische und türkische Arbeiter wenden.

III. Struktur und Arbeitsweise

Zahlreiche ausländische Extremistengruppen haben, zum Teil mit Erfolg, versucht, ihre Zusammenschlüsse vor den deutschen Behörden geheimzuhalten oder diese durch Vorlage frasierter Satzungen, irreführende Vereinsnamen wie „Griechische Demokratische Bewegung“, „Türkischer Arbeiter-Kulturclub“ und ähnliche Tarnungen über ihre wahren Ziele zu täuschen. Die Verstöße gegen die Anzeige- und Auskunfts-pflichten nach §§ 19, 20 der Verordnung zur Durchführung des Vereinsgesetzes häufen sich. In

Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen weigerten sich Gruppen der „Generalunion Palästinensischer Studenten“, der „Generalunion Palästinensischer Arbeiter“ und der „Conföderation Iranischer Studenten“ den zuständigen Behörden Auskünfte über ihre Mitglieder und Finanzen zu geben. Sie spielten in diesem Zusammenhang u. a. vor, ausschließlich berufsständische Interessen zu vertreten.

Viele ausländische Extremisten halten sich illegal im Bundesgebiet auf. Konspirative

Techniken sind nicht nur bei Anarchisten- und Terrorgruppen üblich, sie werden auch von Exilparteien und ihren Hilfsorganisationen angewendet. Streng konspirative Lebensführung gehört z. B. seit Jahrzehnten zu den Merkmalen der spanischen Exilkommunisten. Entsprechendes gilt für die politisch aktiven Reste der Ostemigration. Gewisse Kreise der griechischen Opposition entfalten hinter dem Schleier einer Mitarbeit in demokratischen Vereinigungen häufig zugleich auch illegale Aktivitäten, die bis zur Förderung politisch motivierter Gewalttaten reichen.

Wie die Angriffe palästinensischer Terroristen auf die Sicherheit des internationalen Luftverkehrs, Sprengstoffanschläge europäischer Anarchisten und ähnliche Ausschreitungen aus jüngster Zeit erkennen ließen, gehört es zu den festen Arbeitsmethoden einiger Gruppen, schwerwiegende Gewalttaten in der Regel nicht durch Mitglieder mit Wohnsitz in den jeweils betroffenen Ländern ausführen zu lassen, sondern sie als grenzüberschreitende Kommandounternehmen auswärtiger Täter zu organisieren, die das Zielland unmittelbar nach Ausführung ihrer Aufträge wieder verlassen. Durch diese Taktik wird die Wahrung nationaler Sicherheitsbelange wesentlich erschwert. Zusätzliche Erschwernisse ergeben sich aus der Tatsache, daß die meisten ausländischen Extremistengruppen im Bundesgebiet von Führungsstellen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland gesteuert werden. Sitz mehrerer Befehlsstellen dieser Art ist Ost-Berlin. Dort hat sich u. a. die zentrale Leitung der türkischen kommunistischen Exilpartei sowie ein

„Koordinierungsbüro der griechischen antidiktatorischen Komitees“ (EAE) niedergelassen. Die im Iran verbotene kommunistische Tudeh-Partei hat z. Z. ihren Exilsitz in Leipzig. Zentrale Leitungen weiterer im Bundesgebiet vertretener Extremistengruppen befinden sich in Schweden, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien und im Nahen Osten.

Diese auswärtigen Führungsstäbe greifen in die Tätigkeit ihrer hiesigen Stützpunkte durch Weisungen und Aufträge zu konkreten Aktionen ein, entsenden Kuriere und Instruktoren und übermitteln Propagandamaterial. Die zur Arbeit auf deutschem Boden erforderlichen Geldmittel werden fast ausschließlich durch Spenden und Beiträge aufgebracht, die von Mitgliedern und Sympathisanten im Bundesgebiet erhoben werden. In den letzten Monaten hat sich indessen der Verdacht verstärkt, daß sozialrevolutionäre türkische Kreise in West-Berlin Subventionen aus Ost-Berlin erhalten.

Unter den wenigen Extremistengruppen mit internationalem Aktionsrahmen, deren zentrale Leitungen sich im Bundesgebiet befinden, entfaltet die „Patriotische Einheitsfront für eine demokratische Türkei – Europa“ von ihrem West-Berliner Sitz aus starke publizistische Aktivität. Nach eigenen Angaben verfügt sie außer im Bundesgebiet auch in Schweden, Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden über Zweigorganisationen. Ähnlich international verzweigt ist die linksrevolutionäre „Conföderation Iranischer Studenten“. Auch sie steuert vom Bundesgebiet aus ihre auswärtigen Sektionen.

IV. Regionale Schwerpunkte

a) Tendenzen

Die meisten ausländischen Arbeiter leben in industriellen Ballungsräumen. In den Arbeitsamtsbezirken in industriellen Schwerpunktbereichen stellen sie heute 20% und mehr aller unselbständig Beschäftigten, während

der Anteil ausländischer Arbeiter im Bundesdurchschnitt z. Z. bei 10,3% liegt (vgl. Tafel S. 111). In einzelnen Industriegemeinden und Großunternehmen ist sogar jeder zweite oder dritte Arbeiter ein Ausländer. Am 30. 9. 1971 waren allein 811 554 Ausländer in der eisen- und metallschaffenden oder -verarbeitenden

Industrie, weitere 530342 in sonstigen Verarbeitungsbetrieben beschäftigt.

Es liegt auf der Hand, daß Gemeinden und Städte mit überdurchschnittlich hohen Gastarbeiterquoten seit jeher bevorzugte Operationsgebiete ausländischer Extremisten sind. Auch im abgelaufenen Jahre setzten diese Gruppen alles daran, gerade dort neue Stützpunkte zu errichten oder bereits bestehende zu Trägern wirksamer Massenarbeit zu machen. Entsprechende Forderungen sind in zahlreichen Publikationen und internen Dokumenten verschiedener Nationalitäten enthalten. Die Ergebnisse dieser Aktivität blieben jedoch zumeist hinter den Erwartungen der einzelnen Gruppen zurück.

Bei den Vereinigungen von Emigranten aus Jugoslawien stellten die Ämter für Verfassungsschutz keine regionale Ausweitung des Organisationsstandes fest. Die Anwesenheit von 478000 jugoslawischen Gastarbeitern hat im Gegenteil dazu beigetragen, die politische Emigration dieses Landes im Bundesgebiet spürbar zu verunsichern. Anders verhält es sich mit der Entwicklung links- und rechtsradikaler Gruppen der Italiener, Griechen, Türken und Spanier. Sie sind dem Ziel ein gutes Stück näher gekommen, an den wichtigsten Standorten ihrer Landsleute im deutschen Industrieviertel durch regionale Stützpunkte, eigene Betriebsgruppen und politisch extrem infiltrierte Betreuungsstellen vertreten zu sein (vgl. Tafel S.112). Nur haben sie zugleich erkennen müssen, daß der Ausbau ihrer z. Z. noch schwachen Basisgruppen auf wachsende Schwierigkeiten stößt, sobald die sozialrevolutionären Absichten offen zutage

treten. Von den bisher erkannten Zweiggruppen haben sich nur einige wenige zu Schwerpunkten örtlicher Breitenarbeit entwickelt. Dieses Prädikat hat z. B. die Kommunistische Partei Spaniens bisher nur ihrem Ortsverband Hannover beigelegt. So bleibt es eines der wesentlichsten Ziele der genannten Vereinigungen auch für 1972, in den Wohn- und Arbeitsschwerpunkten der Gastarbeiter auf möglichst breiter Front Fuß zu fassen.

b) Die gegenwärtigen Schwerpunktgebiete

Das Schwergewicht der Aktivität politisch extremer Ausländer liegt z. Z. in den deutschen Großstädten. Dort sind die Voraussetzungen für eine wirksame Zusammenarbeit von politischen Emigranten, radikalen ausländischen Studentengruppen und Gastarbeitern gleicher Nationalität sowie für die Unterstützung durch deutsche und andere Gesinnungsfreunde am günstigsten. Dort erreichen ausländische Demonstrationen und Versammlungen in der Regel auch ausreichende Teilnehmerzahlen und damit die von den Initiatoren gewünschte öffentliche Beachtung. Als Schauplätze solcher Aktivitäten sind insbesondere Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt/M., Stuttgart und München zu nennen. Hinzu kommen einige weitere Hochschulstädte, insbesondere soweit sie in Industrielandschaften mit hohem Gastarbeiteranteil liegen. Schließlich ist die Bundeshauptstadt Bonn mit ihren zahlreichen diplomatischen Vertretungen als Brennpunkt politisch radikaler Aktionen von Ausländern hervorzuheben.

V. Ausschreitungen

a) Politisch motivierte Gewaltkriminalität

Um Grundlagen zur Beurteilung des Umfangs und der Erscheinungsformen gewalttätiger politischer Ausschreitungen von Ausländern zu gewinnen, hat das Bundesamt für Verfassungsschutz statistische Untersuchungen durchgeführt. Erfasst wurden alle in der

Zeit vom 1. 1. 1969 bis 31. 12. 1971 bekanntgewordenen Ausschreitungen unter Anwendung oder Androhung von Gewalt, bei denen aus der Wahl des Angriffsobjekts, aus den besonderen Umständen der Tatausführung oder auf Grund von Erkenntnissen über Zielvorstellungen und Persönlichkeit der Täter auf politische Motive geschlossen werden

mußte. Dabei wurden auch Fälle ohne herausragende politische Bedeutung und ohne politischen Bezug auf die Bundesrepublik sowie die politisch motivierten Fälle bloßer Androhung von Gewalt berücksichtigt. Die bewußt weite Auslegung des Begriffs Gewalt

schien erforderlich, da die Randbereiche der politischen Gewaltkriminalität für die Beurteilung der Gesamtlage nicht ohne Interesse sind. Die Ergebnisse dieser statistischen Erhebungen sind in der nachstehenden Übersicht zusammengefaßt:

Statistik der politisch motivierten Ausländerkriminalität

1. 1. 1969 bis 31. 12. 1971

Ausschreitungsort	1969	1970	1971
Terrorakte			
Mordanschläge	7	3	3
Sprengstoffanschläge	8	5	—
Brandstiftungen	4	12	5
Flugzeugentführungen	—	2	—
	19	22	8
Gewaltakte			
Körperverletzungen	17	24	31
Gewalt gegen Sachen	12	35	13
Sonstige	3	20	14
	32	79	58
Androhung von			
Mord und Entführungen	3	19	37
Sprengstoff- und Brandanschlägen	8	54	47
Sonstigen Gewaltakten	3	8	18
	14	81	102
Insgesamt	65	182	168

Der Vergleich mit den statistischen Werten für 1970 führt zu den folgenden Ergebnissen:

1. Die Fälle der Androhung von Mord- und Sprengstoffanschlägen oder ähnlich schwerer Formen des politischen Terrors sind nahezu unverändert häufig. 102 Vorkommnisse dieser Art lassen nach den Tatumständen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf ausländische Täter und politische Motive schließen (gegenüber 81 im Jahre 1970). Sie richteten sich in erster Linie gegen die diplomatischen und konsularischen Vertretungen Jugoslawiens, Griechenlands, Spaniens, Israels, des Iran und der Türkei. In der Zeit von April bis Ende August 1971 wurden auch der schwedische Botschafter in Bonn und der Generalkonsul dieses Landes in Hamburg von unbekanntem kroatischen Nationalisten telefonisch mit Mord bedroht. Anlaß für diese anonymen Mordandrohungen war die Strafverfolgung von fünf

in Schweden festgenommenen kroatischen Terroristen, die am 7. 4. 1971 ein Attentat auf den jugoslawischen Botschafter Rolovic in Stockholm verübt hatten. Der Botschafter war seinen Schußverletzungen nach wenigen Tagen erlegen.

2. Die politischen „Demonstrationsfolgedelikte“ ausländischer Täter haben sich rückläufig entwickelt. Erfasst wurden 58 Ausschreitungen dieser und ähnlicher Art, die sich im wesentlichen aus Körperverletzungen, Sachbeschädigungen und Fällen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt zusammensetzen (gegenüber 79 im Vorjahre). Nach den Erkenntnissen der Staatsschutzbehörden dürfte der Rückgang solcher Delikte u. a. damit zu erklären sein, daß die ausländischen Extremisten zur Zeit mehr daran interessiert sind, durch diszipliniertes Verhalten in der Öffentlichkeit Sympathisanten und Mitglieder zu gewinnen, als durch neue Ausschreitungen von sich reden zu machen.

Im übrigen sind mehrere Demonstrationen ausländischer Oppositionsgruppen vor den Botschaften und Generalkonsulaten ihrer Länder nur deshalb störungsfrei verlaufen, weil diese Objekte von der Polizei jeweils wirksam geschützt worden sind. In Berlin, Schweinfurt und Frankfurt führten Schlägereien zwischen rechts- und linksextremen Griechen zum Teil zu gefährlichen Körperverletzungen. Großer Sachschaden entstand durch eine antisemitische Gewalttat von Palästinensern. Mitte September verwüsteten FATAH-Anhänger den jüdischen Friedhof in Brühl, indem sie zahlreiche Grabsteine aus ihren Verankerungen rissen und zertrümmerten.

3. Die schweren politischen Terrorakte haben sich im Jahre 1971 vermindert.

Die Statistik dieses Jahres enthält nur 8 einschlägige Fälle gegenüber 22 im Jahre davor.

Am 1. 4. 1971 wurde der ehemalige bolivianische Generalkonsul Roberto Quintanilla-Pereira in Hamburg von einer unbekanntenen Frau erschossen. Der Tat lagen politische Motive zugrunde. In Berlin entging der Präsident des „Kroatischen Nationalkomitees“ Dr. Branimir JELIC nur knapp zwei aufeinanderfolgenden Anschlägen politischer Gegner auf sein Leben. Am Vormittag des 5. 5. wurde gegen ihn und seine Lebensgefährtin ein Sprengstoffanschlag verübt. Zwei Tage darauf konnte der Versuch einer bewaffneten Jugoslawin vereitelt werden, zu ihm nach seiner Einlieferung in ein Berliner Krankenhaus vorzudringen, um ihn auf seinem dortigen Krankenlager zu töten. Offensichtlich gleichfalls aus politischen Gründen haben unbekannte Täter am 14. und 19. 9. 1971 vor dem spanischen Generalkonsulat in Frankfurt Brandsätze entzündet sowie am 5. 12. 1971 einen Kellerraum im gleichen Objekt mit Benzin in Brand gesetzt (vgl. Bildtafel S. 113). Diese Taten dürften spanischen Anarchisten zuzurechnen sein.

Die Terror- und Gewaltakte von Ausländern haben auch in anderen westeuropäischen Staaten im Vergleich zu 1970 nachgelassen. Die zuständigen Sicherheitsorgane stimmen

jedoch in der Ansicht überein, daß sich daraus keine Rückschlüsse auf künftige Entwicklungen ziehen lassen. Gerade auf diesem Gebiet liefern statistische Daten nach aller Erfahrung keine brauchbaren Hinweise zur Beurteilung aktueller Gefahren für die innere Sicherheit. Dies ist nur auf der Grundlage ständiger Beobachtung der Pläne und Absichten ausländischer Terrorgruppen möglich.

Die radikalsten palästinensischen Widerstandsgruppen versuchen nach wie vor, sich durch Terroranschläge außerhalb des nahöstlichen Krisengebietes neue Publizität zu verschaffen und ihren zum Teil verlorengegangenen Einfluß bei den Palästinensern wieder zurückzugewinnen. So haben palästinensische Terroristen am 15. 12. 1971 ein Attentat auf den jordanischen Botschafter in London und am 16. 12. 1971 einen Sprengstoffanschlag auf die ständige Mission Jordaniens bei den Vereinten Nationen in Genf verübt. Im Sommer 1971 sind palästinensische Terroristen mit Sabotageaufträgen gegen israelische und jordanische Flugzeuge nach Westeuropa eingereist, wobei das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland berührt wurde (Sprengstoffanschlag auf eine Maschine der jordanischen Fluggesellschaft ALIA in Madrid am 24. 8. 1971, versuchte Sprengung zweier israelischer Passagierflugzeuge am 28. 8. 1971 in Rom bzw. am 1. 9. 1971 in London, wobei gutgläubige junge Europäerinnen als Bombenträger fungierten). Auf eine weitere Gefährdung des zivilen Luftverkehrs und anderer schwer zu schützender Objekte (z. B. Schiffe) deuten auch Informationen über die Entwicklung neuer Sabotagetechniken durch die „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) und ähnliche besonders radikale Gruppen hin.

Zahlreiche Gruppierungen anderer Nationalität betrachten die Gewalt als geeignetes Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Pläne. Dies gilt im besonderen Maße für gewisse kroatische Nationalisten, die sich im Bundesgebiet immer wieder mit Plänen für politische Terrorakte befassen. Neuerdings sind derartige Tendenzen auch bei griechischen Widerstandsorganisationen und im

Bereich des internationalen Anarchismus wieder verstärkt hervorgetreten. Damit besteht die Gefahr schwerer politischer Ausschreitungen von Ausländern im Bundesgebiet unvermindert fort.

Eine besondere Form politischer Gewalttaten, die nur in Ausnahmefällen bekannt wird und deshalb kaum Eingang in die Statistik findet, besteht in individuellem Terror, der von Angehörigen radikaler Gruppen gegenüber politischen Gegnern, Außenstehenden oder sogar Mitgliedern der eigenen Organisationen ausgeübt wird. Es handelt sich hier um Fälle von Nötigung, Erpressung, Körperverletzung und ähnlichen Delikten, die an Einzelpersonen verübt und aus Angst vor weiteren Repressalien nicht angezeigt werden. So wurden Araber mißhandelt, weil sie sich weigerten, monatliche „Spenden“ an die FATAH zu zahlen. Einem Jugoslawen wurde angedroht, man werde ihm den Kopf abschneiden, falls er nicht der „Ustascha“ beitrete.

b) Sonstige politisch radikale Aktionen

Wie in den Vorjahren umfaßten die Ausschreitungen ausländischer Extremisten neben Fällen der Gewaltkriminalität vielfältige andere Aktionen. Auch durch sie wurden z. T. wichtige innen- und außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland berührt, zumal es sich bei ihnen häufig um gezielte Kampfmaßnahmen ausländischer Oppositionsgruppen handelte, die von starken Teilen ihrer Anhänger getragen wurden.

Manchmal boten aktuelle Probleme der Gastarbeiter Anlaß zu Exzessen. Auf Initiative spanischer Kommunisten kam es am 3. 10. 1971 zu einer „Hausbesetzung“ in Essen, dort quartierten sich fünf Gastarbeiterfamilien unbefugt in einem leerstehenden Gebäude ein. In Dortmund und Köln haben italienische Arbeiter die Konsulate ihres Landes zu besetzen versucht, um auf soziale Mißstände aufmerksam zu machen. In einem Frankfurter Kunststoffwerk fesselten streikende Gastarbeiter einen arbeitswilligen Kol-

legen für längere Zeit an den Fabrikzaun. Anläßlich des Tarifstreiks in der Metallindustrie Baden-Württembergs und Nordrhein-Westfalens verstärkte sich die ausländische Klassenkampfagitation. In der Regel sind aber Flugschriften dieser Art von der ausländischen Arbeiterschaft bestreikter Betriebe ebensowenig beachtet worden wie die für diesen Personenkreis bestimmte Agitation deutscher Kommunisten.

Weit stärker als durch inländische Konfliktstoffe wurde die Aktivität radikaler Ausländergruppen im Jahre 1971 von politischen Ereignissen in ihren Heimatstaaten bestimmt. Politische Strafprozesse, Streiks, innenpolitische Krisen und nationale Gedenk- und Feiertage waren die bevorzugten Anlässe zu Demonstrationen und sonstigen Veranstaltungen, die häufig von Exzessen begleitet waren oder nach dem Willen der Veranstalter von vornherein die Grenzen legaler politischer Betätigung überschritten. Offenkundig jenseits der Toleranzgrenze lagen u. a. die folgenden Aktionen:

1. Im ersten Quartal 1971 wurden Fest- und Gedenkveranstaltungen offizieller griechischer Einrichtungen im Bundesgebiet mindestens in neun Fällen von Regimegegnern so nachhaltig gestört, daß zur Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung starke Kräfte der Polizei eingesetzt werden mußten. In Berlin, Düsseldorf, Offenbach, Frankfurt und Dortmund blockierten linksextreme Exilgriechen die Eingänge zu den Veranstaltungsgebäuden. Zusammen mit deutschen politischen Freunden schmähten, belästigten und bedrohten sie die eintreffenden Gäste, deren Ankunft vielfach einem Spießrutenlaufen gleich. Am 24. 3. 1971 versuchten sie den griechischen Generalkonsul in Frankfurt durch Zwischenrufe und Sprechchöre daran zu hindern, die Festansprache aus Anlaß des 150. Jahrestages der Befreiung Griechenlands von türkischer Herrschaft zu halten. Der rechtsgerichtete „Verband der Griechen in Deutschland“ rüstete dann wenige Tage später seinen Ordnerdienst bei einer Veranstaltung aus gleichem Anlaß in Mainz mit Pistolen aus.

2. In der Zeit von Mai bis Oktober 1971 führte die von linksextremen Kräften beherrschte „Conföderation Iranischer Studenten – National-Union“ (CISNU) aus Protest gegen die Handhabung der politischen Strafjustiz in ihrer Heimat und gegen die Feierlichkeiten zum 2500jährigen Bestehen des persischen Kaiserreiches zahlreiche Veranstaltungen sowie umfangreiche Flugblatt- und Plakataktionen durch, die in Beleidigungen und Diffamierungen der persischen Regierung gipfelten. Sie polemisierte in besonders heftiger Form gegen den Schah, der als „Despot“, „Parasit“ und „Verbrecher“ bezeichnet wurde. Die Feierlichkeiten in Persepolis wurden als „Gangsterschau“ und „Gelerparty“ abqualifiziert. Demonstranten trugen vielfach Gesichtsmasken. Die von ihnen mitgeführten Transparente zeigten Parolen wie „Sieg im Volkskrieg“ und „Tod dem Schah-Faschismus“. Am Abend des 14.10.1971 wurden im Rahmen einer vorwiegend von Studenten persischer und anderer Nationalität veranstalteten Demonstration an der Hauptwache in Frankfurt eine Schah-Figur öffentlich verbrannt und eine weitere Stroh-puppe symbolisch aufgehängt. Infolge der verhältnismäßig starken Beteiligung linksgerichteter deutscher Organisationen an den Veranstaltungen der Iraner anlässlich der 2500-Jahr-Feiern gerieten ihre Aktionen zum Teil unter den Einfluß linksradikaler deutscher Kräfte, die diese Gelegenheit nutzten, um sich der Öffentlichkeit ins Bewußtsein zu bringen.

3. Ab September mehrten sich die Fälle politischer Zusammenstöße von rechts- und linksgerichteten Ausländern gleicher Nationalität. Auch die nächtliche Schmiertätigkeit dieser Kreise nahm zu.

In Berlin und Köln uferten türkische Demonstrationen gegen die Verurteilung von Mitgliedern der „Volksbefreiungs-Armee“ in Ankara bzw. gegen die Aktivität türkischer Kommunisten im Bundesgebiet in tätliche Auseinandersetzungen politischer Gegner aus. Bei der Konfrontation italienischer Rechts- und Linksextremisten aus Anlaß der Eröffnung eines Büros des „Comitatio Tricolore“

kam es am 26.11.1971 in Frankfurt darüber hinaus zu Widerstandshandlungen gegenüber Polizeibeamten. In Frankfurt, Bonn und Hannover haben Anhänger der „Union der Kommunistischen Jugend Spaniens“ (UJCE) Schmieraktionen durchgeführt, in denen der spanische Staatschef als Mörder bezeichnet wurde.

Neben den bisher geschilderten Exzessen im Rahmen einer öffentlich geführten Agitation haben die Staatsschutzorgane zahlreiche Fälle ermittelt, in denen von politisch radikalen Ausländern mündlich oder durch heimlich verbreitete Druckschriften zum politischen Terror aufgerufen wurde. Kennzeichnend für diese Art extremer Betätigung sind u. a. die folgenden Vorfälle:

Im Januar 1971 wurde der im Bundesgebiet lebende Kroat Drago M. in Jugoslawien bei dem Versuch festgenommen, mehrere 1000 Flugblätter zu verbreiten, die den serbischen Teil der Bevölkerung zu politischen Gewalttaten aufwiegeln sollten (vgl. Bildtafel S. 114). Das Kreisgericht in Karlovac hat ihn inzwischen zu drei Jahren schwerer Haft verurteilt, die er z. Z. in einem jugoslawischen Gefängnis verbüßt. Wie die Ermittlungen in der Bundesrepublik Deutschland ergaben, waren die bei ihm sichergestellten Hetzschriften von einer Gruppe der in der Bundesrepublik Deutschland verbotenen „Kroatischen Revolutionären Bruderschaft“ (HRB) im Raume Stuttgart hergestellt worden. Eine Flugschrift des „Kroatischen Studentenausschusses in Europa“ enthielt den „Aufruf an die Kroaten außerhalb der Heimat“, Frauen und Kinder in Sicherheit zu bringen und sich selbst mit Waffen zu versorgen, um für die Unabhängigkeit Kroatiens „alsbald zu kämpfen und zu sterben“. Am 4. Juli forderte die führende Black-Panther-Aktivistin Kathleen Cleaver anlässlich einer Vortragsreise durch die Bundesrepublik farbige US-Soldaten in Heidelberg zur Sabotage an Fahrzeugen und Waffen ihrer Einheiten auf. Im gleichen Monat bezeichnete der Angehörige der brasilianischen Stadtguerillas René de Carvalho auf einer Veranstaltung der linksgerichteten deutsch-ausländischen Studentenorganisation „Trikont“ in Köln die Entführung von

Diplomaten aus „imperialistischen Staaten“ als „legales Mittel zur Vorbereitung eines Volkskrieges“. Im Juli hat die Kontrolle eines aus Österreich einreisenden griechischen Studenten zur Beschlagnahme von 150 kleinformatigen Druckschriften geführt, die Anleitungen zur Herstellung von Sprengstoff und Aufrufe zur politischen Geheimbündelei enthielten (vgl. Bildtafel S. 115). Die palästinensischen Widerstandsorganisationen setzten ihre propagandistischen Bemühungen um die Radikalisierung der im Bundesgebiet leben-

den Araber während des ganzen Jahres fort. Im Rahmen dieser Aktivität hat die „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) Druckschriften eingesetzt, die als Flugscheine für die im Vorjahre entführten oder gesprengten Linienmaschinen aufgemacht waren und Parolen wie „Unser Moralkodex ist unsere Revolution“ enthielten (vgl. Bildtafel S. 116). Diese hier nur grob skizzierten Aktivitäten weisen auf die Existenz ausländischer Terrorgruppen verschiedener Nationalität auf deutschem Boden hin.

VI. Ausländische Terroristengruppen

Seit dem sprunghaften Anstieg der politisch motivierten Gruppenkriminalität in den Jahren 1969/70 haben die Staatsschutzorgane der westeuropäischen Staaten verstärkt Erkenntnisse über Terrorgruppen mit internationalem Aktionsrahmen ausgetauscht. Diese gegenseitige Unterrichtung hat den Erkenntnisstand der beteiligten Stellen wesentlich verbessert und damit die Aussichten erhöht, den sicherheitsgefährdenden Aktivitäten ausländischer Geheimbünde wirksamer als bisher entgegenzutreten.

Die Gefährlichkeit der genannten Gruppierungen liegt nicht so sehr in ihrer Zahl und Mitgliederstärke als in der Skrupellosigkeit ihrer Mitglieder und Hintermänner. Viele Terroristen haben im Umgang mit Waffen und Sprengstoff, im Gebrauch konspirativer Techniken und in der Geborgenheit unter Gleichgesinnten ihren Lebensinhalt gefunden. Ihr Verhalten wird vorwiegend von politischem Fanatismus, Ressentiments, Geltungsstreben und Haß bestimmt. Die meisten Untergrundgruppen suchen ihre Anhängerschaft bewußt in Kreisen, „die mit dem normalen Leben eines von den Fremden nicht anerkannten, erniedrigten und rechtlosen Emigranten brechen wollen“ (Auszug aus einem sichergestellten Dokument der „Kroatischen Revolutionären Bruderschaft“).

a) Die Geheimbünde kroatischer Nationalisten

Mit dem Sprengstoffanschlag auf die jugoslawische Botschaft in Bad Godesberg/Mehlem am 29. 11. 1962 begann die Terrorfähigkeit kroatischer Nationalisten im Bundesgebiet. Seit diesem Initialdelikt ist die Kette ihrer schweren politischen Gewalttaten nicht abgerissen, obwohl im Verlaufe der vergangenen neun Jahre zahlreiche Kroaten zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt und mehrere ihrer Untergrundorganisationen verboten und aufgelöst worden sind. Immer wieder kommt es unter den Exilkroaten im Bundesgebiet zu neuen konspirativen Zusammenschlüssen, die an die totalitäre Ideologie der „Ustascha“ anknüpfen und mit Gewalt und Terror für ein unabhängiges Kroatien kämpfen wollen. Der Anstoß dazu geht häufig von Zentren der kroatischen Emigration in Australien, Südamerika, den USA und Kanada aus. Von dort wird auch die Untergrundarbeit der Exilkroaten im Bundesgebiet maßgeblich unterstützt. In Süddeutschland haben sich Mitglieder der am 24. 6. 1968 verbotenen „Kroatischen Revolutionären Bruderschaft“ (HRB) erneut zu konspirativen Dreiergruppen zusammengeschlossen. Als Richtlinien für ihre Untergrundarbeit dienen die Broschüren „Kletva“

(Der Fluch) und „Osvetnici Bleiburga“ (Die Rächer von Bleiburg), in denen die HRB ihren Anhängern genaue Anweisungen zur Handhabung von Brand- und Sprengsätzen gibt. „Osvetnici Bleiburga“ weist den im Bundesgebiet entstandenen „Troikas“ im wesentlichen folgende Aufgaben zu:

- „Der Kettenprozeß“ von Sprengstoff- und Brandanschlägen auf jugoslawische Vertretungen im Ausland „muß unaufhörlich beschleunigt werden“, da er Jugoslawien „moralischen und materiellen Schaden zufügt“.
- „Die Träger der heutigen serbo-jugoslawischen Regierung müssen an jeder Stelle, wo sich nur eine Gelegenheit bietet, durch Attentate vernichtet werden. Der Schrei nach Rache ist die Nahrung der kroatischen Attentäter.“
- Sabotage- und Terrorakte innerhalb der Grenzen Jugoslawiens „sind zur Zeit das erfolgreichste Mittel, um das Volk für die Revolution zu erwärmen“.
- Durch „Explosionen, Brände und Schlägereien“ muß erreicht werden, daß die ausländischen Behörden „im Interesse der Erhaltung von Ordnung und Frieden auf ihrem eigenen Territorium von der weiteren Einfuhr jugoslawischer Arbeiter Abstand nehmen“.

In der gleichen Broschüre werden die Untergrundkämpfer aufgefordert, Sprengstoffvorräte außerhalb ihrer Wohnungen zu lagern, sich im Messerwerfen zu üben und ständig Pistolen bei sich zu tragen, sobald sie sich an ihrem Exilwohnsitz von politischen Gegnern oder polizeilich verfolgt fühlen. Der Mord an dem amerikanischen Präsidenten Kennedy wird als Beispiel eines sorgfältig vorbereiteten Attentats herausgestellt. Darüber hinaus werden auch andere politische Verbrechen der Zeitgeschichte als Modellfälle für eigene künftige Aktionen propagiert.

b) Anarchisten

Die Vorstellungswelt militanter Anarchisten wird von der gleichen Bereitschaft zum politischen Terror beherrscht, wie sie kroatische und andere nationalistische Terrorgruppen

zeigen. Die Terrortechnik der einander feindlichen Lager ist nahezu identisch; typisch für die Arbeitsweise der Anarchisten ist jedoch vor allem der bewußte Verzicht auf eine feste Organisation.

In den beiden letzten Jahren haben spanische Anarchisten insgesamt 14 Brand- und Sprengstoffanschläge auf Konsulate und sonstige Niederlassungen ihres Landes im Bundesgebiet verübt. Die Täter dürften einem internationalen Terroristennetz angehören, das dem „Iberischen Befreiungsrat“ (CIL) zuzurechnen ist. In Erinnerung an eine am 1. 5. 1966 begangene Entführung mit politischem Hintergrund hat sich die Organisation den Namen „Grupo Primero de Mayo“ (Gruppe 1. Mai) gegeben. Das Netz wird von dem Berufsrevolutionär mexikanischer Herkunft Alberola-Surinach und seinen spanischen Gesinnungsfreunden geführt. Ihm gehören jedoch auch italienische, französische und deutsche Anarchisten an. Damit ist die „Gruppe 1. Mai“ über ihre ursprünglich gegen Franco gerichtete Zielrichtung hinausgegangen und hat sich in eine Internationale des Aufruhrs verwandelt, die sich jetzt u. a. auch damit befaßt, amerikanischen Soldaten in Europa zur Flucht zu verhelfen. Ihre Stützpunkte auf deutschem Boden werden in Frankfurt und anderen Großstädten vermutet.

Unter den sonstigen Anarchistengruppen entfalten z. Z. nur einige italienische sicherheitsgefährdende Aktivitäten. Dazu gehören:

- Die anarchistische Vereinigung „Lotta Continua“ (Der Kampf geht weiter). Sie setzt sich in einem Programm der Gewalttätigkeit für die Abschaffung des bürgerlichen Staates ein. Im Bundesgebiet hat sie versucht, italienische Arbeiter zum Kampf gegen die „Ausbeuter“ durch Sabotageakte bei Montagearbeiten an den Fließbändern aufzuwiegeln (Betriebszeitung der „Lotta Continua“-Gruppe bei BMW Nr. 1/71, S. 3).

- Die anarcho-syndikalistische Bewegung „Potere Operaio“ (Arbeitermacht). Nach eigenen Angaben hat sie Stützpunkte in Hamburg und Frankfurt errichtet und im Herbst 1970 Ausschreitungen italienischer Arbeiter anläßlich eines wilden Streiks bei den Ford-Werken in Köln organisiert.

c) Militante Widerstandsgruppen der Exilgriechen

Seit dem Bestehen der Militärregierung in Griechenland sind in der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten Europas exilgriechische Geheimbünde entstanden, die sich im Rahmen ihrer Untergrundarbeit auch mit der Planung und Durchführung politischer Sprengstoffanschläge, Attentate und ähnlicher Terrorakte befassen. Führungsrivalitäten und ideologische Differenzen haben die organisatorischen Strukturen im Verlaufe der Jahre mehrfach verändert; dennoch bilden sich neue Gruppierungen immer wieder um einen gleichbleibenden Kern von Rädelsführern und Spezialisten. Die Mitgliederzahlen sind sehr gering. Die Masse der Helfer und Sympathisanten sammelt sich in öffentlich arbeitenden Hilfsvereinigungen, denen die Aufgabe zufällt, Untergrundaktionen finanziell, materiell und publizistisch zu unterstützen. Wie die Erfahrung lehrt, gehören aber Funktionäre solcher Hilfsorganisationen häufig zugleich einer der konspirativ arbeitenden Widerstandsgruppen als Mitglied an. So lassen die kürzlich sichergestellten Akten der „Griechischen Demokratischen Bewegung“ (EDK) keinen Zweifel daran, daß sich das Auslandsbüro dieser griechischen Widerstandsgruppe im Bundesgebiet nicht ausschließlich im Rahmen der bestehenden Gesetze betätigt hat, sondern in den Jahren 1968/69 in umfangreiche Waffen- und Sprengstofftransporte nach Griechenland verwickelt gewesen ist. Unter Decknamen geführte Korrespondenz des EDK-Büros mit seinen Verbindungsmännern in Griechenland, Italien und Schweden konnte sichergestellt werden. Sitz der Koordinierungsstelle war Bad Godesberg. Ihre konspirative Aufgabe bestand darin, Plastiksprenge Stoffe, Stangendynamit, Uhrwerkzunder, Handfeuerwaffen mit Schalldämpfern, Handgranaten und falsche Pässe zu beschaffen und über Mittelsmänner nach Griechenland einzuschleusen. Wie sich aus den sichergestellten Schriften ergibt, sind Sprengsätze aus solchen Lieferungen u. a. bei einem Anschlag auf das von NATO-Offizieren bewohnte Hotel Galaxis in

Athen verwendet worden. Nach außen hat die Godesberger Gruppe bis zum Ende ihrer Tätigkeit im Jahre 1970 den Eindruck zu erwecken versucht, sie propagiere lediglich den passiven Widerstand. Mehrere ihrer geheimen Mitarbeiter haben sich inzwischen anderen griechischen Untergrundgruppen angeschlossen.

Die z. Z. bestehenden Widerstandsgruppen der griechischen Emigration werden durchweg von Führungsstäben außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geleitet. Sie verfügen jedoch im Bundesgebiet über konspirative Zellen, die sich in ähnlicher Form wie die erloschene „Griechische Demokratische Bewegung“ zu Umschlagplätzen für illegale Sprengstoff- und Waffentransporte nach Griechenland entwickelt haben. Von Anschlägen auf griechische Vertretungen in der Bundesrepublik haben sie bisher abgesehen. Entsprechende Pläne wurden allerdings in letzter Zeit erwogen.

Nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes stützen sich insbesondere die folgenden Gruppierungen auf geheime Zweig- und Kontaktstellen auf deutschem Boden:

- Die maoistischen griechischen Terrorgruppen „Bewegung des 20. Oktober“ und „Trojanisches Pferd 67“. Der zuletzt genannte Geheimbund verbreitet u. a. hektografierte Anleitungen zur Herstellung von Brand- und Sprengmitteln aus Grundstoffen, die im freien Handel erhältlich sind.

- Die Widerstandsgruppe der griechischen Zentrumsunion „Panhellenische Befreiungsbewegung“ (PAK). Sie unterhält im Bundesgebiet einen weit verzweigten Unterstützungsverein. In einem offenen Brief vom 10. 10. 1971 sprach sich der Leiter der PAK Andreas Papandreou für politischen Terror „im klassischen Rahmen der dritten Welt“ aus. Der Brief enthält zugleich eine grundsätzliche Stellungnahme Papandreous gegen das parlamentarische System.

- Die Mitgliedsorganisationen des „Griechischen nationalen Widerstandsrates“ (EAS), darunter die kommunistische „Patriotische Antidiktatorische Front“ (PAM), mit ihrem öffentlich arbeitenden Unterstützungsverein „Freunde der PAM“ und die Vereinigung „Demokratische Verteidigung“ (DA).

Anfang September 1971 führte die „Demokratische Verteidigung“ in Bonn ihre Gene-

ralversammlung durch, an der 32 Funktionäre dieser Organisation aus neun Staaten teilnahmen. Etwa zur gleichen Zeit wurden den zuständigen Behörden Einzelheiten über illegale Aktivitäten dieser Organisation bekannt, die Exekutivmaßnahmen in und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erforderlich machten. Der Zugriff wurde durch einen Waffen- und Sprengstoff-Fund am 3. 9. 1971 im D-Zug Kopenhagen—Hamburg ausgelöst.

Auf seiner Fahrt zur Generalversammlung in Bonn hatte der DA-Gruppenleiter Nicolas K. aus Stockholm insgesamt 12,5 kg Dynamit, eine Maschinenpistole, vier Pistolen, zwei Schalldämpfer, 40 Sprengkapseln und 300 Schußmunition im Zuge versteckt (vgl. Bildtafel S. 117). Er führte auch eine Liste von 38 Sabotageobjekten sowie organisationsinterne Schriftstücke mit sich, die zum Teil verschlüsselt waren. K. befindet sich seither in Untersuchungshaft. Er hat gestanden, Waffen und Sprengstoff im Auftrage seiner Organisation beschafft und in die Bundesrepublik eingeschleust zu haben. Die Durchsuchung seiner Wohnung in Stockholm hat außerdem zur Beschlagnahme verschiedener Materialien geführt, die ihm offensichtlich zur Herstellung elektrischer Zünder gedient hatten. Am Tage seiner Einreise nahm die Kriminalpolizei in Bonn den Exilgriechen Andreas C. fest. Er ist verdächtig, als Angehöriger des Londoner DA-Sekretariats an der Organisation illegaler Waffentransporte für den Untergrundkampf in seiner Heimat beteiligt gewesen zu sein. Dieser Verdacht hat sich erhärtet. Die Kriminalpolizei in London fand in seiner Wohnung eine Liste von Schlüsselworten für Spreng- und Zündmittel und andere belastende Dokumente. Wenige Tage darauf wurden schließlich mehrere Kilo Sprengstoff, acht Sprengkapseln und konspirative Aufzeichnungen bei dem DA-Repräsentanten Vassilios P. in Rom sichergestellt.

d) Stützpunkte des palästinensischen „Widerstandes“

Die Aktivität des palästinensischen Widerstandes auf deutschem Boden hat im Jahre

1971 nachgelassen. Das scharfe Vorgehen der jordanischen Regierung gegen die Guerillagruppen, das zum Verlust ihrer Operationsbasen in Jordanien führte, sowie ihre stärkere Überwachung im Ausland haben ihre hiesigen Gefolgsleute verunsichert. Die Anziehungskraft der FATAH auf die im Bundesgebiet lebenden Palästinenser sank. Zwar beherrscht diese Organisation nach wie vor den Dachverband der Fedayeen, die „Palästinensische Befreiungsorganisation“ (PLO, vgl. Bildtafel S. 118); sie ist jedoch von Spaltungstendenzen bedroht. Innerhalb der Vereinigungen palästinensischer Arbeiter und Studenten, die im Bundesgebiet bisher als Hilfsorganisation der FATAH fungierten, wird der FATAH-Führer Arafat zunehmend kritisiert. Er wird für die Niederlage der Fedayeen in Jordanien verantwortlich gemacht. Nicht zuletzt dadurch ist auch das Spenden- und Beitragsaufkommen für diese Widerstandsorganisation erheblich zurückgegangen.

Weniger beeinträchtigt durch die Ereignisse im Nahen Osten wurden die Gruppen der prochinesischen „Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PDFLP) in der Bundesrepublik. Im Gegensatz zur AL FATAH hatte diese Organisation stets behauptet, daß die Errichtung eines sozialistischen palästinensischen Staates ohne eine vorherige revolutionäre Umgestaltung der Anrainerstaaten Israels, insbesondere Jordaniens, nicht zu erreichen sei. Unter Hinweis auf die Ereignisse in Jordanien, die diese Ansicht zu bestätigen schienen, versuchte sie, ihre Organisation auf deutschem Boden durch Abwerbung von FATAH-Mitgliedern zu stärken. Darüber hinaus war sie bestrebt, neue Anhänger unter erst kürzlich aus dem Nahen Osten geflüchteten Palästinensern zu gewinnen. Die Ergebnisse dieser Bemühungen waren indes gering. Das gleiche gilt für die maoistische „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP), die für die meisten Terroranschläge außerhalb des Nahen Ostens verantwortlich ist. Beide Organisationen haben in der Bundesrepublik Deutschland z. Z. zusammen nur einige hundert Mitglieder. Sie arbeiten konspirativ. Es besteht der Verdacht, daß sie sich zumindest in Einzel-

fällen mit der illegalen Beschaffung technischer Sabotagemittel befaßt haben (vgl. Bildtafel S. 119).

Erst gegen Jahresende und seit dem Mord an dem jordanischen Ministerpräsidenten Wasfi Tel gab es Anzeichen für eine Reaktivierung des palästinensischen Widerstandes im Bundesgebiet. Da nunmehr auch Teile der FATAH mit der Ideologie der PLFP sympathisieren, hat sich die Gefahr neuer Anschläge auch in der Bundesrepublik Deutschland erhöht.

e) Farbige Extremisten

In den letzten Jahren hat die sozialrevolutionäre „Black-Power“-Bewegung ihre Bemühungen verstärkt, Anhänger und Sympathisanten unter den etwa 15000 im Bundesgebiet stationierten farbigen US-Soldaten zu gewinnen. Mehrere Aktivisten des radikalen Flügels der „Black Panther Party“ (BPP) mit Sitz in Algier haben sich in der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen. Gemeinsam mit dem deutschen „Black-Panther-Solidaritätskomitee“ (BPSC) führten sie im Jahre 1971 Werbeveranstaltungen, ideologische Schulungen und Flugblattaktionen auf deutschem Boden durch. Sie geben die in Frankfurt/M. erscheinende Monatsschrift „Voice of the lumpen“ (Stimme der Lumpen) heraus, die das sozialrevolutionäre Programm der BPP verbreitet und nahezu in jeder Ausgabe farbige US-Soldaten zur Fahnenflucht, Befehlsverweigerung und zu Ausschreitungen aufruft. Als Folge dieser massiven Agitation sind in Heidelberg, Mannheim, Kaiserslautern, Karlsruhe, Stuttgart, Nürnberg, Würzburg, Berlin und anderen amerikanischen Garnisonsstädten radikale Vereinigungen farbiger amerikanischer Soldaten entstanden, die sich auch konspirativ und terroristisch betätigen. Die meisten dieser Gruppen pflegen Kontakte zu linksrevolutio-

nären deutschen und ausländischen Zivilisten. Dadurch wurde der farbige Extremismus auf deutschem Boden zu einem gemeinsamen amerikanisch-deutschen Sicherheitsproblem.

Zu den radikalsten Befürwortern des farbigen Extremismus zählt z. Z. die Vereinigung „Black Disciple Party“ (Schwarze Jünger) in Heidelberg. Sie ist eine Nachfolgeorganisation der „Unsatisfied Black Soldiers“ (UBS). Die „Black Disciples“ haben etwa 200 Mitglieder, die als Erkennungszeichen einen weißen Knopf mit der Darstellung einer Zeitzünderbombe (Wecker und Granate) tragen. Ihr Organ „A'bout Face“ („Abteilung kehrt“) hat inzwischen eine Auflage von 10000 Stück erreicht. Das Blatt wird im Bundesgebiet gedruckt und heimlich in die US-Kasernen eingeschleust. Es fordert zur Bildung konspirativer Zellen, zum Waffendiebstahl und zum aktiven Widerstand gegen das militärische und zivile „Establishment“ auf. Die Zeitung veröffentlicht auch praktische Ratschläge zur Herstellung von Sprengkörpern. In der Ausgabe vom 29.9.1971 wird als Ziel die Zerschlagung des amerikanischen Kapitalismus bezeichnet und der gewaltsame Umsturz befürwortet. Ähnliche Ziele verfolgen die „Black United Soldiers“ (BUS) mit Stützpunkten in mehreren Städten Baden-Württembergs. Beide Vereinigungen haben bereits Sabotageakte in US-Kasernen verübt. Nach eigenen Angaben erzielten sie im Untergrundkampf „von Tag zu Tag größere Erfolge“.

Der in den letzten Jahren wiederholt geforderte Zusammenschluß aller farbigen Soldaten-Organisationen auf deutschem Boden ist nicht zustande gekommen. Ende 1970 scheiterte der letzte derartige Versuch. Seither werden dezentralisierte Strukturen bevorzugt. Alle konspirativ arbeitenden Gruppen sind als eigenständige Zellen nach dem Vorbild der „Stadtguerillas“ aufgebaut.

VII. Träger linksextremer Tendenzen

a) Ausländische kommunistische Parteien und ihre Hilfsorganisationen

Nach den Erkenntnissen der Ämter für Verfassungsschutz haben kommunistische Parteien aus sechs ausländischen Staaten auf deutschem Boden Fuß gefaßt. Insgesamt verfügen sie z. Z. über etwa 7000 Mitglieder, die aktive Parteiarbeit verrichten. Ihr Organisationsstand ist sehr unterschiedlich. Nur der italienischen und der spanischen KP gelang es, im Bundesgebiet Parteiapparate aufzubauen, die von Betriebsgruppen, örtlichen Zellen über Kreis- und Gebietskomitees bis zu zentralen Leitungen reichen (vgl. Bildtafeln S. 120 und 121). Die „Partito Comunista Italiano“ (PCI) hat gegenwärtig 2500, die „Partido Comunista de Espana“ (PCE) annähernd 1200 zahlende Mitglieder. Das Führungsgremium der PCI befindet sich in Stuttgart, das der spanischen Kommunisten in Paris. Beide Parteien stützen sich jeweils auf etwa 70 Orts- bzw. Betriebsgruppen. Während die Kader der Kommunistischen Partei Spaniens nach wie vor konspirativ arbeiten und nur einige jüngere PCE-Mitglieder dazu übergegangen sind, sich im Bundesgebiet der Öffentlichkeit zu stellen, treten die italienischen Kommunisten auf deutschem Boden offen auf. Auf Weisung der Parteileitung in Rom und des Stuttgarter „National-Komitees“ sind die PCI-Gliederungen gehalten, gewaltsame Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern im Bundesgebiet zu meiden. Wegen Nichtbeachtung dieser Weisung wurden im Jahre 1971 mehrere italienische KP-Funktionäre aus der Partei ausgeschlossen. Politisch unbedeutend in der Bundesrepublik Deutschland sind zwei Abspaltungen der spanischen kommunistischen Partei (PCE-ML und „Lüstergruppe“). Die griechische moskautreue „Kommunistiko Komma Ellados“ (KKE) hat im Bundesgebiet höchstens 1000 aktive Anhänger. Fast doppelt so stark ist der Inlandsflügel der Kommunistischen Partei Griechenlands, der unter dem Namen „Vereinigte Demokratische Linke“ (EDA) auftritt und seinen Führungsstab in Frankfurt hat. Für die

kommunistischen Parteien des Iran, Portugals und der Türkei arbeiten in der BRD nur einzelne Funktionäre.

Die kommunistische „Massenarbeit“ vollzieht sich nach erprobtem Rezept in Tarn- (Front-)organisationen. Zahlreiche Vereinigungen bieten sich den ausländischen Arbeitern, Studenten und Jugendlichen als angeblich unabhängige Zusammenschlüsse mit kulturellen, sportlichen, sozialen oder überparteilich demokratischen Zielen an, während sie in Wahrheit Hilfsorganisationen kommunistischer Parteien sind. Sie werden von Parteifunktionären gesteuert. Auch ihre regionalen Zweige sind fast ausnahmslos in kommunistischer Hand. Dadurch haben sich die kommunistischen Parteien Griechenlands, Italiens und Spaniens ausgedehnte Möglichkeiten zur Agitation und Mitgliederwerbung erschlossen, die sie erfolgreich nutzen. Ende des Jahres bestanden insgesamt 24 Hilfsorganisationen der genannten Parteien auf deutschem Boden. Näheres ergibt die folgende Übersicht:

Statistik der Hilfsorganisationen griechischer, italienischer und spanischer kommunistischer Parteien im Bundesgebiet (Stand: 31. 12. 1971)

Organisationen	Zweig- gruppen	Mit- glieder ca.
Griechische	10	19 000
Italienische	8	6 000
Spanische	6	5 000
Insgesamt	24	30 000

Weit verzweigt sind der kommunistisch gesteuerte „Bund Griechischer Gemeinden“, die griechischen „Antidiktatorischen Komitees“ (EAE), die „Spanischen Kulturclubs“ (CCE), die „Kommissionen zur Unterstützung der Arbeiterkommissionen in Spanien“ (CCOO), der italienische „Verband der Gastarbeiter und ihrer Familien“ (FILEF), die Büros des „Istituto Nazionale Confederale Di Assistenza“ (INCA) und die italienische „Unabhängige Vereinigung für Erholung und Kultur“ (ARCA).

b) Neue Linke, sozialrevolutionäre Nationalisten

Die Zahl der nicht im Untergrund tätigen linksrevolutionären Ausländerorganisationen, die sich vom Kommunismus sowjetischer Prägung distanzieren, ist im Jahre 1971 von zunächst 25 auf 66 angestiegen (weitere 20 sind Terrorgruppen). Im gleichen Zeitraum verdoppelte sich der Mitgliederstand. Die Organisationen haben heute zusammen etwa 8000 Mitglieder. Die Skala der von ihnen propagierten Ideologien reicht vom Troztkismus und Maoismus bis zum Anarchismus. Eine Sonderstellung nehmen unter ihnen links-extreme Nationalisten und Rassisten ein. Trotz dieser ideologischen Unterschiede zeigen sich in ihrer Struktur und Arbeitsweise Übereinstimmungen, die eine zusammenfassende Darstellung möglich machen. Charakteristisch für diese Vereinigungen sind vor allem die folgenden Merkmale:

1. Ausländische Studenten als Initiatoren und Träger linksrevolutionärer Zusammen-schlüsse

Es ist kein Zufall, daß die meisten linksrevolutionären Ausländergruppen ihren Sitz in deutschen Hochschulstädten haben oder dort zumindest stark vertreten sind. Viele von ihnen sind aus politischen Debattierklubs ausländischer Studenten gleicher Nationalität hervorgegangen. Die z. Z. bestehenden 15 linksradikalen Vereinigungen äthiopischer, arabischer, griechischer, irakischer, marokkanischer, persischer, türkischer, tunesischer, vietnamesischer und farbiger amerikanischer Studenten haben allein insgesamt etwa 3000 Mitglieder, die sich auf 95 regionale Stützpunkte verteilen. Zu den bedeutendsten gehören die „Generalunion palästinensischer Studenten“ (GUPS), die „Conföderation iranischer Studenten – Nationalunion“ (CISNU), die „Föderation iranischer Studenten in der Bundesrepublik und Westberlin“ (FIS), die „Vereinigung irakischer Studenten“ (VIS), die „Türkische Studentenföderation in Deutschland“ (ATÖF), die „Gesamtgriechische antidiktatorische Studentenorganisation

Rigas Ferreos“, die „Griechische Nationale Studentenunion“ (EFEE) und mehrere Regionalgruppen der „Arabischen Studentenvereinigung“ (ASV).

Auch in den nicht auf den akademischen Bereich beschränkten Vereinigungen ausländischer Linksextremisten, die nicht moskautreue Kommunisten sind, gehen die Impulse für die politische Arbeit zumeist von radikalen Studenten aus. So wird die „Generalunion Palästinensischer Arbeiter“ (GUPA) maßgeblich von arabischen Akademikern gefördert. Entsprechendes gilt für die Rolle der Studenten innerhalb der „Union der marxistisch-leninistisch-kommunistischen Italiener in Hamburg“, der „Vereinigung der progressiven italienischen Auswanderer“ (UEIP), der griechischen „Sozialistischen Demokratischen Union“ (SDU) sowie im Resistentia-Verlag der Palästinenser in Frankfurt und anderen sozialrevolutionären ausländischen Verlagen und Redaktionen auf deutschem Boden.

2. Zunehmende maoistische Tendenzen

Zur Zeit neigen maoistische Gruppierungen stark zu sicherheitsgefährdenden Aktivitäten. Sie sind nicht nur erklärte Feinde der freiheitlich-demokratischen Rechts- und Staatsordnung im Bundesgebiet, sondern zählen zugleich zu den entschiedensten Propagandisten von Terror und Gewalt als Mittel ihrer Politik. Deshalb lassen sich aus der Beobachtung gerade dieser Organisationen wichtige Anhaltspunkte für die Beurteilung der Sicherheitslage gewinnen.

Bis gegen Ende der 60er Jahre traten ausländische Maoisten in der Bundesrepublik Deutschland nur in kleinen und kleinsten Grüppchen auf. Im Jahre 1971 ist die Zahl aktiver Anhänger des chinesischen Revolutionsmodells unter den hier lebenden Ausländern aber rasch gestiegen. Nach vorsichtigen Schätzungen der Staatsschutzorgane dürften heute bereits annähernd 1000 Ausländer maoistischen oder maoistisch unterwanderten Organisationen angehören. Sie verteilen sich auf 24 Vereinigungen, von denen die türkischen z. Z. die meisten Anhänger haben.

Am 19./20. Juni 1971 schlossen sich in Braunschweig 12 maoistische Gruppen unter maßgeblicher Beteiligung der „Türkischen Studenten-Föderation in Deutschland“ (ATÖF) und der „Proletarischen Revolutionäre der Türkei“ (TPD) zu einer Aktionsgemeinschaft türkischer Maoisten zusammen, die sich „Patriotische Einheitsfront für eine demokratische Türkei in Europa“ (YBC) nennt. Sie entfaltet seither von Berlin aus vorwiegend publizistische Aktivitäten. Ihr gehören auch mehrere Zweiggruppen der prosowjetischen „Europäischen Föderation türkischer Sozialisten“ (ATTF) an, ohne daß diese Gruppen inzwischen als Abweichler aus ihrem Verband ausgeschlossen wurden.

Unter den vier Vereinigungen griechischer Maoisten ist die „Revolutionäre kommunistische Bewegung Griechenlands“ (EKKE) hervorzuheben, die nach eigenen Angaben in mehreren deutschen Städten über Stützpunkte verfügt. Maoistische Tendenzen zeigen außerdem je drei iranische und palästinensische Widerstandsorganisationen (darunter die „Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas“ – PDFLP), die „Vereinigung der progressiven italienischen Auswanderer“ (UEIP) und die amerikanische „Fortschrittliche Arbeiterpartei“ (PLP).

3. Brutale Aggressivität hinter ant imperialistischen und antifaschistischen Parolen

Die gemeinsame Frontstellung gegen den „Imperialismus in Ost und West“ sowie gegen faschistische Bestrebungen ermöglicht es den genannten Vereinigungen, das eigene brutale Machtstreben hinter Parolen zu verbergen, die öffentlichkeitswirksam sind und über alle nationalen und ideologischen Unterschiede hinweg im Gesamtbereich der ausländischen extremen Linken zugleich integrierend und solidarisiertend wirken. Diese zur Schau gestellten Feindvorstellungen erleichtern es selbst unbedeutenden maoistischen und marxistisch-leninistischen Splittergruppen unter ihren Landsleuten im Bundesgebiet Anhänger und Sympathisanten zu finden.

Einige solcher Vereinigungen haben die Bundesrepublik Deutschland als imperialistisch, reaktionär und faschistisch diffamiert.

c) Solidarisierungstendenzen

Das Bedürfnis, sich der Hilfe ideologisch verwandter in- und ausländischer Gruppierungen zu versichern und mit ihnen gemeinsam zu handeln, ist in linksextremen Kreisen fremder Nationalität gewachsen. Diese Zusammenarbeit findet ihren sichtbarsten Ausdruck in den „Internationalen Arbeiterkomitees“ (IAK), die seit 1971 in Köln und seit 1972 in Düsseldorf und Krefeld bestehen. In den IAK arbeiten dreizehn griechische, italienische, spanische und türkische Vereinigungen mit der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) und der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ zusammen. Ansätze zu ähnlichen Zusammenschlüssen gibt es auch bei anderen Ausländervereinen. So hat sich in Hamburg der „Bund ausländischer Studentenvereinigungen“ (BASV) konstituiert, dem linksrevolutionäre Gruppierungen junger Akademiker aus Griechenland und mehreren arabischen Staaten angehören.

Die meisten prosowjetischen Ausländervereine sehen neuerdings ihren natürlichen Verbündeten in der DKP, mit der sie „auf der Führungsebene gemeinsame Arbeitsrichtlinien beschließen“ (Auszug aus dem Aktionsprogramm der KPI vom September 1971). Im Einverständnis mit ihren ausländischen Freunden gibt die DKP mehrsprachige Betriebszeitungen heraus. Darüber hinaus stellen ihre Druckereien Flugschriften der kommunistischen Ausländergruppen her. Auch die Druckerzeugnisse der ausländischen Maoisten erscheinen nicht selten bei entsprechend tendierenden deutschen Verlagen.

Aktivisten der ausländischen „Neuen Linken“ sind vielfach zugleich Mitarbeiter der unter deutscher Leitung stehenden Arbeitskreise „Dritte Welt“, Palästinakomitees, „Projektgruppen Imperialismus“ und „ant imperialistischen Komitees“. Bei öffentlichen Aktionen werden sie u. a. von den deutschen „Ro-

ten Zellen“, dem kommunistischen Hochschulbund Marxisten-Leninisten, der KPD (ML) und dem „MSB-Spartakus“ unterstützt. Die Solidarität dieser besonders radikalen Kreise hat sich laufend verstärkt. Anlaß dazu bot die gemeinsame Befürchtung, Vereinsverbote und ausländerrechtliche Maß-

nahmen könnten ihre Handlungsfreiheit beschneiden. Sie traten deshalb relativ oft mit Flugschriften und Demonstrationen an die Öffentlichkeit, in denen sie gegen staatliche Eingriffe polemisierten und das geltende Ausländerrecht als nicht verfassungskonform hinstellten (vgl. Bildtafel S. 122).

VIII. Schwerpunkte der Agitation ausländischer Linksextremisten im Bundesgebiet

Die Agitation der linksextremen Ausländergruppen geht im wesentlichen in zwei Richtungen:

- gegen die Regierung des jeweiligen Herkunftslandes, deren Politik und dessen soziale Verhältnisse;
- gegen die Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und gegen die deutschen Arbeitgeber.

a) Revolutionäre Propaganda

Gemeinsames Ziel der linksradikalen Organisationen ist die Beseitigung des herrschenden Regierungssystems in den jeweiligen Heimatstaaten. Wiederholt wurde zum „Volksbefreiungskampf“ mit Waffengewalt aufgerufen. So will der palästinensische Widerstand den Kampf gegen den jordanischen Monarchen „so lange führen, bis Jordanien zum Nordvietnam der palästinensischen Revolution wird“. Die Zeitschrift „Palästinensische Revolution“ bezeichnet als einzige Lösung der Palästinafrage den „bewaffneten Kampf, der als Guerillakampf mit dem Ziel der Eskalierung zum Volksbefreiungskrieg geführt“ werden müsse. Auch die im Bundesgebiet verbreiteten türkischen Blätter „Safak“ (Morgenröte), „Isci-Köylü“ (Arbeiter-Bauern) und „Türkiyede Kurtulus“ (Freiheit für die Türkei) propagieren den Bürgerkrieg. Sie rufen offen dazu auf, für die Begründung der Herrschaft der Arbeiter und Bauern „die Waffen zu ergreifen“ und „bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen“. Revolutionspropaganda enthalten außerdem viele Veröffentlichungen griechischer, spanischer, italienischer und

persischer Linksextremisten. Ihre Propaganda ist darauf abgestellt, unter ihren Landsleuten im Bundesgebiet eine möglichst große Zahl von Anhängern zu finden, die bereit sind, nach Rückkehr in die Heimat politische Untergrundarbeit zu leisten. Eine türkische Zeitung setzte sich das Ziel, möglichst die Hälfte der Studenten und jeden vierten türkischen Arbeiter auf deutschem Boden „mit revolutionärem Geist zu erfüllen“ (Zitat aus „Birlik“ Nr. 4/70, S. 37).

b) Klassenkampfpolemik

Diese Agitation wird vorwiegend von türkischen, italienischen, spanischen und griechischen Vereinigungen getragen. Sie verfolgt die Absicht, Mißstände in der Unterbringung, Betreuung und sozialen Eingliederung der Gastarbeiter auszunutzen, um eine Klassenkampfsituation herbeizuführen. Besonders oft wird der Vorwurf der Ausbeutung und Diskriminierung in- und außerhalb der Betriebe erhoben. Um den gewünschten Effekt zu erzielen, werden Einzelfälle verallgemeinert. Den deutschen Gewerkschaften wird vorgeworfen, sie träten nicht mit Taten, sondern nur mit Worten für die Interessen der ausländischen Arbeiter ein. Die Gastarbeiter werden als die „Neger Europas“ bezeichnet. Sie seien von den Regierungen ihrer Heimatstaaten in die Bundesrepublik Deutschland verkauft worden, müßten dort wie Sklaven arbeiten und „Überstunden machen, damit sie nicht vor Hunger stürben“ (Zitat aus der linksextremen griechischen Betriebszeitung „Kampf des Arbeiters“). In der

maoistischen türkischen Zeitschrift „Birlik“ (Nr. 6/70, S. 53) fand sich folgende, in Gedichtform gekleidete Parole: „Sie sagen, ihr unterscheidet euch von uns. Wir unterscheiden uns. Sie sagen, ihr seid schlecht. Wir sind schlecht. Sie selbst sind nicht zu unterscheiden. Sie sind gut. Sie stehen voran, die Deutschen aus Westeuropa mit arischem Blut“. In der Agitation anderer linksradikaler Ausländervereinigungen werden der Bundesrepublik Deutschland imperialistische Tendenzen unterstellt. Beispiele liefern die folgenden Zitate:

■ In einer anlässlich eines Teach-in am 15. 11. 1971 gemeinsam von der „Projektgruppe Griechenland“ der DKP und der griechischen kommunistischen Widerstandsorganisation PAM in München herausgegebenen Informationsschrift „Griechenland Extra“ werden die deutschen und griechischen Antifaschisten in der BRD zum „Kampf gegen den west-

deutschen Monopolkapitalismus und seine imperialistische Außenpolitik“ aufgerufen.

■ In einem gemeinsam verfaßten Flugblatt vom 23. 11. 1971 bezeichneten die „Generalunion Palästinensischer Studenten“ und der „Iranische Studentenverein“ in Saarbrücken die SPD als „die augenblickliche Hauptvertreterin des westdeutschen Imperialismus“ (vgl. auch „Iran-Report“, Ausgabe Februar 1971).

■ Die in München erscheinende Monatschrift „YURTSEVER“ (Der Patriot) will „gegen den Imperialismus, insbesondere den amerikanischen und westdeutschen Imperialismus kämpfen“ (YURTSEVER Nr. 1/71). Der gleichen Vorstellung entspringt der Ausruf in der maoistischen Betriebszeitung „DEVIRIMCI MOTOR“ (Der revolutionäre Motor): „Unsere Erfolge gegen die imperialistischen Arbeitgeber in Deutschland werden die Kämpfe unserer Brüder in der Türkei anspornen“ (DEVIRIMCI MOTOR, Köln, Nr. 4/5 vom August 1971).

IX. Offen arbeitende Nationalistengruppen

a) Zur Lage der Ostemigration

Die weltweiten Entspannungstendenzen im Ost-West-Verhältnis und die innenpolitische Entwicklung in den kommunistischen Staaten Osteuropas beeinflussten im Jahre 1971 die politische Aktivität der Ostemigration.

Fast alle Exilgruppen setzten ihre Agitation gegen die Bundesregierung fort. Sie fühlen sich in ihrer Haltung gegenüber den kommunistischen Staaten durch die Bekundungen wachsenden Nationalbewußtseins in Osteuropa bestätigt. Ihre politischen Führer mußten indes feststellen, daß antikommunistische Parolen allein nicht mehr die erwartete Resonanz in der Öffentlichkeit haben. Zaghafte Ansätze zu einer differenzierteren Beurteilung des Ost-West-Problems waren bei einigen Exilpolitikern erkennbar. Die meisten politisch engagierten Emigranten stellen sich jedoch weiterhin gegen jeden Versuch einer Normalisierung der Beziehungen zu den kommunistischen Regierungen von westlicher Seite.

Das politische Dilemma, in dem sich die Ost-

emigration befindet, zeigte sich auch im Jahre 1971 in stagnierenden oder rückläufigen Mitgliederzahlen und spärlicher fließenden Geldern. Auch ausländerrechtliche Beschränkungen, denen einige Exilpolitiker in der Bundesrepublik zeitweise unterworfen wurden, um einen ungestörten Ablauf von Staatsbesuchen aus Osteuropa im westlichen Ausland zu gewährleisten, wirkten sich dämpfend auf die politische Arbeit der Ostemigranten aus. Die überwiegende Mehrzahl der rund 10000 Emigranten aus Osteuropa, die noch politisch aktiv sind, wahrt trotz dieser Entwicklung Zurückhaltung. Sie beschränkt sich darauf, ihre politische Meinung in Wort und Schrift zu verbreiten. Es gibt aber erste Anzeichen dafür, daß radikale Kräfte auch in anderen als kroatischen Vereinigungen zu Aktionen drängen. Der Ende November 1971 von jungen ukrainischen Nationalisten versuchte Anschlag auf sowjetische Einrichtungen in London könnte ein Auftakt zu Gewalttaten radikaler Gruppen der Ostemigration auch in anderen Ländern, darunter der Bundesrepublik, sein.

Außenseiter unter den Ostemigranten sehen sich nach neuen Verbündeten um.

Die „Ukrainische Studiengesellschaft für Asienprobleme“ (SGAP) intensivierte im Jahre 1971 ihre Kontakte mit offiziellen Vertretern der Pekinger Regierung. Sie erhofft sich davon eine Förderung der auf staatliche Unabhängigkeit gerichteten nationalukrainischen Bestrebungen auf dem Hintergrund des sowjetisch-chinesischen Konflikts. Obwohl die Gesellschaft ideologisch mit den Festland-Chinesen nicht übereinstimmt, erwog sie die Aufnahme von Beziehungen zu maoistischen Gruppierungen in Europa, um die Spaltungstendenzen in den kommunistischen Parteien zu forcieren und den politischen Einfluß Moskaus zu schwächen. Ähnliche Erwägungen haben Ende des Jahres zur Bildung einer „Studiengemeinschaft Europa-Asien“ unter Leitung des ehemaligen slowakischen Außenministers Prof. E. DURCANSKY geführt. In dieser Gemeinschaft sollen neben Slowaken und Ukrainern auch Deutsche und Repräsentanten anderer europäischer Völker mitarbeiten.

Das Bemühen sowjetischer Stellen, mit den in der Bundesrepublik lebenden Emigranten aus der UdSSR kulturelle Verbindungen anzuknüpfen, die gegebenenfalls politisch oder nachrichtendienstlich genutzt werden können, war auch 1971 deutlich erkennbar, blieb aber ohne nennenswertes Ergebnis. Dagegen scheinen die Bestrebungen Warschauer, polnische Landsleute und Deutsche polnische Abstammung im Bundesgebiet zu organisieren und im Sinne des dortigen Regimes zu beeinflussen, gewissen Erfolg zu haben.

Die Studentenunruhen und der Führungswechsel in Kroatien haben die Aktivität der kroatischen Nationalisten im Bundesgebiet und in anderen westlichen Ländern belebt. Dem Präsidenten des „Kroatischen Nationalkomitees“ (HNO), Dr. Branimir JELIC, gelang es im Dezember 1971, in mehreren Großstädten der Bundesrepublik etwa 1000 Kroaten zu mobilisieren, die für ihre Landsleute und Gesinnungsgenossen in Jugoslawien demonstrierten. Außerdem betreibt Dr. JELIC die Ausgabe kroatischer „Nationalpässe“ an

Kroaten im Ausland, um damit symbolisch den kroatischen Unabhängigkeitswillen zu dokumentieren. Die Vorgänge in Jugoslawien werden von den im Westen lebenden Kroaten aufmerksam verfolgt. Viele von ihnen erwarten offenbar seit langem den „Tag X“, an dem vermeintlich der offene Kampf für einen unabhängigen kroatischen Staat beginnen wird. Bei einer weiteren Zuspitzung der Lage in Kroatien ist zu befürchten, daß es auch im Bundesgebiet wieder zu schweren Ausschreitungen kroatischer Extremisten kommt. Welchen Interessen die Initiatoren des am 25. 7. 1971 gegründeten „Bundes Kroatischer Kommunisten im Ausland“ dienen, ist noch nicht völlig geklärt. Sicher erscheint aber schon jetzt, daß das Auftreten dieses reformkommunistischen nationalistischen Bundes zusätzliche Unruhe unter den Gastarbeitern aus Jugoslawien verbreitet. In seinem Organ „Sozialistisches Kroatien“ wendet sich der Bund gezielt an diese Bevölkerungsgruppe.

b) Italienische, griechische und türkische Rechtsextremisten

Die italienischen Rechtsextremisten bauten ihre Stützpunkte im Bundesgebiet erheblich aus. Zwar haben sie auf deutschem Boden noch keine Sektionen der „MOVIMENTO SOCIALE ITALIANO“ (MSI) errichtet. Beauftragte dieser faschistischen Partei steuern jedoch zwei im Bundesgebiet weit verzweigte Betreuungsorganisationen für italienische Arbeiter: Die „ENTE NAZIONALE DI ASSISTENZA SOCIALE“ (ENAS) und das „COMITATO TRICOLORE PER GLI ITALIANI NEL MONDO“ (CTIM). Die ENAS-Büros werden von einem in Köln wohnenden Generalsekretär angeleitet, die Führungsstelle der Tricolore-Komitees befindet sich z. Z. in Stuttgart. Dort erscheint auch das Zentralorgan der CTIM für Westeuropa „OLTRECONFINE“ (Über die Grenzen). Beide Organisationen verfügen z. Z. insgesamt über etwa 30 Orts- und Betriebsgruppen im Bundesgebiet. Auch der Organisationsstand griechischer Nationalisten hat sich gefestigt. Der regie-

rungsfreundliche „Verband der Griechen e. V.“ überschritt gegen Jahresende die Zahl von 8000 Mitgliedern. Er hat sich damit zum dominierenden Element unter den insgesamt acht rechtstendierenden griechischen Vereinigungen im Bundesgebiet entwickelt. Ein Teil der Anhängerschaft dieser Gruppen neigt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der griechischen Opposition.

Rechtsextreme türkische Vereinigungen traten im wesentlichen in West-Berlin auf. Vier von ihnen führten dort am 12. 9. 1971 eine gemeinsame antikommunistische Kundgebung durch, zu der sie als „Türkische nationale und religiöse Einheitsfront in Berlin“ aufgerufen hatten. Einige ihrer Anhänger

sind Antisemiten. An sie wendet sich das in Istanbul erscheinende Wochenblatt „YENIDEN MILLI MUCADELE“ (Neuer Nationaler Kampf). Die Zeitung vertritt faschistische Ziele. In einer Sonderausgabe für türkische Arbeiter im Bundesgebiet beklagte sie u. a., daß die Enkel derjenigen, die mit der türkischen Armee einst „Wissen, Gerechtigkeit und Humanität bis in die Mitte Deutschlands gebracht“ hätten, heute in den Kohlengruben dieses Landes unter dem Befehl „dreckiger Juden“ arbeiten müßten. Doch sei die Zeit nicht fern, bis die türkische Nation in der Lage sei, „wieder über die Welt zu herrschen“ (YENIDEN MILLI MUCADELE vom August 1971).

X. Maßnahmen

Mißachtung strafgesetzlicher oder verwaltungsrechtlicher Vorschriften unter Berufung auf politische Motive, Anwendung von Gewalt bei politischen Auseinandersetzungen sowie Straftaten mit politischem Hintergrund wurden auch im Jahre 1971 vorwiegend bei solchen Ausländergruppen festgestellt, die schon bisher einschlägig in Erscheinung getreten und deshalb verstärkt beobachtet worden sind.

Strafurteile ergingen in diesem Jahre gegen den Exilkroaten Miljenko J. wegen versuchten Totschlages und gegen das Mitglied der „Kroatischen Revolutionären Bruderschaft“ (HRB) Stjepan S. wegen unbefugten Waffen-erwerbs. Ein weiteres Urteil gegen fünf kroatische Terroristen wegen gemeinschaftlichen Mordversuchs wurde nach Zurückweisung der von den Angeklagten eingelegten Revision durch den Bundesgerichtshof rechtskräftig. In dem Zusammenhang gerichtlicher Verurteilungen von Ausländern wegen Gewaltverbrechen aus politischen Motiven gehört auch das Urteil des Schwurgerichts bei dem Landgericht Zweibrücken vom Juli 1971 gegen den farbigen US-Soldaten J. wegen versuchten Totschlages, zumal dieses Verfahren von dem „Solidaritätskomitee für die

Black Panther Party“ zum Anlaß einer lebhaften politischen Kampagne gegen die Bundesrepublik genommen wurde. Staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren laufen gegen Funktionäre der griechischen radikalen Widerstandsorganisation „Demokratische Verteidigung“ (DA) wegen Teilnahme an einer kriminellen Vereinigung, Waffen- und Sprengstoffbesitzes und wegen Vorbereitung von Sprengstoffverbrechen sowie gegen Mitglieder der „Conföderation Iranischer Studenten – National-Union“ (CISNU) wegen einer im Verlauf politischer Auseinandersetzungen begangenen schweren Körperverletzung. Weitere Ermittlungsverfahren betreffen Morddrohungen gegen ausländische Diplomaten und Verstöße von FATAH-Aktivistinnen gegen § 47 Abs. 1 Ziff. 7 des Ausländergesetzes (Geheimbündelei). Das bei der Bundesanwaltschaft laufende Verfahren gegen den Kroaten O. u. a. wegen des Verdachts der Fortführung der vom Bundesinnenminister verbotenen „Kroatischen Revolutionären Bruderschaft“ (HRB) ist noch nicht abgeschlossen.

Verwaltungs- bzw. Bußgeldverfahren wurden gegen die Zweigstelle München der „Generalunion Palästinensischer Arbeiter“ (GUPA)

und den Iranischen Studentenverein in München wegen der Weigerung durchgeführt, nach § 20 Abs. 1 und 2 der Durchführungsverordnung zum Vereinsgesetz Auskunft über ihre Mitglieder zu erteilen. Dem ersten Sekretär der italienischen neofaschistischen Partei „Movimento Sociale Italiano“ (MSI) wurde durch die Polizei- und Ordnungsbehörde in Frankfurt/M. untersagt, im Bereich der Bundesrepublik Deutschland für das der MSI nahestehende „Comitato tricolore per

gli italiani nel mondo“ (CTIM) politisch tätig zu werden.

Anlässlich von Staatsbesuchen ausländischer Staatsoberhäupter und Politiker im westlichen Ausland wurden radikalen Emigranten aus den betreffenden Ländern Aufenthaltbeschränkungen auferlegt. Gegen 43 als politisch radikal bekannte Ausländer bestehen Grenzüberwachungsmaßnahmen. Zusätzlich ergingen etwa 150 Weisungen für verschärfte Grenzkontrollen in Einzelfällen.

XI. Zusammenfassende Beurteilung

Das Ergebnis der Beobachtung ausländischer Radikalen im Bundesgebiet wird wie folgt zusammengefaßt:

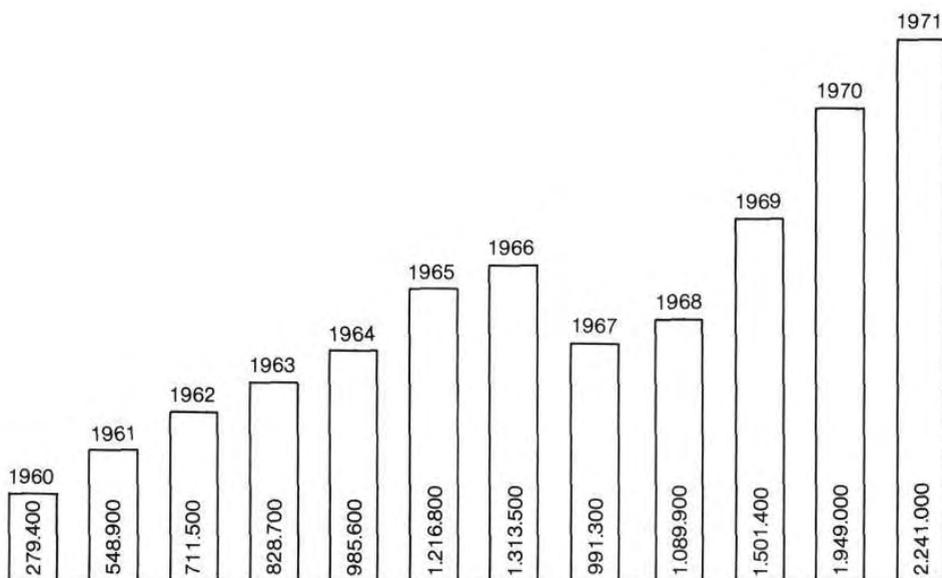
■ Die Aktivität politisch radikaler Ausländergruppen führt immer wieder zu Beeinträchtigungen der inneren Sicherheit und wichtiger außenpolitischer Belange der Bundesrepublik Deutschland. Diese Gruppen werben für antidemokratische Ideologien, verherrlichen die Gewalt als Mittel der Politik und bereiten damit den Nährboden für Ausschreitungen. Ihre Agitation besteht in Volkskriegs-, Revolutions- und Klassenkampfparolen. Wiederholt haben sie das Bundesgebiet zum Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen sowie zum Ausgangspunkt terroristischer Vorhaben in ihren Heimatländern gemacht.

■ Als Träger dieses Radikalismus wurden mehr als zweihundert ausländische Vereinigungen erkannt, von denen etwa die Hälfte erstmalig im Jahre 1971 aufgetreten ist. Viele haben die Bundesrepublik mit einem Netz von Stützpunkten überzogen. Nach Zahl und Stärke überwiegen die linksrevolutionären Bewegungen. Auf sie entfallen etwa 46 000 der rund 65 000 Mitglieder einschlägiger Vereinigungen. Die Solidarisierung dieser Gruppen mit deutschen extremen Linken nimmt zu. Unter den offen arbeitenden Gruppen bilden die Maoisten wegen ihrer hemmungslosen Polemik ein wachsendes Sicherheits-

risiko. Die Mitgliederentwicklung stagniert nur im Bereich der Ostemigration. Den stärksten Anhang haben zur Zeit die rechts- und linksextremen Organisationen der Griechen. Hier wie bei den entsprechenden politischen Flügelgruppen der Türken gibt es Ansätze zu einer gefährlichen Polarisierung.

■ Schwerpunkte der politisch motivierten Gewaltkriminalität sind nach wie vor die im Untergrund arbeitenden Gruppen kroatischer Nationalisten, internationaler Anarchisten, farbiger Extremisten sowie die Terrornetze des militanten griechischen und palästinensischen Widerstandes. Sie unterhalten konspirative Zellen auf deutschem Boden, die nahezu ausnahmslos vom Ausland her angeleitet werden. Für ihre Anhänger verbreiten sie Anweisungen zur Herstellung von Brand- und Sprengkörpern und Aufrufe zur politischen Gewalttätigkeit. In vielen Fällen wurden derartige Anleitungen sogar in frei käuflichen Broschüren und Zeitschriften abgedruckt. Fortschritte in der Bekämpfung dieser sicherheitsgefährdenden Aktivitäten setzen engste Zusammenarbeit aller nationalen Staatsschutzorgane, nachrichtendienstliche Beobachtung im Vorfeld der Exekutive bei Verstärkung der personellen und materiellen Ausstattung, Ausdehnung der Post- und Telefonüberwachung auf die ausländischen Geheimbünde sowie einen internationalen Austausch von einschlägigen Erkenntnissen voraus.

Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland



30. 9. 1971

LAND	Arbeitnehmer aus						INSGESAMT
	JUGO-SLAWIEN	ITALIEN	TÜRKEI	GRIECHENLAND	SPANIEN PORTUG.	SONST. LÄNDER	
BADEN-WÜRTTEMBERG	153.507	141.900	87.836	67.833	42.872	58.251	552.199
BAYERN	91.458	52.452	74.898	48.492	16.908	78.959	363.167
BERLIN	19.730	3.102	32.301	5.625	1.658	13.117	75.533
BREMEN	2.582	846	5.468	698	2.009	3.567	15.170
HAMBURG	13.166	5.134	14.705	5.105	8.732	19.086	65.928
HESSEN	58.303	51.847	48.615	25.176	43.869	38.235	266.045
NIEDERSACHSEN	23.961	21.688	31.539	15.280	26.489	21.521	140.478
NORDRHEIN-WESTF.	95.575	104.423	129.737	91.346	87.856	118.908	627.845
RHEINLAND-PFALZ	13.376	14.966	15.202	5.836	8.035	15.429	72.844
SCHLESWIG-HOLST.	4.832	1.877	10.311	2.980	5.758	7.096	32.854
SAARLAND	1.831	9.780	2.533	282	789	13.515	28.730
BRD (insgesamt)	478.321	408.015	453.145	268.653	244.975	387.684	2.240.793



İŞÇİ-KÖYLÜ

HALKIMIZIN TEK KURTULUŞ YOLU VARDIR. BU, DEVRİM YOLUDUR. DEVRİM KİTAĞI ÇAĞIRIR. HALK KİTAPINI ALMAYI VE ÇÖZÜMLERİ SAĞLAYACAKTIR.

YIL 2. SAYI 2

12 ARALIK 1970

ŞAFAK

TÜRKİYE PROLETER DEVRİMCİLERİNİN YAYIN ORGANIDIR

ZULMÜN TOPI TÜFESİ VARSA HALKIN DA YENİLMEZ GÜCÜ VARDIR!

17. HAZİRAN 1971

25 KURUS

SAYI: 12
12 hayatta...
korunmak için...
gözetimcilere...
m. Kemal

TÜRKİYEDE KURTULUŞ



BİRİNDEN... İŞÇİLERİNİN GAZETESİ - SAYI 7

NASIRLI ELLER

ALMANYA'DA ÇALIŞAN TÜRK İŞÇİSİNİN GAZETESİ

SAYI 1 2

SARAY 1. ŞUBAT 1971 ZİTAN

yıldız

TÜRKİYE PROLETER DEVRİMCİLERİ (T.P.D.) - ORGANI



AYDINLIK

DIE VÖLKER DER TÜRKIE WERDEN GEWISS DEN FASCHISMUS BESIEGEN

GERÇEKLER

MUSTAFA VE HALUKTAN YANAK ÇALIŞMALARININ ÖZETİ



Stalin Meselesi Üzerine

T.C.K.P. Yayın Organlarının
T.C.K.P. Merkez Komitesinin
T.C.K.P. Merkez Komitesinin
T.C.K.P. Merkez Komitesinin



TÜRKİYE İŞÇİLERİNİN KÖYLÜLERİNİN GAZETESİ

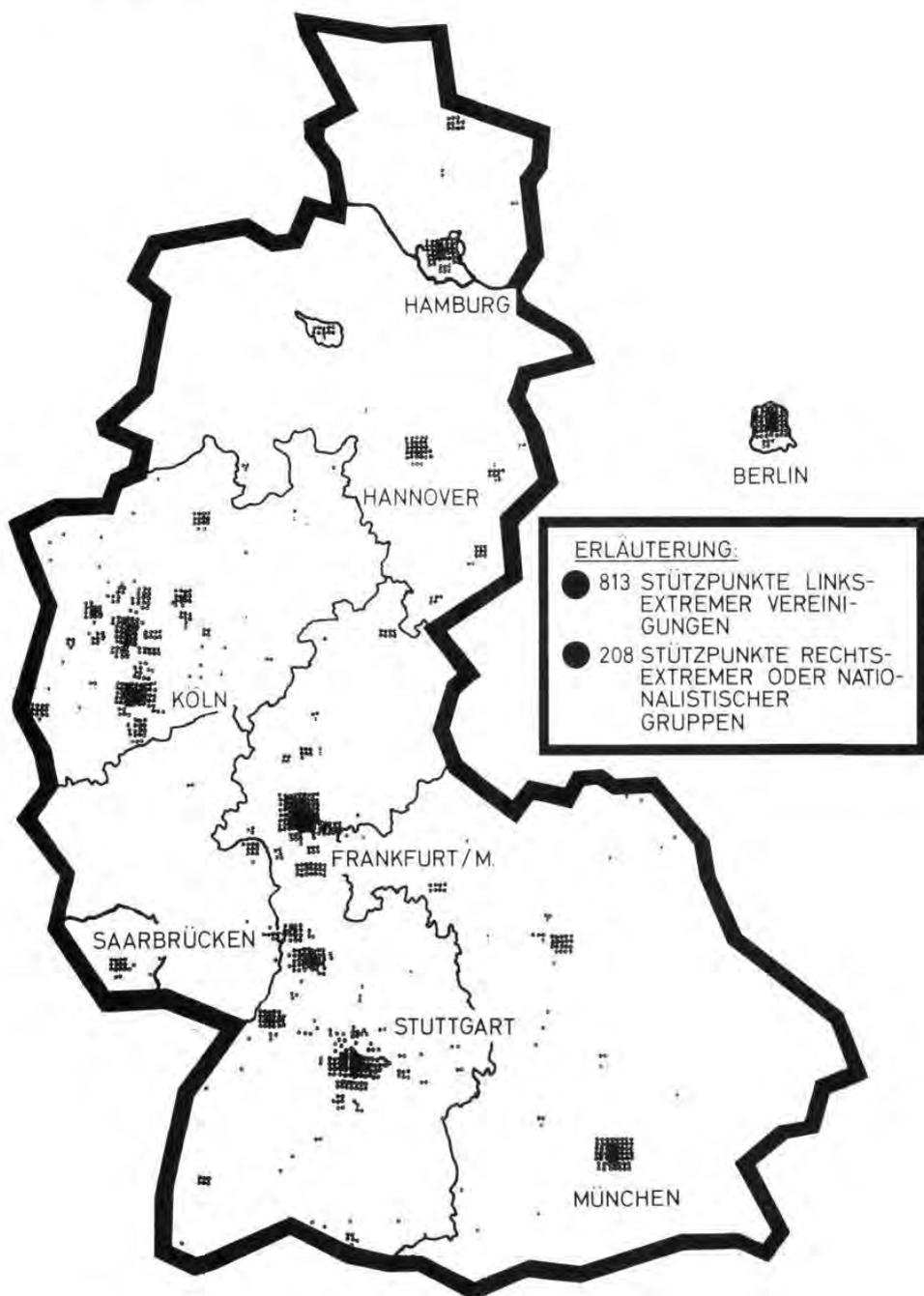
YURTSEVER



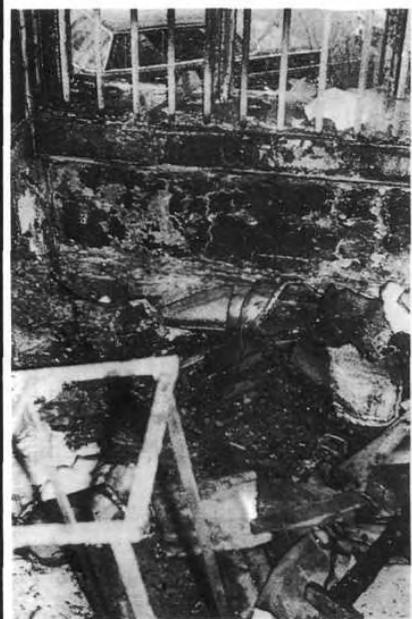
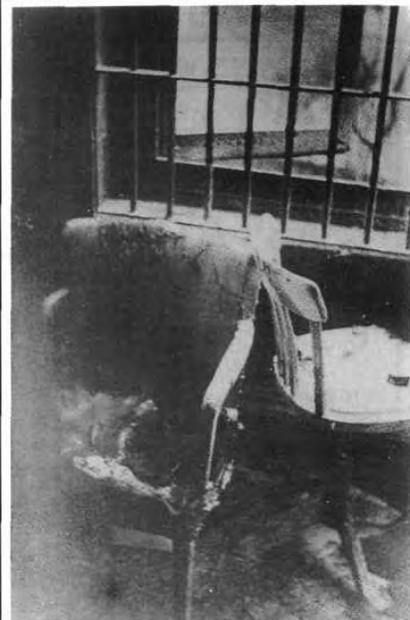
Einsatzschwerpunkte ausländischer Arbeiter im Bundesgebiet



Stützpunkte politisch radikaler Ausländergruppen (Stand: 31. 12. 1971)



Brandanschlag spanischer Anarchisten auf das Generalkonsulat ihres Landes in Frankfurt/M. (5. 12. 1971)



Propaganda der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) in Anknüpfung an die Anschläge des Vorjahres auf den zivilen Luftverkehr



ISSUED BY EL AL
ISRAEL AIRLINES LIMITED
Ltd. Airport, Israel
Member of International
Air Transport Association

נוסע כרטיס
כרטיס נוסע
נוסע כרטיס
כרטיס נוסע
נוסע כרטיס
כרטיס נוסע

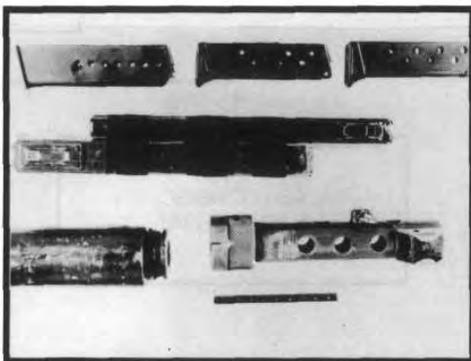
Each passenger should
carefully examine this
ticket, particularly the
Conditions of Contract
on pages 2-3.

כל נוסע
לדעתו
לדעתו
לדעתו
לדעתו
לדעתו

Waffen sowie Spreng- und Zündmittel der griechischen Untergrundorganisation „Demokratische Verteidigung“ (DA)



Maschinenpistole



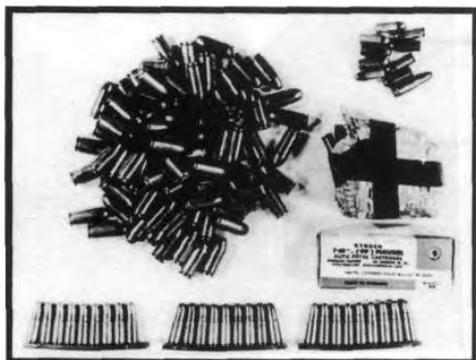
Schalldämpfer, Laufmantel und Magazine der MPi



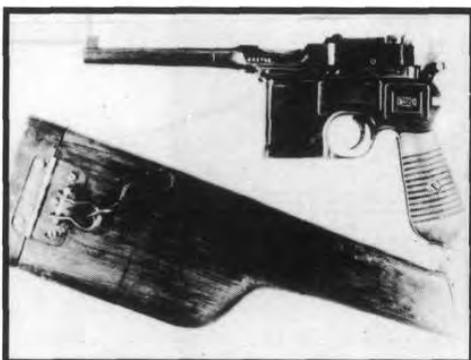
12,5 Kilo Dynamit



Bombenzünder

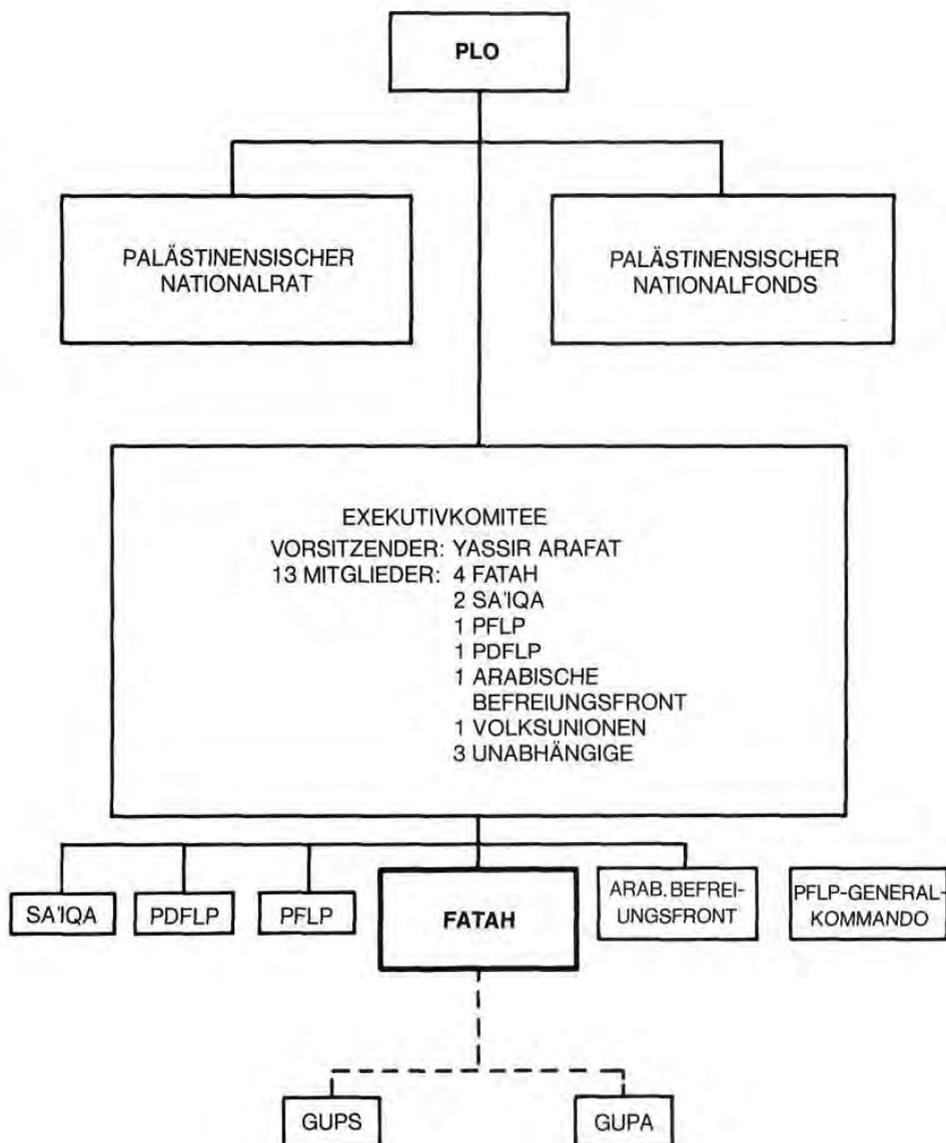


Diverse Munition

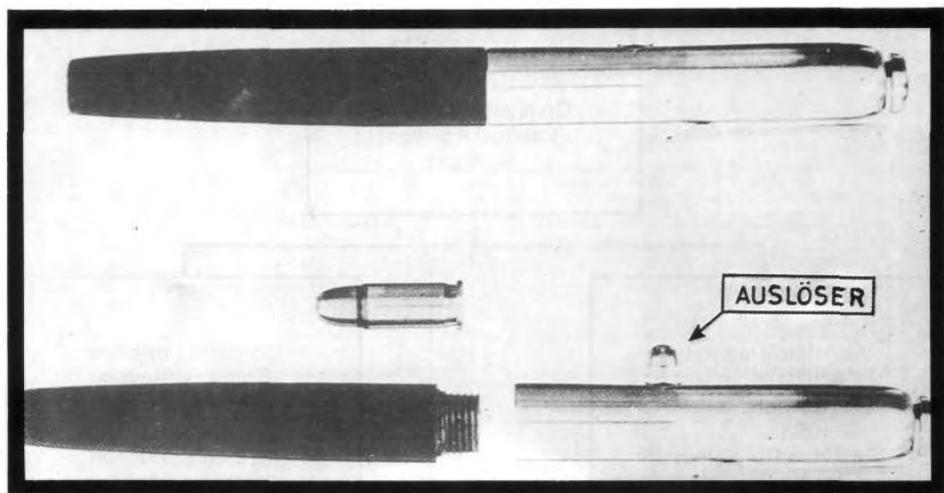


Mauserpistole mit Griffstück

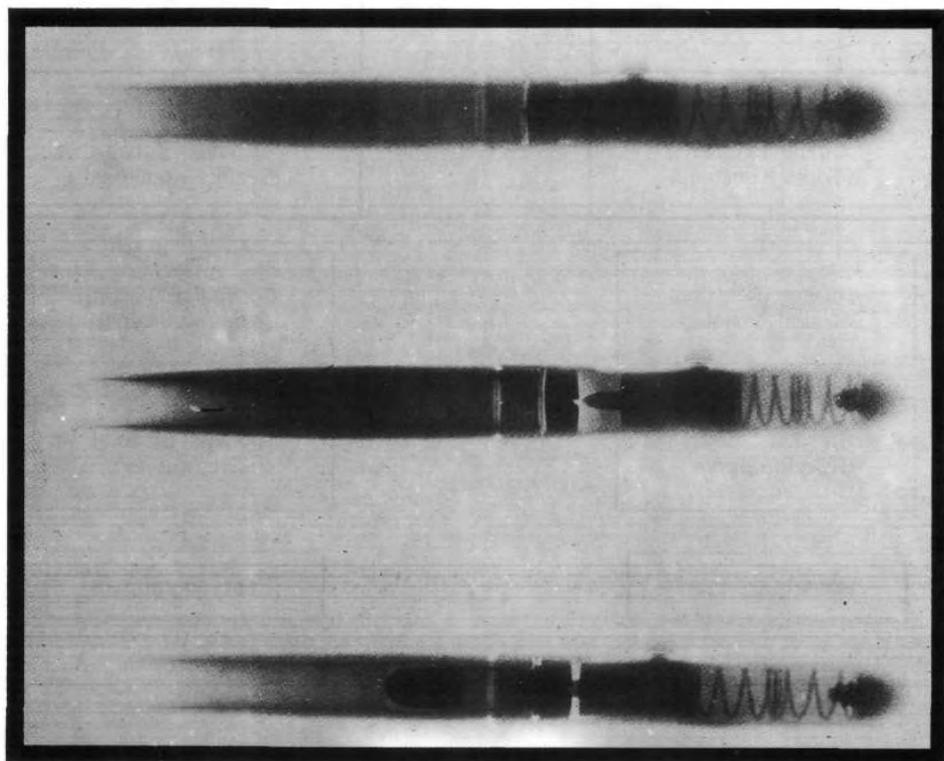
Die Palästinensische Befreiungsorganisation (Vereinfachte Darstellung)



Kugelschreiber als konspirative Mordwaffe, die u. a. von palästinensischen Terroristen verwendet wird

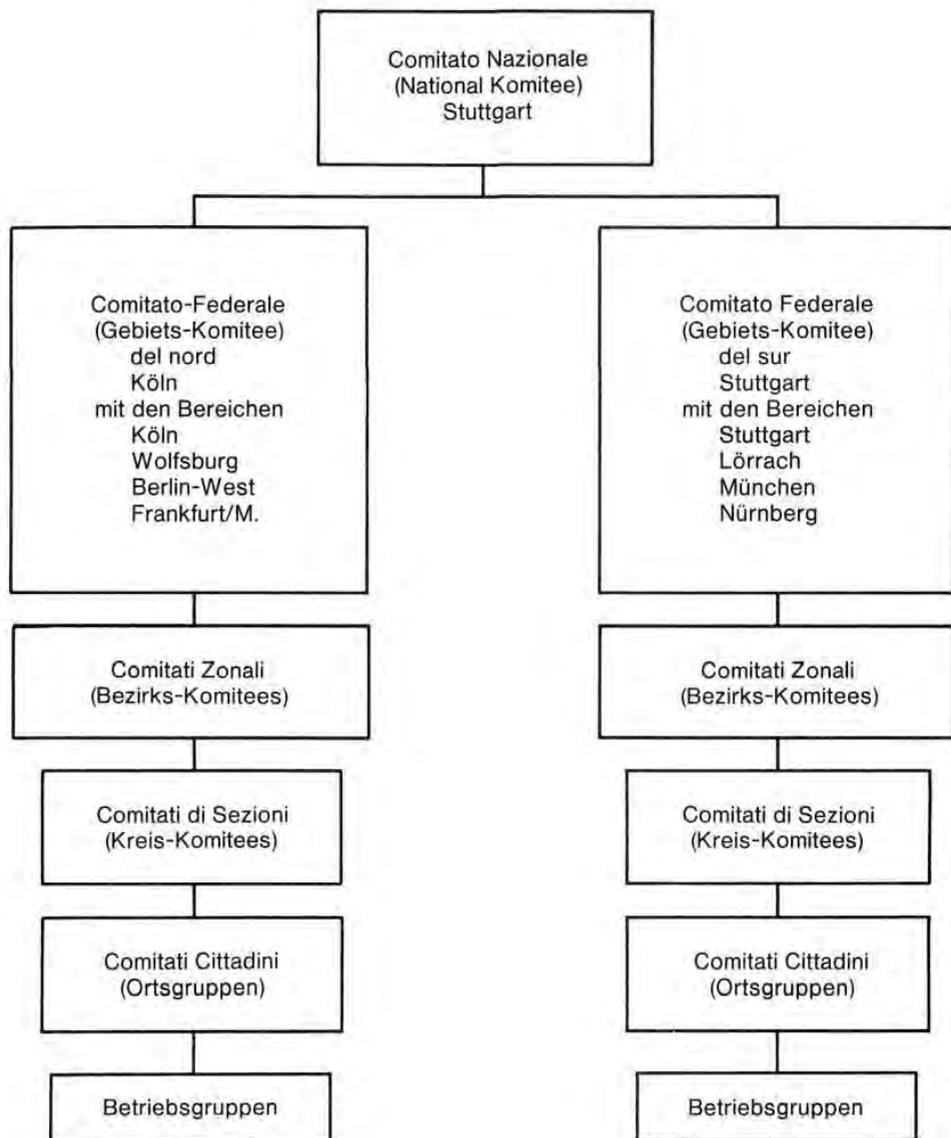


Außenansicht



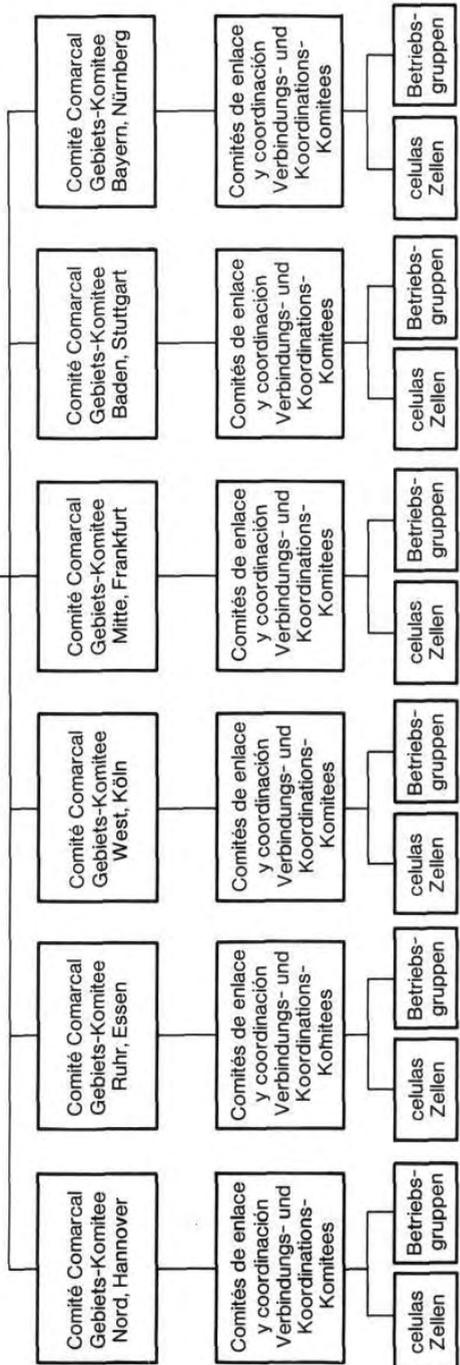
Röntgenbild

Organisationsschema der Kommunistischen Partei Italiens (PCI)



Organisationschema der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE)

West-Europa-Kommission
beim ZK der PCE,
Paris
Abtlig. Agitation und
Propaganda
Brüssel



66 Ortsgruppen	Dieburg Frankfurt/Main Hanau Kelsterbach Langen Egelsbach Mainz Oberursel Offenbach Wetzlar Wiesbaden Bielefeld Bremen Hamburg Kassel Lübeck Minden Münster Neumünster Osnabrück Aachen Altona Bergheim/Erft Bergneustadt Bochum Bonn-Hersel Dahle Dortmund Essen Gelsenkirchen Hückelhoven Krefeld Leichlingen Köln Mönchengladbach Neuß Oberhausen Ratingen Remscheid Rheinhausen Rheydt Solingen Troisdorf Velbert Weißweiler Wetter/Ruhr Wiedenest Wuppertal Aalen Göppingen Heidelberg Heidenheim Karlsruhe Mannheim Viernheim Saarbrücken St. Ingbert Sindelfingen Stuttgart Weinheim Wiesloch Waldorf Ingolstadt Manching München Nürnberg
----------------	--



Demonstration der „Patriotischen Einheitsfront für eine demokratische Türkei“, zusammen mit deutschen Linksextremisten am 30. 10. 1971 in Köln mit roten Fahnen, Thälmannbildern und dem Aufruf „Schluß mit der Verbotshetze der Bundesregierung gegen die revolutionären Organisationen“



Herausgegeben vom Bundesministerium des Innern
Referat Öffentlichkeitsarbeit
5300 Bonn, Rheindorfer Straße 198